

Erscheint täglich außer Montags.  
 Preis pränumerando: Viertel-  
 jährlich 3,30 Mark, monatlich  
 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei  
 in's Haus. Einzelne Nummer  
 5 Pf., Sonntags-Nummer mit  
 Illustr. Sonntags-Beilage „Neue  
 Welt“ 10 Pf., Post-Abonnement:  
 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Aus-  
 band: Deutschland u. Oesterreich-  
 Ungarn 2 Mk., für das übrige  
 Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingere-  
 in der Post-Beitungs-Verordnung  
 für 1893 unter Nr. 6709.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die  
 fünfspaltige Zeile oder deren  
 Raum 40 Pf., für Vereins- und  
 Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 Inserate für die nächste Nummer  
 müssen bis 4 Uhr Nachmittags in  
 der Expedition abgegeben werden.  
 Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 9 Uhr Vor-  
 mittags geöffnet.

Verantwortl. Red. |  
 Amt l. Nr. 4156.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 17. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die Reichsenquete über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe.

Man erinnert sich, daß vor einigen Wochen zuerst die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ im stande war, die Haupt-ergebnisse — nach ihrer Wahl! — der Reichsenquete über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe mitzuteilen, welche von der neuen Reichskommission für Arbeitsstatistik im Juni vor. Jahres begutachtet und dann im September v. Js. ausgeführt worden ist. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ brachte ihren offiziellen Artikel, ehe sonst jemand in der Öffentlichkeit die Druckfäße über die Enquete befaß und ehe die Reichskommission für Arbeitsstatistik zusammentrat, um über die Enquete zu diskutieren. Letzteres ist bekanntlich vorige Woche geschehen, und der „Vorwärts“ hat über die Sitzungen sehr ausführliche Berichte gebracht. Wenn man jetzt diese Debatten durchsieht und das Enquete-Ergebnis und die offiziöse Rundgebung des Vindictablattes vergleicht, so findet man die Erklärung, weshalb man es so eilig mit dem offiziellen Lobpreisungsartikel hatte, der schon einmal an dieser Stelle beleuchtet worden ist: die Bäckereien-Enquete ist in den Händen der Bureaukratie so gründlich mißglückt, wie es gründlicher nicht gedacht werden kann. Diese blamable Thatsache sollte durch den offiziellen Artikel vertuscht werden. In der That hat sich ja auch die bürgerliche Presse von dem offiziellen Auszug täuschen lassen, und es ist ihr ebenso wenig eingefallen, den Sachverhalt nach dem Originalbericht nachzuprüfen, wie es den bürgerlichen Reichstags-Abgeordneten eingefallen ist, sich viel um den Bericht selbst zu kümmern, der dem Reichstag wohl in Vorahnung der Interesslosigkeit dieser hohen Körperschaft nur in einigen 50 Exemplaren zur Verfügung gestellt wurde. Desto schärfer soll an dieser Stelle der beispiellosen Unfähigkeit der Bureaukratie, auch nur eine einfache Enquete über die Arbeitszeit in einem bestimmten Gewerbe durchzuführen, auf die Finger gesehen werden.

Bekanntlich wurde die Erhebung von vornherein auf 10 pCt. aller Bäckereibetriebe im Reich beschränkt — soviel Arbeit und Geld, als die vollständige Erforschung gekostet hätte, kann natürlich der heutige Staat für die Arbeiter unmöglich aufwenden! Um nun aus den ins Auge gefaßten 10 pCt. wenigstens einigermaßen ein richtiges Bild zu gewinnen, sollten in jedem Bundesstaat kleine, mittlere und große Ortschaften ausgewählt und in diesen sämtliche Bäckereibetriebe wegen ihrer Arbeitszeit befragt werden; nur in den Großstädten sollte die Ermittlung auf einen Stadtbezirk beschränkt bleiben. Was ist aus diesem an und für sich schon so beschränkten Programm, nach dem bei richtiger Ausführung wenigstens einiges Typische hätte erhoben werden können, unter den Händen der Verwaltungs-Behörden und Polizei-Organen geworden? Ein reines Herrbild! Zunächst enthält das amtliche Schriftstück nicht ein einziges Wort darüber,

welche Bezirke in den Großstädten denn nun für die Erhebung ausgesucht werden. Nun muß man beachten, daß sich gerade die Arbeitsverhältnisse der Bäder in den Großstädten als außerordentlich verbesserungsbedürftig herausgestellt haben, daß es also von besonderer Wichtigkeit ist, zu wissen, welche Bezirke dieser Großstädte das Ergebnis lieferten. Es geht eben nichts über die offizielle statistische Weisheit. Aber weiter! In einem großen Theile Deutschlands haben sich die Behörden einen Pfifferling um das System der Stichproben gekümmert. In Sachsen-Weimar hat man mit föhmem Griff einfach die Stadt Apolda herausgenommen, dort die Bäder befragt und dann den ganzen übrigen „Staat“ für die Erhebung unter den Tisch fallen lassen; ebenso in Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und — least not last — in Reuß jüngerer Linie, wo man überall nur eine einzige Stadt in die Ermittlungen einbezog. Gerade diese Staaten weisen aber auch außerhalb der einzigen Stadt, die für jeden ausgewählt wurde, interessante Verhältnisse auf: Bäckereien, die unter halb ländlichen und halb städtischen Verhältnissen existiren und deren Arbeiterlage doch nicht einfach nach den Ermittlungen von anderswo beurtheilt werden kann. Es wäre sogar möglich, daß die Weglassung von gross dieß ausgebeuteten ländlichen Gebietstheile die Ergebnisse geradezu gefälscht hätte, die auf eine längere Arbeitszeit in den Großstädten hinauslaufen. Hinzukommt, daß auch anderswo, in Baden, Hessen und der Provinz Sachsen in kleineren Orten nicht alle Betriebe befragt wurden, weil — die Fragebogen nicht anreichten. In Halle und Nürnberg haben die Ortsbehörden auch ohne diesen Grund, einfach willkürlich, die Fragebogen nur an eine ganz beschränkte Zahl von Betrieben ausgegeben. Das Schöne passirte aber in Lübeck. Hierüber heißt es im amtlichen Bericht: „Bezüglich Lübecks ist zu bemerken, daß nach dem Vertheilungsplan“ (der auch schon beim Mangel jeglicher Berufsstatistik auf ganz willkürlichen Schätzungen aufgebaut war! D. W.) „dorthin 40 Fragebogen entfielen. Da aber mehr als 40 Bäckereien dort vorhanden sind, wurde für Lübeck, obwohl es nur 83 500 Einwohner hat, das für Großstädte vorgezeichnete Verfahren angewendet und als Erhebungsbezirk das Johannisquartier gewählt. Bei der Einsammlung der Fragebogen“ (bei der Vertheilung hatte es die Polizei also gar nicht gemerkt!! D. W.) „stellte sich jedoch heraus, daß in diesem Stadttheil nur 12 Bäckereien mit Gehilfenbetrieb vorhanden seien, und da es an Zeit (!) für Erweiterung die Erhebung fehlte, so blieben 28 Fragebogen unbenutzt“. Der Sinn dieser kläglichen Mittheilung ist also: man hatte sich von Anfang an in der Zahl der Lübecker Bäckereien ganz gehässig verrechnet; als dies bei der falschen Beschränkung die Ermittlungen auf einen Theil der Stadt herauskam, fehlte es aber an — Zeit und man ermittelte also noch weniger, als

selbst bei der Erhebung nach dem ersten Plane ermittelt worden wäre — jeder Kommentar ist wohl überflüssig! Und ähnlich ging es überall: hier wurden zu viel Arbeitgeber, dort zu viel Arbeiter gefragt, hier erhielten überhaupt nur Meister den Fragebogen, dort ließ die Ortsbehörde die Fragebogen statt durch die Interessenten durch die — Schulente ausfüllen, in anderen Fällen waren die Fragebogen von den Meistern ausgefüllt und von den Arbeitern nur unterschrieben. Kurz — man muß den amtlichen Bericht selbst lesen, um einen Begriff von dem Unsinne zu bekommen, den die deutsche Bureaukratie bei dieser angeblichen Arbeiter-, recte Schulklassen-Enquete geleistet hat.

Man will jetzt durch nachträgliche mündliche Vernehmungen einen Theil der Ungereimtheiten wieder gut machen, die bei dem schriftlichen Verfahren vorgekommen sind. Auch darüber hält man wieder lange Erörterungen für notwendig — als wenn es kein altbewährtes englisches Enqueteverfahren gäbe! Was da wohl herauskommen wird! Die Lehre des Ganzen aber heißt: der bürgerliche Staat besitzt noch nicht einmal diejenigen Organe, welche geeignet sind, ihn vollständig und wahrheitsgemäß über die Arbeitsverhältnisse des größten Theils seiner Bevölkerung aufzuklären. Er steht geradezu die Berührung mit den Arbeitervertretungen, und er wird wohl so lange Statistik stümpern, bis die Zeit zu Statistiken längst vorüber ist.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

Der Militarismus unterliegt dem Zwangsgeetze der Konkurrenz, er ist genöthigt, die Fortschritte der Waffentechnik sich zu eigen zu machen und auf Kosten der Steuerzahler ungezählte Millionen für jede neue Verbesserung auf diesem Gebiete zu verpulvern. In der Marine wettersert die Ausbildung des Geschützbaus mit der Konstruktion immer gewaltigerer und widerstandsfähigerer Panzerplatten. Hat die Ingenieurkunst eben einen Panzer geschaffen, der gegen die Durchschlagkraft bestimmter Geschosse gesichert scheint, stüß werden neue Geschosse hergestellt, die mit Leichtigkeit die angeblich schufste Stahlhülle durchbohren. In der französischen Marine agitiren jetzt hervorragende Fachmänner gegen große Panzerschiffe, die den Melinitgranaten nicht Widerstand leisten können. Man solle statt dessen rasche Kreuzer, Torpedoboote, Mörserboote zum Vordringen friedlicher Küstenstädte und unterseeische Fahrzeuge bauen. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt dazu: „Diese Ausführungen verdienen auch in Deutschland auf ihren Werth sehr genau geprüft zu werden, und sie mahnen zur Vorsicht allen Projekten gegenüber, welche auf eine Vermehrung der großen Panzerschiffe hingingen.“ Wie die Verhandlungen im Plenum des Reichstags und in den verschiedenen

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

[17]

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Kapitel VII.

Repin sinnt über die Zukunft seiner Tochter nach.

Sina und Basilij Werchibly reiste nach Dubrawnit ab. Einige Tage später kam ein Brief an, welcher ihre sichere Ankunft ankündigte.

Nach zehn Tagen kam ein anderer Brief von Sina, welcher berichtete, daß die Angelegenheit in vollem Gange war, und daß binnen Kurzem die Rechnung beglichen werden würde. Es war aber der Zeitpunkt dieser Abrechnung noch nicht beschossen. Das Lange und Breite der Sache war, daß der Beamte, welcher diese infame That anbefohlen hatte, als er die Nachricht seines Todesurtheils empfing, von solch grenzenloser Furcht ergriffen wurde, daß er die Stadt sofort mit Urlaub, welchen er unter dem Vorwande einer plötzlichen Krankheit erhielt, verließ. Nach einem Monat wurde es ruckbar, daß er den Dienst in der Justiz ganz aufgegeben habe.

Den Genossen in Dubrawnit blieb, so wüthend sie gegen ihn waren, nichts übrig, als ihn sich selbst zu überlassen. Bei den Terroristen ist es unbedingt und unver-

lehtliches Geseh, einen Beamten, der aus eigenem Antriebe aus dem Wege geht, und aufhört gefährlich zu werden, auf keinen Fall um der bloßen Rache willen niederzustrecken. So entgingen einige Zeiglinge ihrem Schicksale.

Doch die Leute, die zu dem Werk der Rache zusammengebracht waren, zerstreuten sich nicht. Da sie einmal da waren, Hauptquartiere, Schildwachen hatten und sonst alles bereit war, wurde der Vorschlag gemacht, das weit schmerzere Werk — die Befreiung der drei Revolutionäre — Boris und seiner beiden Gefährten Lewschin und Klein zu unternehmen, welche ihrer Verurtheilung in dem Gefängnisse zu Dubrawnit entgegen sahen.

Sina schrieb zu diesem Zwecke an die Genossen in St. Petersburg, die diesen Vorschlag gerne billigten und versprachen, die Abtheilung von Dubrawnit mit Geld und, wenn es nöthig wäre, mit Manuskripten zu unterstützen.

Andrej erwartete jeden Tag nach Dubrawnit gerufen zu werden, aber er wunderte sich nicht, daß eine Woche nach der anderen verging, und er noch auf seinem alten Plage war. Man war überein gekommen, daß Sina, welche die Leitung der Vorbereitungen auf sich genommen hatte, ihn nicht eher rufen sollte, als bis der entscheidende Moment des Handelns nahe war, und er wußte aus eigener Erfahrung, wie schwer Anschläge dieser Art zu organisiren sind. So verging der Sommer, ohne etwas Besonderes aus Dubrawnit zu bringen.

In St. Petersburg war es so schwül, wie gewöhnlich um diese Jahreszeit. Die brennende Hitze des kurzen Sommers, welche durch ihren schneidenden Kontrast zu dem übrigen Theil des Jahres um so fühlbarer ist, zieht aus der stidenden und miasmatischen Stadt alle hinweg, die die Mittel haben, sich einen frischen Lufthauch zu verschaffen. Die Sommerfajon ist diejenige, in welcher, in Ausland

alle Stände zur Arbeit oder zur Erholung den grünen Gefilden zufliehen. Dies ruft eine allgemeine Erschlaffung der Spannkraft auf allen Gebieten des geistigen und sozialen Lebens der Hauptstadt hervor. Die revolutionäre Bewegung schlummert, wie alles andere während der heißen Jahreszeit, da ihre Kämpfer weit und breit über das Land verstreut sind.

Der Sommer, in welchem die auf diesen Seiten beschriebenen Ereignisse vorfielen, verstrich weniger arbeitslos wie gewöhnlich. Dies war hauptsächlich der ausgedehnten Propaganda unter den Arbeitern zuzuschreiben, welche sowohl im Sommer als im Winter immer zahlreich in der Hauptstadt vertreten sind.

Diesem Werke widmete sich Andrej, so lange seine Dienste nicht anderweitig in Anspruch genommen wurden, mit voller Energie. Ein beträchtlicher Theil seiner früheren Thätigkeit war der Propaganda unter den Arbeitern gewidmet. Er hatte in ihren Reihen viele Bekannte, von denen noch einige früher in der Stadt waren und ihn als alten Freund bewillkommten. In vierzehn Tagen war Andrej mit seiner Aufgabe und seinen Beuten vertraut geworden. Die Arbeiter liebten ihn wegen seiner ersten Einfachheit und Gründlichkeit, und lauschten gern seinen nüchternen, ungeschminkten Worten. Andrej fühlte sich innerlich bei ihnen wie zu Hause, und die Propaganda unter ihnen war auch die Arbeit, die ihm am meisten zusagte. Hierin bildete er den wahren Gegensatz zu Gregor, der unter den Studenten und gebildeten Leuten, bei denen seine glänzenden Eigenschaften die beste Wirkung hervorbrachten, einen ihm zusagenderen Wirkungskreis fand.

Es war ein herrlicher Sonntag Nachmittags in der ersten Hälfte des August; Andrej lehrte von einer Arbeiter-

Militärkommissionen dargelegt haben, ist auch die deutsche Flotte von einem "Typ" zum anderen übergegangen, löstspielige Bauten waren in kürze durchaus werthlos, und auch bei uns wird schon der Wettbewerb den Uebergang zu den modernsten Konstruktionen erzwingen. Alles aus der Tasche der großen Masse, Alles auf Kosten des werththätigen Volkes!

**Die Novelle zum Militär-Pensionsgesetz**, welche, wie bereits gemeldet, nunmehr dem Reichstage zugegangen ist, schlägt für die Militärpersonen der Unterklassen (siehe die "Begründung" des Entwurfs S. 16 ff.) folgendes vor. Die Kriegszulagen für Mannschaften sollen von 6 auf 9 Mark monatlich erhöht werden. Da Ende März 1890 82 921 Invaliden aus dem Kriege 1870/71 in den unter preussischer Militärverwaltung stehenden Kontingenten die Kriegszulage bezogen, so bedingt die Erhöhung der Kriegszulage für diese Invaliden eine jährliche Mehrausgabe von 1 163 556 M., rechnet man hierzu das sächsische, württembergische, bayerische Kontingent, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 1 604 010 M. Infolge des allmählichen Aussterbens der Kriegsinvaliden von 1870/71 werden sich diese Ausgaben von Jahr zu Jahr verringern und, insofern nicht inzwischen ein neuer Krieg ausbricht, nach etwa einem Vierteljahrhundert ganz wegfallen. Eine Mehrausgabe von zunächst 108 000 Mark kommt auf die Erhöhung der Zulagen für Nichtbenutzung des Zivildienstes von 9 auf 12 Mark pro Monat, sie tritt für die Invaliden ein, die keine Versammlungszulage erhalten. Eine rückwirkende Kraft hat diese Erhöhung nur für solche Invaliden, welche am Kriege von 1870/71 theilgenommen haben oder seit diesem Kriege durch eine militärische Aktion oder durch Seereisen invalide geworden sind. In Zukunft soll diese Zulage bei Nichtbenutzung des Zivildienstes gesenkt werden, wenn der Invalide zur Zeit der Anerkennung des Anspruchs auf den Zivildienst unfähig zur Benutzung desselben ist, oder wenn diese Unfähigkeit innerhalb eines Jahres nachher sich ergibt. Aufgehoben werden soll ferner eine Beschränkung bei der Bemessung der Pensionsberechtigung für diejenigen Invaliden der Unterklassen, deren Invalidität erst nach der Entlassung oder bei Kriegsinvaliden nach einer bestimmten Frist anerkannt wird. Diese Bestimmung enthält eine große Härte gegenüber denjenigen Soldaten derselben Kategorie, welche — selbst wenn sie sich vor dem Feinde besonders ausgezeichnet — zwar eine Verwundung nicht davongetragen, aber in Folge anderer Leiden, welche sie sich lediglich durch die Kriegstrapazien zugezogen haben, in einem vielleicht noch beklagenswerteren Zustande sich befinden, als wenn sie verwundet wären. Aber auch den Friedensinvaliden gegenüber kann dieser Paragraf nicht mehr aufrecht erhalten werden. Rückwirkende Kraft soll diese Bestimmung nur haben für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits vorhandenen Invaliden, welche unter das Gesetz vom 27. Juni 1871 fallen. — Große Ansprüche an die Steuerzahler macht die Bestimmung des Entwurfs, wonach die Einkommenssätze erhöht werden, bis zu welchen die im Zivildienst angestellten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften ihre Pension fortziehen dürfen. Die Mehrausgabe beträgt für Offiziere im ersten Jahre 167 400 M. und im Beharrungszustand 208 500 M., für Mannschaften im ersten Jahr 1 300 000 M. und im Beharrungszustand 2 140 000 M. Es soll die Kürzung der Pensionen erst eintreten, wenn Pension und Zivileinkommen den Betrag überschreitet für

Premier- und Sekondeleutnants von 3000 M.	
Feldwebel . . . . .	1200
Gemeine . . . . .	500
Unteroffiziere von zwölfjähriger Dienstzeit . . . . .	1400

Ferner sollen Offiziere bei Anstellung im Gemeindedienst eine Kürzung der Pensionen nicht mehr erleiden. Zum Schluß soll die den Reichs- und Staatsbehörden obliegende Verpflichtung zur Anstellung der Invaliden auch auf die Gemeindebehörden ausgedehnt werden, und zwar so, daß nicht bloß Invaliden, sondern überhaupt Militärärzte anzustellen sind. Moloeh Militarismus beutelt nicht bloß unmittelbar das Volk aus, er verschärft auch den Kampf ums Dasein für das "Zivil", indem er für die Militärärzte gegenüber

versammlung des Wyborg-Distrikts, seinem Arbeitsfelde, zurück. Als er die Vitainy-Brücke erreichte, sah er auf die Uhr. Es war sechs, und er begann zu erwägen, ob er die Neva überschreiten und nach seiner Wohnung zurückkehren oder einen Omnibus nehmen sollte, der ihn in ungefähr einer Stunde an die Thür von Repin's Sommerwohnung am schwarzen Flusse bringen würde. Die Zeit und der Tag waren zu einem Besuche geeignet. Doch hatte er einige Bedenken, ob er dem heftigen Wünsche, dort hinzugehen, nachgeben sollte oder nicht. In der letzten Woche war er zweimal bei Repin's gewesen und es war entschieden weit klüger, nicht sobald wieder hinzugehen. Die Wolken, welche sich vor zwei Monaten um Repin's Haupt zusammengezogen hatten, waren vorüber gegangen. Nowakowski war, da die Dubrawnit'sche Polizei seine kompromittirenden Verbindungen nicht entdeckt hatte, freigelassen worden. Repin wurde nicht weiter belästigt und sein Haus war so sicher, als das eines Russen eben sein kann.

Doch der Besuch eines "Illegalen" ist schon an und für sich gefährlich und darf nicht zu oft wiederholt werden.

Andrej beschloß vorsichtig zu sein und nach Hause zu gehen, obgleich sein Zimmer ihm jetzt sehr einsam und traurig erschien. Er ging der Brücke zu, überschritt den Fluß und überlegte sorgfältig, was er thun würde, wenn er zu Hause angelangt wäre. Dies war aber reine Heuchelei, denn er wußte sehr gut, daß er nicht nach Hause ging. Als er ans Ende der Brücke kam und den Omnibus, der nach dem schwarzen Flusse führte, auf sich zukommen und einen Stehplatz auf demselben frei sah, sicherte er ihn sich hastig, indem er sich scharfsinnig sagte, daß, da es Sonntag war, der nächste Omnibus vollgepackt sein würde.

Man muß nicht übervorsichtig sein; es verbietet die Saune, dachte er. In den Vorstadtbezirken ist die Polizei so sorglos, die Bewachung so schlaff und das Leben so ungehindert. Ein Besuch mehr kann nichts schaden, und besonders am Sonntag werden von der Stadt immer Gäste erwartet.

Die Versammlung, welche Andrej soeben verlassen hatte, war eine sehr erfolgreiche gewesen. Eine neue Abtheilung hatte sich in einer der größten Fabriken der Nachbarschaft

den bürgerlichen Bewerbern Vorrechte schafft und eine Gunstpolitik treibt, von welcher er bei den Wahlen und im öffentlichen Leben überhaupt einen Dank mit Interesse erwartet. Das auf dem Kasernenhof gebrüllte Menschenmaterial wird in alle Berufskreise, in alle öffentlichen Thätigkeiten eingeschoben, um so den herrschenden Klassen willfährige Werkzeuge, regierungstreue Stimmen und lokale Gesinnung zu sichern. Ein Nechereempel, das am Ende doch falsch ist! Den Militärärzten soll die Militärdienstzeit bei Ermittlung der Pension als pensionsfähige Dienstzeit in Anrechnung gebracht werden, wenn und insoweit nach Landesrecht die Zeit angerechnet wird, welche im Zivildienst vor Erlangung einer festen, mit Anspruch oder Aussicht auf Pension verbundenen Anstellung verbracht wurde. Landesrechtliche Bestimmungen, welche hinsichtlich der Anrechnung der Militärdienstzeit günstiger sind, bleiben unberührt. — Die Unteroffiziers-Prämien, die der Reichskanzler als notwendiges Stärkungsmittel für den Kampf gegen — den inneren Feind empfahl, werden durch Art. 18 des Entwurfs eigenartig in Erinnerung gebracht. Da heißt es: "Der Anspruch der Unteroffiziere auf die ihnen bei ihrem Ausscheiden gewährten Dienstprämien kann mit rechtlicher Wirkung weder verpfändet, noch übertragen, noch gepfändet werden. Auch ist bei Unteroffizieren während dreier Monate nach Auszahlung der Prämie ein dieser gleichkommender Selbstbetrag der Pfändung nicht unterworfen. Die im Absatz 2 und 3 festgesetzten Beschränkungen der Pfändung finden keine Anwendung auf die im § 749 Absatz 4 der Zivil-Processordnung bezeichneten Forderungen der Ehefrau und der ehelichen Kinder des Schuldners." In der "Begründung" (S. 28) heißt es: "Hinsichtlich des Ausschlusses der Pfändbarkeit der Unteroffiziers-Dienstprämien wird bemerkt, daß vor deren Bewilligung ein pfändbarer Anspruch überhaupt nicht besteht, weil der Etat, in dem sie zum Anschluß gekommen sind, Privatrechte nicht begründet." Wir fürchten, auch diese Prämien sind kein Schutz gegen den "inneren Feind". —

**Die Agrarier** toben jetzt im Landtage und im Reichstage. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die gestrige Debatte fortgesetzt. Der freikonservative Abgeordnete Popelius protestirte gegen die Abfertigung, die ihm im Reichstage durch den Reichskanzler zu Theil geworden. Herr von Caprioli hatte nämlich den beim Abschluß der Handelsverträge thätigen Geheimrath Huber gegen die "unqualifizierbaren Verdächtigungen" des Herrn Popelius verteidigt. Der Angriff des Abgeordneten von Kardorff gegen die Kohlenringe in einer früheren Sitzung fand heute eine Erwidern vom nationalliberalen Abgeordneten Schmieding, der den Kohlenring als ein höchst wohlthätiges und gemeinnütziges Unternehmen pries. Wenn man von einem Ding spricht, fragte er, was ist denn die königliche Bergwerksverwaltung anderes als ein großartiger Ring? Diese Bemerkung ist eines Königs Stimm würdig. Ob der Staat einen Gewinn einsteckt, oder ob ein Paar Geldprozen — das ist doch dasselbe. Freilich, der Staat hat durch seine Begünstigung der agrarischen Junler und des industriellen Progenthums die Unverschämtheiten des Herrn Schmieding wohl verdient. —

**Die Reichstags-Erwahl** im Wahlkreise Opper-Nesche-Arnberg für den verstorbenen Abg. Peter Reichensperger ist auf den 20. März anberaumt. —

**Reichstags-Kandidatur.** Unsere Parteigenossen im 17. hannoverschen Wahlkreis (Harburg) haben beschlossen, den Schuhmacher Baerer für die nächste Reichstags-Wahl als Kandidaten aufzustellen. Harburg ist z. B. von einem Nationalliberalen im Reichstag vertreten, und früher waren dort die Welfen sehr stark vertreten, das nächste Mal wollen aber unsere Genossen den Nationalliberalen die Hölle ordentlich heiß machen. —

**Deutschland an der Wende des 19. Jahrhunderts.** Gegen den verantwortlichen Redakteur des "Würzburger Journal" ist Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden, weil derselbe bei einem Hoch auf Prinzregent und Papst in einer ultramontanen Versammlung sitzen geblieben ist.

Ob Tacitus heute noch seine "Germania" schreiben würde, wenn er dies läse? —

gebildet. Die Aussicht war eine glänzende, und er war geneigt, alles mit dem Auge eines Optimisten zu betrachten.

Durch das geöffnete Fenster konnte er die Passagiere wie Häringe in einer Tonne zusammengespickt, die Kinder auf dem Schooß der Eltern sitzend, sehen. Die meisten von ihnen waren in Sonntagskleidern und ein gewisser Feiertagszug lag auf ihren Gesichtern. Schreiber, kleine Handelsleute und niedrige Beamte, die sich den Luxus eines Sommeraufenthaltes außerhalb der Stadt nicht gewöhnen konnten, bemühten das schöne Wetter zu einem Ausfluge. Andrej erinnerte sich, daß an den Sonntagabenden im Park Musik war. Tanja werde jemanden brauchen, der ihr Gesellschaft leistete, da ihr Vater an den Abenden arbeitete. Wenn nicht Kriwolodsk sich auch unglücklicher Weise einfinden würden sie wohl einen köstlichen Abend verbringen.

Seitdem sie sich vor zwei Monaten zum ersten Mal getroffen hatten, verging kaum eine Woche, ohne daß er Tanja gesehen hätte, — zuerst durch einen Zufall, dann bei Gelegenheiten, die zu glücklich waren, um ganz zufällig zu sein. Seitdem Repin's nach dem schwarzen Flusse gezogen waren, trafen sie sich sehr häufig. Die verhältnismäßige Freiheit, welcher sich die Einwohner dieses Sommeraufenthaltes erfreuen, gestattet es etwas mehr die strengen Vorschriften des gewöhnlichen Stadtlebens außer Acht zu lassen. Den größten Theil der freien Abende verbrachte Andrej bei Repin oder Lena Subowa. Sie hatte ein kleines Zimmer in der Nachbarschaft für die Sommermonate gemiethet und Tanja war ein häufiger Gast bei ihr. So sah Andrej das Mädchen sehr oft.

Er war ihr so sehr durch Lebenserfahrung überlegen, daß dieses neunjährige Mädchen ihm fast ein Kind schien. Aber in ihren Bestrebungen und Neigungen und ihrer ganzen Geistesrichtung bestand eine Verwandtschaft, welche den Umgang mit ihr für ihn zu einem höchst fesseln- den gestaltete. Er hegte keine Befürchtung, daß diese Vertraulichkeit mit einem reizenden Mädchen je seinen Gemüths-frieden gefährden würde. Was sie anbetriß, so stand das außer Frage, er hatte nichts an sich, das die Einbildungskraft hätte fesseln können.

(Fortsetzung folgt).

**Samiel, hilf!** Zwar ist die Sozialdemokratie durch die Zukunftsstaats-Debatten "getödtet", aber der "todte" Gegner geht um und erschreckt die braven Ordnungspolitiker. Sind doch die Massen, welche dem Sozialismus sich ergeben haben, so ungläubige Thomaße, daß sie an die Todesnachricht gar nicht glauben. Hier muß Wandel geschafft werden. Lesen die Arbeiter erst die Reichstagsreden im Wortlaut, dann wird Eugen Richter kanonisiert und Männlein und Weiblein walfahren zum heiligen Interroco der Spar-Kasse. Darum erläßt der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, jener berufene Unternehmervorband der Baare und Genossen, folgendes Rundschreiben, das ein Ohngefähr auf unseren Schreibtisch geweht hat:

Kopie eines Zirkulars des Vereins zur Wahrung z. z. an seine Mitglieder.  
Dasseltdorf, 10. Februar 1893.

Am die ergebenst unterzeichnete Geschäftsführung ist in den letzten Tagen mehrfach die Anregung ergangen, eine Ausgabe der sozialdemokratischen Zukunftsstaat betreffenden jüngsten Reichstagsreden zwecks Vertheilung unter die Arbeiter unserer industriellen Werke zu veranstalten. Inzwischen hat die Sam. Lucas'sche Verlags-handlung diesen Gedanken bereits in die Wirklichkeit überseht und bietet in dem beifolgenden Rundschreiben so billige Preise für Massenabzüge an, daß wir das Unternehmen unsererseits nur auf das wärmste empfehlen können. Wir ersuchen demgemäß die Mitglieder, sich bei Bedarf direkt mit der Firma Sam. Lucas in Elberfeld in Verbindung setzen zu wollen.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

Die Geschäftsführung:  
(gez.) Dr. B. Deumer,  
Generalsekretär.

Sam. Lucas preist in seinem Zirkular die von ihm für den Massenvertrieb hergestellte Waare nach Gebühr an, fast so geschäftskundig wie Herr Richter seine literarischen Machwerke. Da ist die Rede von der "Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Zukunfts-Ideen" von dem "Uvermögen bei sozialdemokratischen Führer über ihr Endziel ab . . . Aufschluß zu geben." Aber, es geht doch ein Ausdruck des Bedauerns durch die gesammte Presse und findet Widerhall der allen Gegnern der Sozialdemokratie, man befürchtet, der irreführende Arbeiter werde von der Niederlage der sozialdemokratischen Führer nichts erfahren, weil die Organe der Sozialdemokratie ihm das Ergebnis der Verhandlung verschweigen oder entstellen werden. "Ich habe mich be-shal-b," sagt Sam. Lucas, für den der Buchhändlerprofit natürlich gar keine Bedeutung hat, "deshalb entschlossen", sämtliche Reden nach dem stenographischen Reichstagsbericht herauszugeben unter dem Titel: "Der sozialdemokratische Zukunftsstaat vor dem Deutschen Reichstag." Nun werden den verführten Arbeitern die Augen aufgehen, der Verein mit dem langen Namen rief nicht umsonst sein: Samiel, hilf! Wenn, ja wenn nur die "Irregeleiteten" nicht dächten: "Getretener Quark wird breit, nicht stark," troy aller Deumer und Luface! —

**Aus dem antisemitischen Lager.** Wegen Wieder-veröffentlichung der zum zweiten Male gerichtlich beschlagnahmten Druckschrift: "Eine Protesteingabe" ist wider den Ingenieur Karl Paasch ein neues Verfahren wegen Verleumdung des Justizministers von Schelling eingeleitet worden. Bekanntlich war der erste Strafantrag vom Minister zurückgezogen worden, und zwar unter Uebernahme der entstandenen Kosten. —

**Verkauf von Spirituosen an Nordseefischer.** In Haag ist am 14. d. M. das zwischen den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Deutschland und England vereinbarte Protokoll betreffend die Ausführung der Uebereinkunft vom Jahre 1887 über den mißbräuchlichen Verkauf von geistigen Getränken unter den Nordseefischern unterzeichnet worden. —

**Es giebt noch Richter in — Stettin.** Das gegen unsern Genossen Herbert in Stettin wegen angeblicher Beleidigung der dortigen Offiziere eingeleitet gewesene Verfahren ist eingestellt worden. Das Landgericht hat, wie der "Volkshote" mittheilt, nicht gefunden, daß Herbert die Offizierssehre verletzt hat. Seine Behauptung, daß ein sozialdemokratischer Redakteur über etwas mehr Wissen verfügen müsse, als ein Offizier habe, enthalte für den deutschen Offizier keineswegs den Vorwurf der Unwissenheit oder des mangelnden Wissens. Denn selbstredend, wie ja jeder Beruf sein eigenes Wissen erfordert, sei das Wissen eines Redakteurs, und zumal das eines sozialdemokratischen, wegen seiner besonderen Parteibestrebungen, ein ganz anders geartetes als das eines deutschen Offiziers. Außerdem hat das Gericht den Strafantrag des Generalkommandos des 2. Armeekorps nicht für ausreichend erachtet, weil sich in der Notiz keine Beziehung zu den Offizieren der Garnison Stettin ergibt. —

**Oesterreichisches.** Bei den Wahlmännernwahlen für die bevorstehende Reichsrathswahl in den Reichenberger Landgemeinden drangen in Schumburg und Albrechtstorf die sozialdemokratischen Kandidaten durch, in anderen Orten verfügen sie mindestens über eine starke Minderheit. In Nordböhmen, besonders in dem Brennpunkt des Textilgewerbes, dem Reichenberger Bezirk, hat die Arbeiterbewegung tiefe Wurzeln geschlagen. Trotz des jämmerlichen Wahlsystems ist ein bemerkenswerther Erfolg zu verzeichnen. —

**Handwebstuhl und mechanischer Stuhl.** Ueber die Verdrängung des Handwebstuhles durch den mechanischen Stuhl enthält der soeben für das Jahr 1892 erschienene Bericht der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft bemerkenswerthe statistische Mittheilungen. Danach ist die Zahl der von der Zürcherischen Industrie beschäftigten Handwebstühle, welche in der Periode 1871/81 von 27 581 auf 30 898 gestiegen war, im Jahre 1892 auf 20 625 zurückgegangen, eine Zahl, wie sie vor einem Vierteljahrhundert vorhanden war (1867: 18 605, 1868: 22 103). Die Zahl der mechanischen Webstühle, welche vor 25 Jahren ca. 500 betrug (1867: 400, 1868: 600), ist inzwischen auf 7173 gestiegen. In den letzten drei Jahren haben die Handwebstühle um 11 pCt. zugenommen. Von den rund 20 000 Handwebstühlen fallen 11 000 auf den Kanton Zürich, 9000 auf andere Kantone (Aargau und Bern, Jura, Schwyz und Nid-Schwyz). Die Zürcherische Seidenfabrikation beschäftigte rund insgesammt 37 000 Arbeiter (Weber 24 500, Hilfsarbeiter 10 500; die größere

Zahl dieser beiden Kategorien gehörte dem weiblichen Geschlechte an; dazu 1620 Färber und Appreteure, sowie 1000 Angestellte auf Kontor und Ablieferungsstufe. Die Arbeiter für Gaze (Mahlbestandteile) sind hier mitgezählt, so weit sie für Häuser in Zürich arbeiten. Dagegen ist die Bandfabrikation, Seidenweberei und Florettweberei in diesen Zahlen nicht einbezogen. Die Zahl der Fabrikationshäuser (Firmen) hat sich wieder um etwas vermindert. Dieselbe beträgt nur halb so viel (73), als im Jahre 1835 (140). Die stärkste Verminderung erfolgte in den sechziger Jahren. Die fabrikrten Stoffe hatten 1891 einen Gesamtwert von 91 Mill. Franken, wovon 71 Millionen Export in Ganzseide und ca. 16 Millionen in Halbseide. Der Verbrauch im eigenen Lande mag zwischen 4 und 5 Millionen betragen.

In den Vereinigten Staaten waren 1890 in der Seidenindustrie 51 000 Arbeiter und 24 216 Webstühle (22 569 mechanische und 1647 Handwebstühle) beschäftigt. Die Verdrängung und Vernichtung der Handweberei ist in Amerika gar nicht nötig, weil sie nur einen bescheidenen Umsatz zu erreichen vermochte, während in der alten Welt dieser Prozess eine ebenso langwierige wie folgenschwere Periode durchlaufen muß. „Amerika, Du hast es besser.“

In Spanien bereitet sich wieder einmal eine Krise vor. Jüngst hieß es dort, irgendwo seien wieder „Anarchisten“ aufgetaucht — das heißt, aus dem spanischen Polizei- und Regierungstil in richtiges Deutsch übersetzt: Die Regierung fürchtet sich. Und sie hat auch Grund. Das dünne Häfchen, an dem die Monarchie hängt, ist noch dünner als das Häfchen, an dem das Leben des wieder erkrankten Königs abhängt. Und von allen Seiten wird daran gezerrt. Nach den jüngsten Berichten hätten die Karlisten ein Komplott gemacht, um das Blühen in ihre Gewalt zu bekommen und seine Mutter — die „Königin-Regentin“ — aus Spanien zu entfernen. Der Plan ist vorläufig mißlungen. Ernsthafter ist die republikanische Bewegung, die seit der Einigung der verschiedenen Fraktionen oder Gruppen einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. In allen größeren Städten finden Massenfundgebungen zu gunsten der Republik statt, und jeden Augenblick kann man einen allgemeinen Ausbruch gewärtig sein.

Nachdruck. Telegramme vom heutigen Tag melden schon von „Muxuben“ in Granada und Madrid.

Der dicke Milan ist ein köstlicher Bursche. Erst verhöhrt er durch sein Leben und Reden den Stand seiner Kollegen, wie kein Beaumarchais\* es je fertig gebracht; und nun verhöhrt er auch den eisernen Welfenfund-Ranzler, indem er sich eine verleihe Ehre zulegt und Strafformulare en gros und en masse gegen die sündhafte Presse entfendet. Er hat die Frankfurter Zeitung und ein Duzend anderer Blätter verklagt, die über die Komödie spotteten, die Milan ausführte, indem er mit der Leiche und obendrein im russischen Dienst und Sold stehenden Natalis sich wieder ausgehört und seinen verschiedenen anderen Lieben den Abschied gegeben hat — bis auf weiteres.

Frankreich. Die französischen Kammerradikalen haben im Bund mit der Regierung beschloffen, daß heute eine Debatte über die allgemeine Politik der Regierung beginnen, und daß sie mit einem Vertrauensvotum für die Regierung enden soll. Ob die Parlaments-Komödie nach Wunsch und Beabachtung verlaufen wird, ist freilich die Frage. Außer Zweifel aber scheint es zu stehen, daß das Komplott Cavaignac endgültig gescheitert, und daß auch Constans — bis zu den Wahlen wenigstens — bei Seite geschoben ist. Was nach den Wahlen sein wird, entzieht sich jeder Berechnung. Wie werden sie ausfallen? Wann werden sie sein? Alles dunkel und ungewiß.

Eine Klaviersteuer hat die französische Kammer auf den Antrag Robert Michell und Genossen beschloffen. Jedes Piano soll mit 10 Franks jährlich besteuert werden. Man hat einen Jahresertrag von 6 Millionen Franks (4 Millionen Mark) herausgerechnet. Anstatt solche Steuerfurchen zu treiben, sollte die Kammer das direkte Steuerwesen von Grund aus umgestalten und die auf den Besitzlosen am schwersten lastenden zahlreichen indirekten Steuern und Abgaben beseitigen.

Aus Frankreich. Man schreibt uns:  
Paris, den 13. Februar 1893.  
Der neugewählte sozialistische Abgeordnete von Carmaux, Jean Jaurès, ist in diesen Tagen gleichfalls in die Redaktion der „Petite République française“ eingetreten, zu deren hervorragenden Mitarbeitern Goblet, Millerand, Bally, Malon und Journière gehören. Mit einem sehr beachtenswerten „Die sozialistische Politik“ überschriebenen Artikel leitet Jaurès seine Thätigkeit in der Redaktion des Blattes ein. Nachdem er die kürzlich so großes Aufsehen erregende Rede des Abgeordneten Cavaignac und die Rath- und Programmlöslichkeit des Ministeriums, welche es dahin gebracht habe, daß der Vontangist Déroulède in einer gegen den Boulangerismus gewählten Kammer zu den Haupten der Majorität gehöre, kritisiert hat, fährt er folgendermaßen, auf sein eigentliches Thema übergehend, fort: „In dieser Ungewißheit und in diesem Chaos ist es die erste Pflicht von uns sozialistischen Republikanern, aufzutreten und uns sehr deutlich auszusprechen. Wir haben es getan und werden es trotz aller Widersprechens und Murrens bei jeder Gelegenheit thun. Und dann müssen wir angehts dieser möglichen und fast sicheren Vereinigung der Zentrumsfraktionen, gegenüber der wahrscheinlichen Konzentration der gemäßigten und reaktionären Kräfte, alle demokratischen und sozialistischen Kräfte konzentrieren. Unter den Sozialisten scheinen manche mit Ruhe dem bevorstehenden Einbruch der „konstitutionellen Rechten“ (d. h. derjenigen früheren Monarchisten, welche erklärt haben, die Republik als die rechtmäßig bestehende Staatsform anerkennen zu wollen) in die republikanische Politik anzusehen; zu jenen gehören wir nicht. Sicherlich wird es möglich sein, durch die Wirksamkeit der versprochenen sozialen Reformen einen Theil der ehemaligen konservativen Gesellschafter, welche die rein politischen Ideen nicht interessiren, direkt zu uns herüberzugewinnen. Aber mit den Rekruten des Sozialismus dürfen wir niemals vergessen, daß wir vor allem Republikaner sind. Wäge über diesen Punkt niemals Zweideutigkeit besessen! Auch handelt es sich sicherlich für uns nicht darum, die Radikalen durch Zugeständnisse auf Kosten unseres Programms und unserer Grundsätze zu gewinnen und eine rein politische Agitation anstelle der sozialen zu setzen. Wir haben nichts von unseren Bestrebungen und Auffassungen nachzugeben, um dieselben in den Rahmen der alten radikalen Partei eintreten zu lassen. Aber die von uns zum Sozialismus gewundene Gesellschafter der radikalen Partei darf dabei nicht absolut aus der Fassung gebracht und aus ihrem Ideenkreis herausgerissen werden. Sie muß bei uns einige der sehr edlen politischen Bestrebungen wiederfinden, welche

sie zum Radikalismus geführt hatten. Die Arbeiter und Kleinbürger, welche von unseren sozialistischen Systemen noch nicht gewonnen worden sind, die aber demokratischen Instinkt und Sinn besitzen, müssen im Sozialismus mit einer weiteren ökonomischen Auffassung einige ihrer besten Herzensangelegenheiten von gestern wiederfinden. Zeigen wir ihnen deutlich, daß wir die Freiheit um ihrer selbst willen lieben, daß wir uns niemals zu zersplitterten oder literarischen Versuchen bereit finden lassen werden, daß es für uns keine soziale Gerechtigkeit ohne politische Freiheit gibt, daß wir die volle Befreiung der Gewissen und der Gesellschaft wollen, daß uns, wenn wir vor allem die soziale Revision anstreben, die politische Revision nicht gleichgültig ist, da dieselbe ohne Zweifel die notwendige Vorbedingung der ersteren bildet, und daß wir in Erwartung der gänzlichen Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung die Belben der Kleinen durch theilweise, fiskalische oder andere, Reformen zu lindern wissen. Wir müssen ohne irgend welche Abkantung oder Vermengung das politische Programm der Radikalen mit dem ökonomischen des Sozialismus verknüpfen, um die ganze Demokratie zu uns zu rufen und der möglichen Koalition der Gemäßigten und der Radikalen die energische Konzentration der demokratischen und sozialistischen Kräfte entgegen zu stellen.“

Der zweite Kongreß der Arbeitsbörsen Frankreichs wurde Sonntag, den 12. Februar, in Toulouse eröffnet. Schon am Tage vorher waren Delegirte von Paris, Roanne, Saint-Étienne, Lyon, Gette, Montpellier, Cognac, Alger, Nantes u. s. w. eingetroffen. Auf dem Rathsausschüsse wurden sie Sonntag früh feierlich vom Maire der Stadt empfangen und mit einem Ehrenwein bewirtet. Es handelt sich auf dem Kongresse darum, die Beziehungen zwischen den Arbeitsbörsen und den Gemeinderäthen festzustellen, nationale und lokale Straßflotten zu gründen, neue Mittel zur Gründung und Stärkung der Fachverbände zu finden, alle Gewerkschaften zur Stellungnahme zur Maidemonstration zu veranlassen und die Vereinigung sämtlicher Gewerkschaften und ihre Vertretung auf dem allgemeinen Pariser Kongresse im Juli 1893 anzubahnen.

Der Kongreß der französischen Arbeitsbörsen-Verbandes hat gestern seine Arbeiten beendet. Unter den gefaßten Beschlüssen sind noch die beiden hervorzuheben, daß für alle öffentlichen Arbeiten — des Staats, der Departements und der Gemeinden — das Kontrakt- und Submissionsystem abgeschafft, und den Gewerkschaften das Recht der Bewerbung zuerkannt werde; und ferner daß die Regierung Geld für die Entsendung von Arbeitern zur Weltausstellung von Chicago bewilligen möge.

Malon ist in Cannes (Südfrankreich), wo er um seiner Gesundheit willen seit längerer Zeit weilt, operirt worden. Der Brusthöhlenschnitt wurde glücklich vollzogen, und nach den letzten Nachrichten war das Befinden des Kranken so gut, als es unter den Umständen nur sein kann. Die Ärzte hoffen auf volle Genesung.

Belgien. Die pfälzisch-kapitalistische Kammermajorität, welche sich der Einführung des allgemeinen Wahlrechts widersetzt, hat, wie wir schon vor Monaten sagten, ihre Hoffnungen auf einen, im Blut zu erstickenden Putsch gesetzt. Nun ist es aber eine eigene Sache mit dem „im Blut erstickten“. Von selbst macht sich das nicht; es muß gemacht werden. Und wer soll es machen? Natürlich die Soldaten mit „der Plinte die schießt, und dem Säbel der haut“. Aber da sticht der Säbel. Werden die Soldaten auch schießen und hauen? Das ist eine Frage, welche die belgischen Reaktionäre sich jetzt zaghafte Herzens vorlegen. Sie trauen der Armee nicht. Und sie haben recht. Wie General Brialmont, der tüchtigste Militär Belgiens, denkt, das sehen wir dieser Tage. Er ist für das allgemeine Wahlrecht. Und unter den Mannschaften befinden sich sehr viele Sozialisten; insbesondere die Hebruten sind, wie sich das jetzt bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hat, durch und durch sozialistisch gesinnt, und sie theilen ihre Ideen den älteren Mannschaften mit, die denselben um so zugänglicher sind, als sie miserabel behandelt werden und vom Siege des Sozialismus nur eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten hätten. Die Soldaten und Milizen beteiligen sich sehr zahlreich an den Kundgebungen zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts, und mit Entsetzen melden die Regierungsblätter, daß die vornehmsten „Stützen des Thrones und Altars“ mit großer Begeisterung die „sozialistischen Revolutionslieder“ mit singen. Das ist allerdings gefährlich. Was soll aus dieser besten der Welten werden, wenn die Plinte nicht mehr schießt, und der Säbel nicht mehr haut? —

Inzwischen wächst die Aufregung im Lande mehr und mehr. Von verschiedenen Orten werden blutige Zusammenstöße zwischen Volksmassen und Gendarmen gemeldet. Und dabei nimmt — infolge der steigenden Noth — die Bewegung der Arbeitslosen einen immer drohenden Umfang an. Kurz alles vereinigt sich in Belgien, um die Krise zu beschleunigen und zu verschärfen.

England. Die Redeschlacht um die Homerule-Bill tobt fort. Es wäre thöricht, das Ende prophezeien zu wollen. Bei der ersten Lesung wird es wahrscheinlich noch nicht zur Abstimmung kommen, obgleich dies nach englischem Brauch angeht. Die Opposition will im Land, und namentlich auch in dem protestantischen Theil Irlands (der Grafschaft Ulster) einen Agitationssturm entfesseln, und hofft dann sicher zu siegen. Inzwischen alle Berechnungen sind vorläufig in die Luft gemacht.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat das Quarantänegesetz in einer Fassung angenommen, wonach der Präsident der Republik ermächtigt ist, die Einwanderung von Passagieren aus infizirten Häfen zu suspendiren und die Einfuhr infektionsverdächtiger Waaren zu verbieten. Die Zentralbehörden haben das Recht, in allen Hafenplätzen, in denen die Lokalbehörden sich säumig zeigen, die nöthigen Maßregeln zur Vorbeugung, Verhütung und Unterdrückung von ansteckenden Seuchen selbst zu treffen. Dem Präsidenten werden für diesen Zweck 350 000 Dollars zur Verfügung gestellt.

## Parlamentarisches.

Sitzung der Militärkommission. Als erster Redner kommt Ricker auf die Frage der kürzeren Dienstzeit für die berittlenen Truppen zu sprechen, die er seitens der Militärvertreter etwas weniger ironisch behandelt sehen möchte, da sie in der That gar nicht so unwichtig sei und über kurz oder lang infolgedessen entschieden werden müsse, ob nicht eine gewisse Arbeitstheilung zwischen Remontierern und eigentlichen Kavalleristen eintreten habe, um für letztere die kurze Dienstzeit zu ermöglichen. Er wolle jedoch die gegenwärtige Militärvorlage nicht mit der Frage verpacken, wünsche aber irgend eine Ausgleichung, vielleicht dadurch, daß die Kavalleristen eine kürzere Zeit in der Reserve zu dienen hätten, was durch einige organisatorische Änderungen

möglich zu machen wäre. Er wünscht statistische Mittheilungen über Einjährig-, Drei- und Vierjährig-Freiwillige seit 1873. Der Ansicht Ricker's, daß die Anträge Bennigsen's, betr. gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit richtiger seien als der Antrag Ricker's, tritt Medner in längerer Rede entgegen.

Gen. v. Gollner giebt diverse Aufschlüsse, die jedoch kein wesentliches öffentliches Interesse haben.

Abg. v. d. Schuleburg, der für die längere Dienstzeit der berittlenen Truppen plaidirt, wünscht auch irgend ein Äquivalent für diese Mehrbelastung, glaubt aber, daß eine finanzielle Entschädigung zweckmäßiger sei, als eine Verfüllung des Reservendienstes. Bei der Truppe aber müsse der Kavallerist drei Jahre bleiben, nicht bloß der Ubrigkeit der Pferde wegen, sondern weil er drei Waffen handhaben lernen müsse: Säbel, Lanze und Karabiner. — Er appellirt an die gedienten Soldaten\* in allen Fraktionen, daß wenigstens sie sich in der Bewilligung des Nothwendigen zusammenfinden möchten. Von der Regierung wünscht er, daß sie einer präzisieren Fassung des § 1 insofern zustimme, daß die auf den zweijährigen aktiven Dienst sich beziehenden Worte: „im allgemeinen“ nicht einer Mißdeutung ausgesetzt werden, an einen Mißbrauch seitens der Militärverwaltung glaubt er selbstverständlich nicht.

Dr. Lieber verbeißt sich in einer höchst „stieffinnigen“ Rede, der es gar nicht geschadet hätte, wenn sie ungehalten geblieben wäre, aber die Windthorst'schen Resolutionen, über konstitutionelle Garantien, Verankerung der Präferenzisten mit der Bevölkerungszahl und ähnliche Probleme, sagt aber nichts Neues. Wenn es nach seinen Wünschen ginge, würde die Kommission ungefähr bis Weihnachten zu sitzen haben.

General v. Gollner giebt den Windthorst'schen Resolutionen eine der gegenwärtigen Militärvorlage günstige Deutung.

Herr v. Hammerstein giebt noch einmal seiner Abneigung gegen die zweijährige Dienstzeit Ausdruck. Stumm konstatiert, daß die dreitägige Debatte über den § 1 zwecklos war.

Singer giebt der Meinung Ausdruck, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer gleichen Dienstzeit für alle Waffengattungen eine sachliche Widerlegung nicht gefunden hat. Im Volk nehme man die Sache nicht so humoristisch, wie von Seiten der Herren Militärvertreter, sondern werde künftig die Aushebung zur Reiterei als eine Art Strafe betrachten. Interessant sei es übrigens, daß die Anregung zu dem nun mehrfach besprochenen Ausgleich, der zu gunsten der Reitertruppen für deren längeren aktiven Dienst wünschenswerth erscheint, lediglich durch den sozialdemokratischen Antrag gegeben wurde. Der Schuleburg'sche Vorschlag wurde auf geradem Wege zum Soldnerheere geführt. — Grundfänglich ist die sozialdemokratische Partei auch gegen die zweijährige Dienstzeit, weil sie dieselbe für noch viel zu lang halte; werde dieselbe aber eingeführt, so müsse die kleine Erleichterung, die darin liege, auch der Kavallerie und reitenden Artillerie zu gute kommen. Werde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, so werden die Vertreter unserer Partei, ohne sich irgend für den Inhalt der Vorlage zu engagiren, für den nächstbesten, d. i. vorläufig der Ricker'sche, stimmen.

Abg. v. Kleist wendet sich gegen Singer, ebenso Dingeldey (freil.), welcher sich bezüglich der Dienstzeit der Kavallerie vollständig auf den Standpunkt der Berufs-Kavalleristen stellt und den sachlichen Nachweis für die „Nothwendigkeit“ dreijähriger Dienstzeit der berittlenen Truppen für erbracht hält.

Bei der endlich erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Ricker-Grillenberger-Singer mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller und des Abg. Hausmann abgelehnt, der Antrag Ricker wird mit allen gegen neun (Freisinnige, Volkspartei und Sozialdemokraten), der Bennigsen'sche mit allen gegen vier (Nationalliberale und Stumm), der Regierungsantrag mit allen gegen fünf (Deutsch-Konservative und Stumm) abgelehnt. Die Kommission steht daher vor einem Vakuum. Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt und zwar Vormittags 10 Uhr, wenn Plenarsitzung, um 11 Uhr, wenn keine Plenarsitzung stattfindet.

Die Kommission zur Vorbereitung der lex Heinze setzte heute in 3 stündiger lebhafter Debatte die Verathung über den Pattenarrest-Antrag (§ 16a lex Heinze) fort, kam aber noch zu keinem Resultat. Die nächste Sitzung findet morgen Vormittags 10 Uhr statt.

## Parteinachrichten.

Eine Protestversammlung gegen die Militärvorlage ist weiter abgehalten worden in Stade (Referent: Lorenz-Hamburg).

Von der Agitation. Aus Warem wird der „Mecklenburgischen Volks-Ztg.“ berichtet: Am 5. Februar unternahm ungefähr 80 Genossen eine Agitationstour nach den umliegenden Landchaften und Dörfern, um daselbst die Broschüre „Gefährde u. s. w.“ zu verbreiten. Wir waren in der angenehmen Lage, nach verschiedenem Material, das wir von Berlin bekommen hatten, verbreiten zu können. Mit Zufriedenheit können wir auf diese Agitationstour blicken, indem die Genossen überall mit Freuden empfangen wurden. Die Leute fragten bei uns an, ob die sozialdemokratischen Abgeordneten denn nichts thun könnten, um dieses Wahlrecht abzuschaffen, denn sie könnten niemals frei wählen, da sie bei der Wahl unter freier Aufsicht der Gutsherrschaft stünden. Nachdem wir ihnen Klarheit gegeben und ihnen die Uebelstände vor Augen geführt hatten, versicherten sie uns, wenn es wieder zur Wahl gehen sollte, würden sie keinen Konservativen, auch keinen Liberalen, sondern sie würden für den Sozialdemokraten stimmen. Sie theilten noch mit, daß sie von Morgens früh um 4 Uhr bis Abends um 11 Uhr für 50 Pf. arbeiten müßten und klagten auch über die Behandlung. Trotz Einschreitens der Gendarmerie und verschiedener Pächter auf dem Lande, die den Leuten wider die Schriften abgenommen haben, können wir mit dieser ersten Agitationstour zufrieden sein, und die nächste Wahl wird uns zeigen, daß die junkerliche Feudalwirtschaft ihrer Auflösung, wenn auch langsam, entgegengeht.

„Die Zukunftsstaats-Phantasien der Segner“ lautete das Thema einer am Montag im großen Lindsaale zu Vegesack stattgehabten imposanten Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Mehger aus Hamburg referirte. Seine Ausführungen, die häufig von lebhaften Weisfall unterbrochen wurden, fanden, außer bei wenigen Gegnern, allseitige Zustimmung. Zwei Gegner, ein Eisensabrikant aus Vegesack und ein Kontorist aus Blumenthal, suchten die Versammlung gegen die sozialdemokratischen Grundsätze und gegen die Agitatoren, die sich „von den Arbeitergroßchen mähten“, einzunehmen, hatten aber kein Glück, sondern wurden vom Referenten in gebührender Weise heimgesucht. Die Versammlung nahm dann, gegen ein halbes Duzend Stimmen, eine Resolution an, worin sie sich mit den Ausführungen Mehger's in allen Punkten einverstanden erklärt und worin weiter das Geschwäh der Segner über den Zukunftsstaat als eine verkehrte Spekulation charakterisirt wird.

### Kollektives, Gerichtliches zc.

— Die Entfernung der Frauen aus einer öffentlichen Versammlung hat wieder einmal ein Polizeibeamter, diesmal in Schwebndorf, verlangt. Er ließ sich auch durch den Hinweis nicht davon abbringen, daß das preussische Vereinsgesetz der Frau nur das Verweilen in politischen Vereinen verbiete, sondern drohte mit der Auflösung der Versammlung. Beschwerde wird natürlich geführt.

\* Der Verfasser von Zigog's Hochzeit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

## Theater.

Freitag, 17. Februar.  
 Opernhaus. Carmen.  
 Schauspielhaus. Die gelehrten Frauen.  
 Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.  
 Berliner Theater. König Lear.  
 Festung-Theater. Eine Palast-Revolution.  
 Wallner-Theater. Der Probepfeil.  
 Froll's Theater. Undine.  
 Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
 Residenz-Theater. Blaubirger, von Strindberg. Familie Pont-Biquet.  
 Friedrich-Wilhelms-Bühne. Theater. Der Gardehufar.  
 Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.  
 Thomas-Theater. Einen Jux will er sich machen.  
 Neues Theater. Tosca.  
 National-Theater. Medea.  
 Alexanderplatz-Theater. Die Waise aus Comodo.  
 Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.  
 Zum 55. Male:  
 Modernes Babylon.  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görss. Musik von G. Stollens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

American-Theater.  
 Novität! Novität!  
 Der Dussel  
 (Nulpus)  
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
 (Klemm-Edel, Martin Bendix.)  
 Alfred Bender  
 in seinem neuesten Originalvortrag  
 Der Volksmund in Berlin.  
 Blank, der beste Bauchredner.  
 Anhaltender Erfolg.  
 Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.  
 Neu!  
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.  
 Hagenbeek's gr. zoolog. Wunder:  
 Lili.  
 kleinj. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.  
 Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.  
 Grosses Künstler-Konzert.  
 Gänzlich ohne Extra-Entrée.

Kaufmann's Variété  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
 Großartiger Erfolg des neuen Programms.  
 Mr. Hendrik, Hugaston, Massias, Clark, Valois, Vasoni, Hurloy's, Laurence, Türk u. s. w.  
 Das Theater ist gut geheizt.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Entrée 50 Pf.  
 Achtung! 12391  
 Mittagsstück mit Bier 50, Abendsstück von 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt. Prinzessinnenstr. 17.

Circus Renz.  
 (Karlststraße.)  
 Freitag, den 17. Februar 1893,  
 Abends 7 1/4 Uhr:  
 Auf allgemeines Verlangen  
 4. Wiederholung der mit so grossem Beifall aufgenommenen  
 Gala-Fest-Vorstellung  
 v. 27. Januar. Großer Fest-Aufzug:  
 1. Festreiten der Ritter u. Edelknechte  
 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart), ausgef. v. gef. Personal. Ferner Vorführung von 6 englischen Springsperden durch Direktor Franz Renz.  
 Mr. James Pills mit dem Schulpferde Germinale. Grandes Quadrille de la haute equitation, ger. von 6 Damen und 6 Herren mit 12 der besten Schulpferde, arrang. v. Direktor Fr. Renz.  
 Zum Schluß der Vorstellung:

Ein Künstlerfest.  
 Große Ausstattungs-Pantomime auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor Fr. Renz. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Ballet von mehr denn 100 Damen. Großartiger in solcher Pracht noch niemals gefeierter Blumen-Corso. Großes Brillant-Feuwerk in gleicher Vollkommenheit noch nie im geschlossenen Raume ausgeführt.  
 Morgen: Vorstellung mit neuem Programm u. „Ein Künstlerfest“.  
 Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank“, Wallgrafenstraße 51a.  
 Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast  
 Burgstr. 22, neben der Börse.  
 Heute: Großer Doppel-

Ringkampf  
 Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Auf. 1/2 8 Uhr. Entrée 50 Pf.

Adlershof.  
 Den Parteigenossen bringe ich meine neu eingerichtete Schlächtereie in empfehlende Erinnerung. Solide Preise - reelle Waare - Grundbedingung.  
 13065  
 S. Ortnor.

„Zum Prophet“  
 Welthaus  
 für Herren- und Knaben-Garderoben.  
 I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage.  
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Um zu räumen,  
 kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:

Ein Posten Winter-Paletots	von 8	M. an.
Ein Posten Rauch-Paletots f. starke Herren	12	" "
Ein Posten Vellurinen-Mäntel	10	" "
Ein Posten Hohenzollern-Mäntel	21	" "
Ein Posten hochfeine Paletots in Frise, Montagnac, Düsseldorf, Velour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter	15	" "
Ein Posten Kaiser-Mäntel	10	" "
Ein Posten kompl. blaue Cheviot-Anzüge	10	" "
Ein Posten kompl. feinerer Anzüge	15	" "
Ein Posten Gehrock-Anzüge, hochfein	26	" "
Ein Posten Hosen in Baytin, Kammgarn zc.	4	" "
Ein Posten Houweants-Hosen	6	" "
Ein Posten Hans- und Jagdjoppen in Loden zc.	6	" "
Ein Posten Interims-Joppen, elegant	8	" "
Ein Posten Schlafrocke in Double zc.	7	" "
Ein Posten Schlafrocke in Belour, Frise zc.	10	" "
Ein Posten Westen, hochfein	1 1/2	" "
Ein Posten Knaben-Anzüge, schwere Waare	2 1/2	" "
Ein Posten Burschen-Anzüge in Satin, Belour zc.	5	" "
Ein Posten Jünglings-Anzüge in Cheviot, Tuch zc.	7	" "
Ein Posten Knaben-Paletots mit und ohne Vellurine, sowie Hohenzollern-Mäntel zu äusserst billigen Preisen.		8086L

Einsegnungs-Anzüge  
 in großartiger Auswahl von 7 M. an bis zu den elegant.

Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.  
 Im Laden Invalidenstrasse Nr. 35 findet ein Massenverkauf von noch durchaus guten, zurückgelehnten Instrumenten aus den Inventarbeständen einer Instrumentenfabrik statt. Der Ankauf von Schweizer Musikwerken, Mundharmonikas, Accordions, Concertinas zc. ist Wiederverkäufern und Artisten dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreise gewährt wird.  
 8675L  
 Der Massenverkauf dauert nur kurze Zeit.

Ein Töchterchen ist angekommen!  
 Siegfried Manasse und Frau.  
 Ein dreifach donnerndes Hoch unserem Gen. u. Kollegen Fritz Winte zu seinem heutigen Wiegenfeste. N. W. G. S.  
 Moritz-Platz. Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen.  
 Täglich: Instrumental-Konzert.  
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnerhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
 Entrée Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
 Säle für Versammlungen, Kommerje, Festschichten zc.

Gratwell's Bierhallen  
 Kommandantenstraße 77-79.  
 Täglich:  
 Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger  
 sowie Auftreten des musikal. Clowns Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson.  
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.  
 Zwei Säle  
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.  
 F. Sadtke.

Zur Einsegnung  
 empfehle einen Posten schwarzen reinwollenen Cachemirs, doppeltbreit, Mit. von 1 M. an. 13663P  
 Einen Posten schwarzer u. couleurer Fantasiestoffe in schönsten Mustern, doppeltbreit, Mit. von 1,10 M. an.  
 Wilhelm Jacoby, Dranienstr. 18, Ecke Heinrichsplatz.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle Rindfleisch 45-50 Pf., Kalbfleisch 40-50 Pf., Hammelfleisch 40 bis 60 Pf., Zwiebeln 50 Pf., Preshwürst 50 Pf., sowie alle anderen Kurzwaren zu den billigsten Preisen. Pöckelfleisch zu 30 Pf. an ist auch wieder eingetroffen. Butter und Käse billig.  
 Otto Treptow, Wienerstr. 39.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins  
 Andreasstr. 23. Sp

Freie Volksbühne.  
 Am Sonnabend, den 18. Februar, findet im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke, Eingang Wolfgangstrasse, das  
 1. Winterfest  
 des Vereins statt.  
 Ein Festblatt enthaltend: Festzeichnung, Prolog, Gedicht von Franz Mehring. Inhalt der Tonstücke von Gustav Lichtenstein. Programm ist am Abend bei den Ordnern für 10 Pf. zu haben. Garderobe kostet an diesem Abend nur 15 Pf.  
 Billets à 30 Pf. sind noch in folgenden Zahlstellen zu haben:  
 23. O. Brückner, Restaurateur, Lothringersstr. 67. 24. A. Hinz, Zigarrenhandlung, Pantstr. 14a. 18. Fellenberg, Restaurateur, Brunnenstr. 122. 28. Aug. Penn, Zigarrenhandlung, Demminstr. 62. 22. M. Winkelmann, Zigarrenhandlung, Adlerstr. 153. 17. H. Gumpel, Zigarrenhandlung, Barnimstraße 42. 4. E. Böhlert, Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 5. 1. J. Gädick, Zigarrenhandlung, Gräferstr. 93. 2. G. Schulz, Zigarrenhandlung, Admiralsstraße 40. 5. W. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 108. 6. H. Baake, Buchhandlung, City-Passage. 8. Windthorst, Zigarrenhandlung, Junferstr. 1. 9. A. Laoge, Restaurateur, Fährbringerstr. 22. 10. Göpel, Zigarrenhandlung, Rahbadsstr. 1. 11. O. Antrick, Zigarrenhandlung, Steinmetzstr. 60. 12. F. Voss, Zigarrenhandlung, Noabit, Lüderstr. 8. 20. Albert Löwanberg, Zigarrenhandlung, Neue Schönhauserstr. 18. 21. P. Horsch, Zigarrenhandlung, Gipsstraße 5. 31. u. 27. M. Raff (Fräulein Frau Dahm), Buch-Geschäft, Spandauer Brücke 14.  
 Der Vorstand der Freien Volksbühne.  
 J. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.  
 889/4

Arbeiter-Bildungsschule  
 (Norden).  
 Am Sonntag, den 19. Februar 1893, Abends 6 Uhr:  
 Große Versammlung  
 im großen Saale des Eisellers, Chausseestr. 88.  
 Tagesordnung:  
 1. Materialistische Geschichtsauffassung und die Geschichte des Materialismus. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt (Frankfurt).  
 2. Diskussion.  
 Nach dem Vortrage findet geselliges Beisammensein statt.  
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen!  
 Die Schul-Kommission.  
 1369b

Allg. Unterstützungs-Berein der Töpfer Deutschlands. (Zentrale Berlin.)  
 Sonntag, den 19. Februar 1893, Vormittags 10 Uhr, bei Kuhlmeier, Schönhauser Allee 28:  
 Ordentliche General-Versammlung.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1892. 4. Vereinsangelegenheiten. - Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder, welche sich vor der Versammlung aufnehmen lassen, haben Stimmrecht.  
 Der Vorstand.  
 328/3

Tapezierer!  
 Am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags präz. 10 Uhr, bei Volk (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75  
 (im oberen Saal):  
 Große öffentliche Versammlung.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Abschaffung der Mißstände in unserem Gewerbe. 2. Diskussion. 3. Der „neugewählte“ Gehilfen-Ausschuß der Innung. 4. Verschiedenes.  
 Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vollständig zu erscheinen.  
 Die Werkstätten-Kontroll-Kommission.  
 1367b

Berein der Einseker (Tischler)  
 Berlin und Umgegend.  
 Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44:  
 Außerordentl. Generalversammlung.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorstands-Anträge. 2. Wahl einer Kontroll-Kommission. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. - Der Arbeitsnachweis befindet sich Neue Friedrichstraße 44, Abends von 8-9, Sonntags von 10-12 Uhr.  
 Um pünktliches Erscheinen bittet  
 Der Vorstand.  
 145/3

Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 Uhr:  
 Gr. öffentl. Steinmetz-Versammlung  
 bei Müller, Johanniststr. 20.  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung des Generalfonds. 2. Urabstimmung über den nächstfolgenden Steinmetzkongr. 3. Abrechnung von dem letzten Steinmetz-Vergütungen. 4. Verschiedenes.  
 Ein jeder Kollege ist verpflichtet zu erscheinen.  
 Der Vertrauensmann.  
 296/3

Verein der Gummi-Arbeiter  
 Berlins und Umgegend.  
 Sonnabend, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Rud. Wondt, Köllinerstr. 17:  
 Versammlung.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag: Die gewerkschaftliche Bewegung und die Sozialdemokratie. Referent: Genosse Otto Thierbach. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Entrichtung der Beiträge. 5. Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. Nach der Versammlung:  
 Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.  
 Um zahlreichen Besuch wird gebeten.  
 Der Vorstand.  
 1355b

Verein schlesisch. Sozialdemokraten.  
 Sonntag, den 19. d. M., Vormittags 10 Uhr,  
 in Nietz's Lokal, Weberstr. 17  
 Öffentl. Versammlung.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: Sklaverei im Alterthum und in der neuen Zeit. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. - Alle schlesischen Genossen werden dringend eingeladen.  
 Der Vorstand.  
 1360b

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 16. Februar 1893. 1 Uhr.

Am Bundeskanzler: Reichskanzler Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, v. Maltzahn.

Die Beratung des Etats wird bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Sp.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Es entspreche nicht den Tatsachen, wenn dieser behauptet, daß gleiches Recht und gleiches Maß in Deutschland auch für die Landwirthe gelte. Schon der Unterschied, der sich zeige, wenn das mobile Kapital und wenn der Landwirth Kredit suche, müsse jedem Unbefangenen vor Augen führen, daß mit dem gleichen Maße in dieser Beziehung nicht gemeßen wird. Ganz unrichtig sei es, von Opfern zu sprechen, die für die Landwirthschaft gebracht werden. Wenn die Landwirthschaft erhalten bleibt, so komme der Erfolg dem ganzen Lande zu gute. (Zustimmung rechts.) Die Landwirthe bringen im Gegentheil die größten Opfer, um dem Wohle des Ganzen zu dienen. Er, Redner, würde wirtschaftlich viel besser daran sein, wenn er seinen ganzen Acker eingeschont hätte. Die tiefgehende Bewegung in landwirthschaftlichen Kreisen, die Folge der allgemeinen Unzufriedenheit, werde zur Gründung eines Bundes der Landwirthe führen, die am 18. Februar hier in Berlin erfolgen solle. Redner hofft, daß was dort etwa an scharfen Worten gegen die Regierung gesagt werde, nicht wieder der konservativen Partei in die Schuhe geschoben werde. Für einen Handelsvertrag mit Rußland könne man sich nur erklären, wenn jemand garantiren könnte, daß dadurch der Preis des deutschen Getreides nicht gedrückt wird. Diese Garantie könne aber niemand übernehmen. Die Zahlen des Staatssekretärs, welche die Zunahme des Exports an Glas und Papier beweisen sollten, seien formell richtig; die Quantität des Exportprodukts habe zugenommen, die Qualität aber und die Preise seien ganz unverhältnißmäßig zurückgegangen. Diese Thatsache treffe gleichmäßig auf Glas wie auf Papier zu. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe wiederholt anerkannt, daß der Wunsch der Landwirthschaft, bei Handelsverträgen ihre Interessen gewahrt zu wissen, ein berechtigter ist. Es ist aber doch eigentümlich, daß schon jetzt der Vorstand von möglichen Anschlägen auf dem nächsten Kongresse der Landwirthe hier in Berlin spricht und den Versuch macht, die konservative Partei von der Verantwortung für dieselben zu entlasten. Ich habe den Eindruck, daß die Klagen über die Nothlage der Landwirthschaft einigermaßen erschöpft sind; ich bin aber trotzdem bereit, Rede und Antwort zu stehen, auch wenn die Herren wünschen sollten, beim Etat des auswärtigen Amtes die Sache nochmals und gründlich zu erörtern. (Weiterkeit links.) Ich beziehe mich auf meine wiederholten Darlegungen, daß die Tarifverträge notwendig wurden, weil ohne sie auch die Landwirthschaft einen schweren Schaden erfahren haben würde. Wenn Graf Arnim von der Papier- und Glasindustrie gesprochen und eine Resolution andeutungsweise erwähnt hat, welche die Glasindustrie gefaßt haben, so nehme ich von dieser Resolution an, daß Herr Vogelius ihr nicht ganz fern stand. (Weiterkeit links.) Es ist ein immerhin glückliches Defizit, wenn die Einfuhr bei der Papierindustrie im Jahre 1892 um zwei, die bei der Glasindustrie um drei Millionen zugenommen hat. Im Abgeordnetenhaus haben sich gestern Herr Arendt und Herr v. Erffa gleichmäßig auf Herrn Vogelius berufen (Weiterkeit links), der sollte den Nachweis der ungünstigen Wirkung der Handelsverträge auf die deutsche Industrie geführt haben. Ich habe diese Rede gelesen und bin so klug geblieben als wie zuvor. (Große Heiterkeit.) Mit Gründen scheinen die Herren also ziemlich bankrott zu sein. Nun hat Herr Arendt den Handelskammerbericht von Frankfurt a. M. als Zeugniß angerufen. Was aber steht darin? Eine Lohnerhöhung für die Handelspolizei der deutschen Regierung, für den Abschluß der Tarifverträge, welche in Deutschland allgemeine Befriedigung hervorgerufen hätten. Dasselbe gilt von der ebenfalls angezogenen Handelskammer in Essen. Nur der Bericht von Dortmund lautet etwas anders, daß gebe ich zu; aber als ein Beweismittel gegen unsere Handelspolitik läßt auch er sich nicht verwenden. Wenn Herr Arendt schließlich die Nahrungsmittel-Produktion ins Gesicht führt, so hat thatsächlich die Abschaffung des Zolles in Oesterreich eine nicht unerhebliche Vermehrung der deutschen Ausfuhr gebracht. Zum Schluß hat Herr Arendt von Sturmgelächtern gesprochen, welchen die Regierung doch rechtzeitig Rechnung tragen möchte. Die Sturmgelächter sehen auch wir; die Regierung darf sich aber dadurch nicht einschüchtern lassen. Sie wird den Weg einer mäßigen Handelspolitik zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen des Handels, der Industrie und der Landwirthschaft weiter gehen. Wir finden in den Sturmgelächtern eine Warnung für die, welche jetzt Wind sind und Sturm ernten werden. (Beifall links.)

Abg. Wilbrandt (Df.): Graf Mirbach hat gestern die Behauptung aufgestellt, daß die Landwirthschaft ruiniert sei durch das römische Recht, und weil der Staat das römische Recht eingeführt habe, sei er verpflichtet, die Landwirthschaft zu entlasten! Die Debatte hat mich zu der betrübenden Ueberzeugung gebracht, daß die Agrarier nicht verstehen, den Unterschied zu machen, den sie als Volkvertreter unabweislich zu machen verpflichtet sind, nämlich zwischen der Landwirthschaft und den einzelnen Personen, die Landwirthschaft treiben. (Sehr wahr! links.) Der Staat ist gar nicht in der Lage, irgend jemand dazu anzuhalten, daß er, wenn er sich ein Gut kauft, es nicht zu theuer kauft; er kann niemand verhindern, Schulden über Schulden zu machen; und so kann in keiner Weise die Forderung begründet werden, daß der Staat die Aufgabe habe, für das Wohl der einzelnen Landwirthe zu sorgen. Auf diese Deduktion bin ich namentlich dadurch geführt worden, daß auch in diesen Tagen wieder die Währungsfrage vor uns verhandelt wurde. Die Landwirthschaft als solche hat keinen Nutzen davon, daß eine Doppelwährung eingeführt wird, sondern nur einzelne Landwirthe, einzelne Landwirthschaft betreibende Personen. Die Landwirthschaft macht es also keineswegs erforderlich zu einer Währungsänderung, die wir gar nicht haben wollen. Nach den Ausführungen des Grafen Mirbach erscheint die Landwirthschaft wie verrathen und verkauft, wie vollständig vom Staate verlassen. Vergißt man denn ganz, was noch in den letzten zehn Jahren für die Landwirthschaft geschehen ist? Haben wir jemals bis 1867 einen Kornzoll von 30 M. gehabt? Und hat es etwa an der Regierung gelegen, daß der Zoll in diesem Jahre nicht auf 60, sondern nur auf 50 M. erhöht wurde? Die Agrarierpartei und mit ihr Herr Buhl, dessen gestrige Rede sehr agrarisch war, sollten doch ernsthaft nachforschen, ob die Zölle von 1879 ihnen etwas genützt haben oder ob sie nicht viel mehr lediglich neue Zollstrahlen in der ganzen Welt austrichten halfen. Es ist gerade der Vorzug der deutschen Landwirthschaft, daß wir eine so entwickelte Industrie haben und gezwungen sind, Jahr für Jahr bedeutende Getreidemengen einzuführen. Ziehen Sie die Statistik unserer Ausfuhr an Industrie-Erzeugnissen zu Rathe, so werden Sie finden, daß die Ausfuhr in den letzten Jahren lange nicht in dem wünschenswerthen Maße stattgehabt, ja zuletzt

sich sogar verringert hat. Diese ungünstige Entwicklung hat auch die Landwirthschaft zu tragen gehabt, aber den Schaden hat sie niemand als sich selber zu verdanken. Herr v. Hammerstein verweist auf die patriarchalischen glücklichen Zustände in Rußland und spricht von der Beförderung der Freimüthigen um ihre Wahlkreise infolge der neuen Bewegung unter den Landwirthen. Solche Bewegung hervorbringen ist keine Kunst. Bistjemand einen Knochen auf die Straße, so laufen alle Thiere diesem Knochen nach. Es ist keine Kunst, auf diese Weise eine neue Partei zu gründen. Die Frage ist nur, für welche Prinzipien diese Partei eintritt. Wenn Sie zur Beschränkung der Freizügigkeit übergehen, vergründen Sie sich an den heiligsten Rechten des Deutschen. Es heißt, man solle die Freizügigkeit nicht beseitigen, sondern nur beschränken. Ich kann darin keinen rechten Unterschied erkennen. (Sehr richtig! links.) So lange nicht der Nachweis geführt wird, daß die Lebensverhältnisse allgemein sind und nicht beseitigt werden können, wäre es ein schreißendes Unrecht, in die Selbstbestimmung weiter Kreise der Bevölkerung von Staatswegen mit Zwang einzugreifen. Die Liebe zum Grund und Boden, das Bestreben, aus der Bewirthschaftung des Grund und Bodens einen Gewinn zu erzielen, ist in der deutschen Natur tief begründet; wenn es den Grundbesitzern ernst ist mit der Erhaltung eines ländlichen Arbeiterstandes, so brauchen Sie ihnen nur die Mittel zu geben, Grund und Boden zu erwerben und die Zutrittigkeit wird in vollem Umfang wieder da sein. Die Freizügigkeit ist ein Grundpfeiler deutschen Einigkeit, der niemals hinweggeräumt werden darf, wenn nicht das ganze Gebäude zusammenstürzen soll. Der deutsche Reichstag, der auch ein Schutz und Schirm des Reiches und der Verfassung sein soll, hat die Pflicht, ein Klare und entschiedenes Nein solchen Bestrebungen rechtzeitig entgegenzustellen.

Abg. von Manteuffel (Df.): Wir sind in der gestrigen Debatte unheimlich viele Liebeshandlungen zu Theil geworden, auf welche ich hauptsächlich antworten muß, denn die Ausführungen des Vorstandes geben zu erster Erörterung kaum Anlaß. Die große Entdeckung, daß zwischen Landwirthschaft und Landwirthe ein Unterschied ist, war nicht neu, und die Behauptung, daß die Doppelwährung für die Landwirthschaft gleichgültig sei, steht auf derselben Höhe. Herr Rödert erklärte gestern, ich stehe auf einem verlorenen Posten. Ich habe das Gefühl, daß ich eine sehr gute Position vertheidige. Der Bund der Landwirthe, welcher am Sonnabend hier gegründet werden soll, scheint doch Herrn Rödert sehr viel Kopfschmerzen zu machen. Der Zweck dieser Versammlung ist nur der, daß die Landwirthschaft sich organisiren will, und wenn sie dies thut, folgt sie nur einem Rathes des landwirthschaftlichen Ministers. Der Ton, der in dieser Versammlung herrschen wird, dürfte allerdings bestimmt werden durch die Antworten, welche im preussischen Abgeordnetenhaus und hier von den Regierungen gegeben werden. Sind diese Antworten ruhig, dann wird auch der Ton ein ruhiger, gemessener und sachlicher sein. (Ober! Hört! links.) Herr Rödert beschwert sich über meinen Ton; sein Ton ist derartig, daß der meiste gegen ihn der reine Alberti ist. Was der Abg. Barth gegen den Großgrundbesitz ausgeführt hat, giebt mir vollständig recht. Die Freimüthigen sind in der That darauf aus, den Großgrundbesitz, wie er sich durch die Verhältnisse gestaltet hat, zu Grunde zu richten. Die Liebe zur Scholle ist beim deutschen Landmann so groß, daß er sich nur ungerne von ihr trennt, und dann tritt oft der Fall ein, daß er, weil er zu geringe Mittel hat, seine ererbte Scholle verlieren muß. Den Großgrundbesitzer, der 51 Wochen zu Hause hungert, um die 52. Woche in Berlin Champagner zu trinken, den verwerfe ich mit dem Abg. Barth. Ich will Herrn Barth ein Brennereignis mit der Liebesgabe zum Tagpreis verkaufen; er wird bald einsehen, daß es schwer ist auszukommen und bald wird er auch entdecken, daß es mit der Liebesgabe nichts auf sich hat. Die Freizügigkeit als solche will ich gar nicht beseitigen, sondern nur einige notwendige Einschränkungen einführen. Die Herren von links sind nun sammt und sonders über mich hergefallen und haben mir viel weitergehende schwache Absichten unterstellt. Ich habe die drei Punkte, wo man abhelfen kann, genau bezeichnet. Wenn man die jungen Leute unter 18 Jahren hindern will, in die Städte zu gehen und dort der Verwahrlosung zu verfallen, wenn man ein Einzugsgeld einführt, wenn man die Abgehenden anhalten will, den Besitz einer gefunden Wohnung nachzuweisen, sind das Vereinbarlichkeiten der Grundrechte des Deutschen Reichs und seiner Bürger? Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß diese Forderungen bewilligt werden, um den herrschenden Nothständen abzuwehren. Im Herrenhaus will Herr Raumbach den Kampf mit mir fortsetzen. Ich bin dazu bereit, für ihn wieder aber dort die Situation sehr viel schwieriger sein. Am Sonnabend werden es drei Wochen, daß wir über das Gehalt des Staatssekretärs verhandeln, wenn aber über vierzehn Tage über alles Mögliche gesprochen worden ist, soll man doch der Landwirthschaft nicht verwehren, zwei oder drei Tage ihre Klagen vorzutragen, nicht aber mir vorwerfen, daß ich diese Debatte inszenirt habe, wie Graf Behr es gethan hat. Daß wir unsere Meinung über den russischen Handelsvertrag überall zur Geltung zu bringen suchen, ist doch um so selbstverständlicher, als man unseren bescheidenen Antrag, den österreichischen Handelsvertrag in eine Kommission zu verweisen, abgelehnt hat. Herr Bamberg hat mich um den Vorwurf, wir seien eine absolute Partei. Nichts ist ungerechter als dieser Vorwurf. Schlimm genug, daß bloß die konservative Partei für die Landwirthschaft eintritt (Zwischenruf) und der Abg. Buhl (Weiterkeit links). Herr v. Marschall hat von der Silberentwertung gesprochen und sich dadurch sofort die Warnung der Herren Barth und Bamberg zugezogen. Ich hoffe aber, daß diese Aeußerung des Herrn v. Marschall unsere Wünsche ihrer Verwirklichung in bald entgegenzuführen wird. Die warmen Ausführungen des Herrn Dr. Buhl für die Landwirthschaft sind für uns eine große Ermutigung. Noch vor zehn Jahren wäre eine solche Rede eines Nationalliberalen nicht möglich gewesen. Charakteristisch in der Debatte aber war die ablehnende Haltung der Freimüthigen gegen die Landwirthschaft. Aber mag das freimüthige Hoch mit der Goldwährungsfrage in die Arena geritten werden von wem es will, hoffentlich wird es bald heißen: „Und Hoch und Weiter sah man niemals wieder!“ (Weiterkeit links und Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vorstand hat ausgesprochen, der Ton auf der landwirthschaftlichen Versammlung würde von dem Tone abhängen, den die Vertretung der Regierung hier anschlage. Nach dem guten Zeugnisse, das er uns gegeben hat, würde dieser Ton ja ein vorzüglicher sein, aber die Verantwortung dafür möchte ich doch nicht übernehmen. Ich bin indessen gern bereit, Auskunft über einige der angeregten Fragen zu geben, beschränkte mich aber dabei auf die das Reich angehenden; die preussischen Gravamina hätten besser in preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht werden sollen. Die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises hat die preussische Regierung nicht aus den Augen verloren. Die Minister, welche die Provinzen nach den Ostprovinzen gemacht haben, stehen noch heute auf ihrem damals vertretenen Standpunkt; aber während der Verhandlungen mit Rußland ist es vielleicht nicht möglich, jedenfalls nicht wünschenswerth, darauf einzugehen. Bekanntlich hat auch der Süden und Westen von Deutschland dieser Frage gegenüber eine andere Stellung, als der Norden und Osten, und auch die Landwirthschaft nahm bisher eine andere Stellung dazu ein als heute. Für die ost- und westpreussischen

Handelsstädte ist diese Frage allerdings von der höchsten Bedeutung. Die Frage des Bimetallismus und unsere Haltung auf der Brüsseler Konferenz hat Herr von Kardorff gestern berührt und dabei gemeint, unsere Delegirten hätten die allerfreundlichste Stellung dort eingenommen. Ich habe schon vor Monaten die Instruktion unserer Delegirten vorgelesen, wie stehen noch heute auf diesem Standpunkt, und eine persönliche Unterredung des Herrn von Kardorff mit den beiden Herren würde ihn leicht vom Gegentheil überzeugen. Die Staffeltarife berühren zuerst die Einzelstaaten. Ueber die Einrichtung als solche sind in Deutschland die Meinungen ebenfalls sehr getheilt, und deutsche Regierungen kenne ich, welche ein lebhaftes Interesse daran haben, daß diese Einrichtungen nicht weiter ausgedehnt werden. Was den Wunsch nach Zollzöllen anbetrifft, so darf ich auf einen Erlass des Fürsten Bismarck vom 25. November 1885 verweisen, worin es heißt, daß die Frage eines Zollzölles sehr gründlich erwogen worden sei, daß sich aber ergeben habe, daß ein Zollzoll von wirksamer Höhe nicht auferlegt werden könne, ohne unsere Bollindustrie zu vernichten, während der Nutzen eines solchen Zollzölles für die Zollproduzenten nicht nachgewiesen werden könne. Ich bemerke dies hier ausdrücklich, um über die Stellung der Regierung keinen Zweifel zu lassen, wenn diese Forderung etwa in dem deutschen Landwirthschaftsbund erhoben werden sollte. Graf Mirbach sagte, die Staatsbeamten haben die Pflicht, nicht bloß von Nothständen als Naturprophen zu reden, sondern sich zu bemühen, uns von solchen Nothständen zu befreien. Ich erkenne das an, unter „uns“ hat er jedenfalls die Landwirthschaft gemeint. (Graf Mirbach: sehr richtig!) Wir gehen noch weiter. Staatsbeamte und also auch Reichsbeamte haben die Pflicht, auf alle Zweige des Erwerbslebens, auch auf Konsumenten Rücksicht zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir glauben unserer Pflicht genügt zu haben. Wenn wir noch keinen Plan haben, der Landwirthschaft zu helfen, so liegt die Sache eben nicht so einfach; mit dem Aufstellen von sechs oder neun Punkten, wie man das jetzt in Zeitungen liest, ist wenig gewonnen. Wenn wir noch kein Auskunftsmitte gefunden haben, soll man uns nicht vorwerfen, wir hätten es an uns fehlen lassen. Daß die Landwirthschaft bei der Vereinarung über die Handelsverträge nicht berücksichtigt wurde, kann ich nicht akzeptiren. Als wir mit der Beratung angingen, tagte der deutsche Landwirthschaftsrath. Diese Behörde ist doch eine der kompetentesten für die Landwirthschaft; sie hat sich mit der Frage beschäftigt, in ihrem Berichte 100 Seiten damit gefüllt. Die Herren sind, da sie nur eine einseitige Interessenvertretung sind, zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht wünschenswert sei, Handelsverträge einzuführen; wir haben das auch von anderen Landwirthen gehört, wir hätten uns das auch selbst sagen können; aber andererseits stand es ebenso fest für uns, daß wir diese Verträge nicht erlangen hätten ohne eine Konfession auf landwirthschaftlichem Gebiete. Wir weisen also den Vorwurf von uns, daß wir taube Ohren für die Landwirthschaft hätten. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben ihre Klagen gehört, und soweit es angänglich war, berücksichtigt.

Abg. Graf Hoensbroech (Z.): Die schweren Fragen, welche hier zur Zeit verhandelt werden, löst man nicht in turbulenten Volksversammlungen, in welche sich sehr leicht unklare Elemente hineinmischen, welche derartige Agitationen zu ganz anderen Zwecken benutzen würden, als in der Sache liegen. Hier im Reichstage unsere Ansicht auszudrücken, ist unser Recht und unsere Pflicht. In der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises bin ich mit den Konservativen durchaus nicht einverstanden. In dieser Frage haben die Konservativen ihre Bundesgenossen nur links, das sollte ihnen doch zu denken geben. Durch die Aufhebung wird momentan eine Steigerung des Getreidepreises erreicht werden, aber der Nachschlag wird um so schlimmer sein, weil dann die Schwankungen des Getreidepreises noch erheblicher werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises muß zur Aufhebung der Zölle führen. Bedauerlicherweise hat der Reichskanzler keine entschiedene Stellung zu der Frage genommen. Die Staffeltarife stellen in letzter Konsequenz eine Ermäßigung des Zolles für Rußland dar; sie sind eine Importprämie für das Ausland. Ich habe 1891 selbst für die Staffeltarife mich entschieden, aber nur, weil es sich damals um einen Nothstand handelte. Daß seither der Reichskanzler Preußen nicht veranlaßt hat, die Staffeltarife wieder aufzuheben, macht mich sehr bedenklich. Die Handelsverträge haben wir aus höheren Gesichtspunkten bewilligt, während die Landwirthschaft im Osten nicht patriotisch genug sein will, die schweren Opfer zu bringen; gelangen wir zu einem Handelsvertrag mit Rußland, so verharren wir auch die Gefahr des Panfslavismus für Europa. Warum soll bei solchen Verhandlungen immer die arme Landwirthschaft die Zehre bezahlen? Viel besser wäre das Petroleum als Konfessionsobjekt Rußland gegenüber. Die Bemerkung des Reichskanzlers, daß die Kornzölle ein Opfer sind, welche das Land für die Landwirthschaft bringt, führt mich zu der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen sich prinzipiell auf manchesterlichem Standpunkt stellen. Billiges Brot macht es nicht allein, wenn man nicht das Geld hat, es auch zu bezahlen. Der Reichskanzler meint, in Deutschland bekomme jeder sein Recht und das gleiche Maß. Wir im Zentrum werden bei anderer Gelegenheit den Reichskanzler und die verbündeten Regierungen an dieses Wort erinnern, aber lassen Sie auch der Landwirthschaft den Schutz, wie Sie ihn der Industrie in so reichem Maße gewähren! (Beifall rechts und im Zentrum.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe meine Ansichten über den Kornzoll schon vor einem Jahre vorgetragen. Jeder Schutzzoll ist ein Opfer, welches das Land bringt, und jede Steuer ist eine Last, welche vom Lande gefordert wird; daraus ist aber nicht der Schluß zu ziehen, daß die Regierung manchesterliche Tendenzen verfolge.

Abg. Barth (Df.): Graf Mirbach hat mich gestern persönlich angezapft. Er meint, meine Reden seien zu unbedeutend, um sich mit ihnen zu beschäftigen; seine Kollegen aber beschäftigen sich eifrig mit mir; Herr v. Manteuffel hat mir sogar ein Brennereignis zum Kauf angetragen und muß also doch meinen, daß ich ein von Agrariern verwirklichtes Gut wieder auf die Beine bringen kann. Graf Mirbach leiht seinen Wählern zu weilen zum Vergnügen meine Reden vor, um unsere Unwissenheit zu zeigen; das ist aber ein Beweis, daß die Leute, seit Jahr und Tag mit der geistigen Kost genährt, die er ihnen zu bieten in der Lage ist, dadurch intellektuell etwas heruntorgetommen sind. Daß Herr Wilbrandt ein Gegner der Agrarier, obwohl selbst Landwirth ist, sollte Ihnen beweisen, daß Sie nur den Großgrundbesitzer vertreten. Es ist gerade ein Vorzug unserer Partei, Vertreter des kleinen und mittleren Besitzes in erheblicher Anzahl zu besitzen. Die Großgrundbesitzer sind mit ihren Interessen oft auf ganz anderer Seite als die Landwirthe, welche keinen Grundbesitz ererbt haben, sondern als Inspektoren und Verwalter ihr Dasein fristen müssen. Werde der Bodenpreis nicht so hoch getrieben, so würden diese Leute sich auch viel leichter Grundbesitz erwerben und der Betrieb würde dadurch im allgemeinen viel rationeller werden. Vernünftige Wirthschaft erfordert vorherige gründliche Ueberlegung, ob auch die Mittel ausreichen. Diese notwendige Kalkulation stellen die Grundbesitzer eben nicht

an und wirtschaften daher häufig bloß unter verdeckter Insolvenz. Beim Kaufmann wird solche Kalkulation für selbstverständlich gehalten; er wird wegen betrügerischen Bankrotts verklagt, wenn er sie nicht anstellt. Das muß auch von den Landwirthen verlangt werden. Kann jemand in der alten Weise nicht mehr fortwirtschaften, so muß er eben seine bisherige Existenz aufgeben und eine neue begründen. Mosher, der Führer der deutschen Nationalökonomie, hat ausdrücklich die ganze neuere Wirtschaftspolitik eine Kunstpolitik genannt. Er hält es auch für ganz selbstverständlich, daß die Getreidevölle ein Opfer sind und zwar ein viel größeres als der Gewinn, der der Landwirtschaft zugeführt wird. Es giebt 8 Mil. Familien in Deutschland, welche im Laufe des Jahres eine Tonne Getreide brauchen; es fließt also die ganz enorme Summe von über 200 Millionen Mark in die Taschen derjenigen, die mehr Getreide bauen als verbrauchen; diese 200 Millionen werden erhoben von den Krünen und Steuern der Bevölkerung. Das Argument, daß durch die Kornvölle die konsumierende Bevölkerung kaufkräftig erhalten wird, geht über die landesübliche Logik hinaus.

**Abg. von Kardorff (Wp.)** geht auf die Währungsfrage ein. Für die bimetalistischen Bestrebungen seien viel mehr wissenschaftliche Kapazitäten ins Feld zu führen, als für die Goldwährung. Das Soetheer sich für Doppelwährung ausgesprochen, könnten die Goldwährungsmänner nicht weglassen. Auch die Kornesauvölle des Herrn Bamberger könnten daran nichts ändern. Für die Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft müsse man dem Fürsten Bismarck alle Zeit Berehrung zeigen. Der Wind sei jetzt umgeschlagen. Zuletzt wendet sich Redner gegen die Ausführungen des Staatssekretärs von Marschall bezüglich der günstigen Wirkungen der Handelsverträge auf die deutsche Industrie. In England hätten sehr verlässliche Politiker an die Wiedereinführung der Kornvölle. Schließlich hält Redner seine Behauptung aufrecht, daß die deutschen Delegierten in Brüssel die allerfeindseligste Stellung zu den Bestrebungen der Konferenz eingenommen hätten.

**Staatssekretär v. Falkenhayn:** Der Abg. v. Kardorff hat gestern im Abgeordnetenhause den Vorwurf erhoben, daß die deutschen Delegierten auf der Brüsseler Münzkonferenz den aufhebung des Silberverthes gerichteten Bestrebungen anderer Staaten gegenüber eine feindselige Haltung angenommen hätten. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die den Delegierten mitgegebene Instruktion geht allerdings davon aus, daß die Goldwährung in Deutschland gut funktioniert, sie nimmt aber den Bestrebungen aufhebung des Silberpreises gegenüber keine feindselige Stellung ein. Wir verkennen nicht die fortwährenden Schwankungen des Silberpreises und daß dessen starkes Sinken auch für Deutschlands wirtschaftliches Interesse sehr unerwünscht ist, und das eine nachhaltige Minderung dieses Uebelstandes auch für uns sehr nützlich sein würde. Unsere Delegierten haben genau nach dieser Instruktion gehandelt. Es hat sich aber herausgestellt, daß England und Frankreich der hebung des Silbers feindselig gegenüberstanden als Deutschland, und ein einzelner Staat kann doch unmöglich allein eine hebung des Silberverthes unternehmen. Daß wir diesen Bestrebungen nicht feindselig sind, beweist schon der Umstand, daß wir mit der Ausprägung der Zehnmarsstücke sehr vorsichtig gewesen sind, um dem Silber Raum zu lassen. Wir werden uns durch nichts beirren lassen, pflichtgemäß so zu handeln, wie wir es für notwendig halten zur Aufrechterhaltung der Währung des Landes und zur Einschränkung der Währungsänderungen, welche sich seit Einführung der Goldwährung gezeigt haben.

**Abg. Wahl (nallik.):** Auf die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs erwidere ich, daß wir im vorigen Jahre eine schlechte Weinernte gehabt haben und jetzt eine gute Weinernte haben und das trotzdem der Preis etwas niedriger ist, als im vorigen Jahre.

**Abg. v. Schalfsha (Zentr.):** Der Reichskanzler versichert die Landwirtschaft immer seiner Liebe, aber noch niemals hat er diese Liebe praktisch bestätigt. Ich wünsche, er hätte weniger Wohlwollen auf der Zunge und mehr Wohlwollen in der That für uns. Mit welchem Recht legt uns der Abg. Bamberger das Wort in den Mund: Der Staat, das sind wir. Wir sind der Meinung, daß die Lebensbedingungen allen in gleichem Maße zugewiesen werden sollen. Es geht eine gesunde Agitation durch das Land. Redner legt hierauf unter großer Heiterkeit der Zuhörer seinen Standpunkt in der Währungsfrage dar. Er habe zahlreiche Zuschriften aus Ost und West, welche darthun, daß Handelsverträge nicht so notwendig seien, als eine Regelung der Wälu. Ein Kommissar der Regierung sei nach dem Eisenwerk Wittkowitz gereist, um sich über die Produktionspreise zu informieren. Er bitte die Regierung, mitzuteilen, was der Kommissar erfahren habe. Wenn werde sich auch herausstellen, warum der Eisenzoll nach Oesterreich doppelt so hoch sei, wie der Zoll aus Oesterreich. Er sei auch der Meinung, daß man in der Auswahl der Kommissare bei den Handelsverträgen nicht vorsichtig genug sei.

**Staatssekretär v. Falkenhayn:** Unsere Kommissare bei den Vertragsverhandlungen handeln lediglich nach bestimmten von uns gegebenen Instruktionen. Ich muß sie also gegen persönliche Angriffe in Schutz nehmen. Sollte der Abg. v. Schalfsha dem in Oesterreich tätigen Kommissar Pflichtwidrigkeit vorwerfen, so hätte er seine Anklagen unter der erforderlichen Begründung dem vorgesetzten Beamten mittheilen sollen.

**Abg. v. Schalfsha** konstatirt, daß er keinem Beamten habe eine Pflichtwidrigkeit vorwerfen wollen. Hierauf wird, um 1/2 Uhr, die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 16. Februar, Nachmittags 6 Uhr.

In die Kanalisations-Deputation wird Stadtv. Lüben, in die Steuer-Deputation Stadtv. Liebermann gewählt.

Das Prop. - Reichische Grundstück an der Petersburgerstraße soll für den Preis von 260 000 M. erworben werden, um die Straße und den Platz A. völlig freizulegen.

Nach einer Mitteilung des Magistrats hat das Provinzial-Schulkollegium die Direktoren der höheren Berliner Lehranstalten ermächtigt, von den öffentlichen Prüfungen zu Oftern d. J. Abstand zu nehmen.

Um 6 Uhr erfolgt die Einführung des neugewählten Bürgermeister Meißner.

Derselbe wird vom Oberbürgermeister Zelle und sodann vom Vorsteher Langehaus begrüßt und von ersterem verpflichtet. Bürgermeister Meißner spricht für die freundliche Begrüßung und der Versammlung für die Wahl seinen Dank aus.

Die Stadtv. Borgmann u. Gen. haben folgenden Antrag vorgelegt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür Sorge zu tragen, daß von Oftern d. J. an in den korrespondierenden Klassen sämtlicher Gemeindereschulen die gleichen Unterichtsbücher Verwendung finden. Dieser Antrag soll nach einem Vorschlage Gerstenberg's einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen werden.

**Stadtv. Vogler:** Es ist seitens derjenigen Kreise, welche das größte Kontingent der Gemeindereschulen stellen, längst als Mißstand empfunden worden, daß die gebräuchlichen Lehrbücher nicht in allen Schulen in den korrespondierenden Klassen übereinstimmen. Die Aufhebung einer Summe zur unentgeltlichen Vergabe eines Theiles der Bücher hat diesen Uebelstand nicht verringert. Es werden doppelt, ja dreifach verschiedene Ein-

schaffungen nötig durch Umzug und Umschreibungen, welche durch Umzug oder Ueberfällung einzelner Klassen nötig werden. Oftern, welche mehrere Kinder zur Schule schicken, verlieren dadurch die Möglichkeit, die vorhandenen Lehrbücher durch die jüngeren Kinder benutzen zu lassen. Auch der Stadt selbst erwachsen daraus relativ höhere Kosten. Es ersücht sich zwar, andere Angaben jetzt noch zu machen, umsoehr, als der Antrag auf Ausschuhberatung schon gestellt ist, von welchem wir uns eine gründliche Prüfung der Verhältnisse versprechen. Eingewiesen werden muß aber doch auf den Umstand, daß selbst in solchen Schulen, welche ganz dicht aneinander gelegen sind, oft die verschiedensten Gruppen von Lehrbüchern in Gebrauch sind. Näheres darüber werde ich im Ausschusse vorbringen. Ich werde dort mit einem Material aufwarten können, welches allerdings größer sein würde, wenn nicht das Verbot bestände, daß die Lehrer weder dem Publikum noch uns Stadtverordneten Angaben über die einschlagenden Verhältnisse in den Schulen machen. Allerdings erfahren wir manche Aufklärung trotz des Verbots; aber es entspricht nicht dem Interesse der Schule, noch der Schüler, noch des Publikums, daß ein solches Verbot besteht. So schreibt mir ein Schullektor, daß er bei der gemessenen Verfügung der Schuldeputation zu seinem größten Leidwesen außer Stande sei, Aufklärung zu geben. Woher sollen wir unsere Kenntnisse auf diesem Gebiete nehmen, die wir doch Anregungen zu geben haben, wenn der kompetentesten Stelle der Mund verschlossen ist? In einzelnen Lehrbüchern haben wir eine große Anzahl verschiedener Lehrbücher. Geradezu wohlthätig wirkt es dagegen, wenn man sieht, daß wenigstens im Religionsfache dasselbe Lehrbuch durchgeführt ist, das für den Unterricht für den Religionsunterricht, herausgegeben von dem Stadt-Schulrath Vertram. Dieser Umstand beweist, daß es doch möglich ist, eine Gleichmäßigkeit durchzuführen. Jedes einzelne der im Gebrauch befindlichen Bücher muß doch an sich nach der Ansicht der Schuldeputation gut und brauchbar sein. Wenn wir den Antrag stellen, erklären wir uns natürlich nicht im entferntesten mit dem Inhalt der einen oder der anderen Sorte von Lehrbüchern einverstanden. Wir sind nicht mit einem einzigen einverstanden (Welcher), nicht mit einem einzigen! Auch gehen wir mit dem Antrage nicht um Paarsbreite von dem prinzipiellen Antrage ab, den wir schon früher gestellt haben auf Unentgeltlichkeit aller Lehrmittel. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß schon die theilweise unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für die Durchführung der von uns verlangten Gleichmäßigkeit spricht, zumal es früher oder später doch zur Annahme jenes Antrages kommen wird oder kommen muß. Wir betrachten den jetzigen Antrag aber als einen Vorposten für jene weitere Forderung. Wenn Sie den Antrag nicht so wie er ist, annehmen wollen, bitten wir Sie, ihn einem Ausschusse zu überweisen.

**Stadtv. Gerstenberg:** An diesem Antrage ist neu nur seine absolute Unausführbarkeit. Vom 16. Februar bis Oftern ist es absolut unmöglich, diese Angelegenheit zu verwickeln. Jedes Buch müßte in einer Stärke von 175 000 Exemplaren angeschafft werden, das kann kein Verleger leisten. Neue Bücher einführen, das muß auf einem anderen Wege gemacht werden, von der untersten Klasse aufwärts, sonst würden wir den Eltern nur neue Lasten auferlegen. Dann müssen die Bücher doch ausgewählt werden; wer soll das in der kurzen Zeit besorgen? Bekanntlich sind wir allein gar nicht zuständig. Mit den vorhandenen Büchern ist Herr Vogler nicht einverstanden; andererseits schafft ein einheitliches Buch ein Monopol. Es lassen sich aber auch zahlreiche, selbst pädagogische Grände für den Wunsch anführen, der in den weiten Kreisen der Bürgerschaft gehegt wird. Am eine gründliche Prüfung dieses Antrags, der, so wie er liegt, unausführbar ist, zu ermöglichen, bitte ich, Ausschuhberatung zu beschließen.

**Stadtschulrath Vertram:** In 6 Wochen läßt sich allerdings nichts erreichen. Die künftigen Kinder sind auch keineswegs die Mehrzahl. Für die stabilen Kinder aber ist doch vielleicht eine gewisse Mannigfaltigkeit vorzuziehen. In Paris wird der Individualität des Lehrers überlassen, welche Bücher er wählen will. Deshalb wählen dort die Lehrer aus einer großen, stets vervollständigten Liste von Lehrbüchern. Man hat ja auch dort auf eine gewisse Gleichmäßigkeit bedrängt; aber nur für die Grammatik ist sie durchgeführt worden. Wenn die Schuldeputation bisher verschiedene Bücher, namentlich Lesebücher, zugelassen hat, so liegt das auch daran, daß das Besuchen der Kinder mit den Gegenständen vertraut machen sollte, für welche es systematisches Unterricht nicht giebt. Aus dieser Erwägung ging eine Anzahl verschiedener Lesebücher hervor, die von den Grundbegriffen der Realien bis zu den Elementen der Geographie mit der Zeit vorgeschritten sind. Die Abfassung der Lehrbücher auch noch von Umwegen zu dirigieren, ist eine Zumuthung, die Sie der Schulverwaltung nicht machen sollten.

**Stadtv. Vogler:** Der Antrag soll nicht ausführbar sein, weil nur noch 6 Wochen bis Oftern fehlen. Auf alle Einwände war ich gefaßt, nur auf diesen nicht. Es handelt sich doch bei meinem Antrage um die Sache, nicht um den Zeitpunkt. Wir lassen da durchaus mit uns handeln. Wir sind durchaus einverstanden, wenn Sie alles, was wir beantragen, nicht bloß diesen Antrag, annehmen, wenn es auch erst Oftern übers Jahr ist. Wenn Herr Gerstenberg fragt, wie man den Eltern zumuthen könne, so große Ausgaben zu machen, so freut mich diese Ausführung einmal deswegen, weil Sie sich hier plötzlich des Uebelstandes der armen Eltern erinnern, und dann deshalb, weil es keinen besseren Beweis für die Berechtigung unserer Forderung auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel giebt als diesen. Mit dieser Argumentation hat Herr Gerstenberg in dankenswerther Weise für unsere prinzipiellen Antrag gesprochen. Mit Recht wird mir vorgeworfen, ich hätte erklärt, die Bücher tauchen alle nichts. Gewiß! Aber ich habe damit keineswegs sagen wollen, daß nun von Obrikeit wegen neue Bücher gemacht werden. Wir sind entgegenkommend genug, ihnen zu überlassen, aus den Büchern, die alle nichts taugen, wenigstens eine Sorte auszuwählen. Aus einer gemeinschaftlichen Versammlung, welche das einschlagende Material prüfen kann, wird sich zweifellos ein Erfolg ergeben.

**Stadtschulrath Vertram** protestirt dagegen, daß die Gemeindereschulen als die Schulen der armen Leute hingestellt werden, und fragt, welchen Eindruck es wohl auf die Bürgerschaft machen solle, wenn hier erklärt werde, „die Schulbücher taugen alle nichts“.

**Stadtv. Kallisch:** Die Verfügung, daß die Lehrer, nicht aus der Schule planbar sein, ist auf königliche Verordnung zurückzuführen; das könnte Herr Vogler doch wissen, wenn er sich besser orientirt hätte. Ein Monopol dürfen wir unter keiner Bedingung schaffen, schon um die Schaffensfreudigkeit der Lehrer nicht zu zerstören und um den Charakter der Kinder nicht zu verderben. Die Frage ist schon ein Duzend Mal besprochen worden; wir brauchen keine neue Prüfung. Nehmen wir den Antrag einfach ab!

Ein Schlufsantrag wird angenommen.

Das Schlufwort erhält

**Stadtv. Stadthagen:** Es ist vollkommen irrig, daß die erwähnte Verfügung auf eine Verordnung der Regierung zurückzuführen ist. Die Verfügung ist von der Schuldeputation, vom Stadt-Schulrath Vertram ausgegangen. Unsere Forderung auf Aufhebung der Verfügung ist wiederholt abgelehnt worden. (Die folgenden Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne bei der herrschenden Unruhe unverständlich.)

Der Antrag auf Ausschuhberatung wird abgelehnt, ebenso gegen die Stimmen der Antragsteller auch der Antrag selbst.

Zur Beratung steht ferner eine Vorlage des Magistrats, betr. Genehmigung von Pferdebahnanlagen zur Verbindung der schon vorhandenen Geleise in der Französischen Straße mit den Geleisen nördlich der Weidenammer Brücke, sowie auch mit denen auf dem Monbijou-Platz und dem Hackschen Markt.

Die Vorlage will die Ueberschreitung des Straßenzuges Unter den Linden - Schlossbrücke durch die Pferdebahn ermöglichen und ersucht die Versammlung, ihre Zustimmung dazu zu geben:

I. daß nach Maßgabe des überreichten Projekts

1. eine Pferdebahn, abweigend von der zu I. aufgeführten Französischen Straße durch die Straße Hinter der katholischen Kirche direkt nach Norden zur Verbindung mit den Geleisen in der Dorothienstraße,
2. eine fernere Bahn von den Geleisen in der eben gedachten Straße durch die verlängerte Charlottenstraße über die Weidenammer Brücke zum Anschluß an die dort vorhandenen Geleise,
3. weiter eine Bahn, abweigend von der zu I. aufgeführten Linie bei der Straße am Festungsgraben, über die Eiserne Brücke, Friedrichsbrücke, durch die Burgstraße zum Anschluß an die Geleise auf dem Monbijou-Platz und dem Hackschen Markte durchgeführt werden;

II. daß die Genehmigung zur Ausführung der zu I. gedachten Bahnanlagen der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft unter den vertragmäßig festgesetzten Bedingungen erteilt wird, wenn die genannte Gesellschaft dafür an die Stadtgemeinde die Summe von 1 000 000 M. zahlt, wodurch sie von den Kosten befreit wird, welche infolge der Bahnanlagen, für Benutzung oder Erwerb von Land oder für Ueberbau- und Umbauten an Brücken notwendig werden. Zur Begründung dieser Vorlage macht der Magistrat, der sich einstimmig für dieselbe erklärt hat, u. a. folgendes geltend: Schon seit dem Abschluß des Vertrages vom 26. Juli 1880 mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn war es ein allgemein empfunden Wunsch, eine möglichst direkte Pferdebahn - Verbindung von Süden nach Norden ungefähr im Zuge der Friedrichstraße oder doch einer nahe gelegenen Parallelstraße unter Ueberschreitung der Straße Unter den Linden herzustellen.

Von fast gleichwertiger Bedeutung ist ferner eine Verbindung der Geleise am Monbijou-Platz und Hackschen Markt mit den Geleisen ungefähr des Weidenammer Marktes, um so einen Verkehr von Nordost nach Südwest zu ermöglichen, eine Verbindung, welche schon in dem Nachtragsvertrage vom 6. November 1884 mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft vorgesehen war. Während bei der ergründeten Linie die Hauptschwierigkeit in der Ueberschreitung der Straße Unter den Linden zu erblicken war, wurde für die zweite Verbindung der Umstand erschwernend, daß eine Durchkreuzung der Umgegend nördlich und westlich des königlichen Schlosses (Lustgarten, Schlossfreiheit) scheinbar nicht vermieden werden konnte, und eine Verbindung der Geleise in der Spandauerstraße durch die Königstraße und über die Lange Brücke mit den vorhandenen Geleisen auf dem Schloßplatz wegen der ungünstigen örtlichen Verhältnisse zuhändigerweise wiederholt abgelehnt worden ist.

Neuerdings hat sich nun eine Aussicht eröffnet, ein Projekt zur Ausführung zu bringen, welches die in der zweiten Linie (Verbindung von Nordost nach Südwest) liegende Aufgabe durchaus befriedigend löst und andererseits die erstgedachte Verbindung von Süden nach Norden herbeizuführen oder zu ersetzen im Stande ist.

**Stadtv. Straß** beantragt, einen Ausschuss von 15 Mitgliedern niederzusetzen. Schon 1880 haben man diese Verbindung herzustellen verlangt. Die Verbreiterung der Friedrichstraße sei früher hauptsächlich in Betracht gekommen, und die Versammlung habe 3/5 Millionen dazu beisteuern wollen, um die Pferdebahn über die Linden zu erfassen. Seit 1888 aber sei bekannt, daß die Friedrichstraße nicht hergegeben werde. Es sei nun zu prüfen, ob der vorgeschlagene Ausweg gewählt werden müsse, und dazu beantrage er Ausschuhberatung.

**Stadtv. Borgmann:** Die Vorlage hätte doch mit dem nächsten Gegenstande, der Verschönerung des Schloßplatzes, zusammengehört werden sollen (Widerspruch), weil beide in untrennbarem Zusammenhang stehen. Wir sind ja den Pferdebahnen nicht sehr grün, freuen uns aber, daß endlich einmal die Hindernisse, welche der Ueberschreitung der Pferdebahn über die Linden in den höchsten Regionen entgegenstanden, überwunden sind. Wenn wir indessen der Vorlage zustimmen wollen, darf es nicht mit der Million abgethan sein, welche die Pferdebahn-Gesellschaft zahlen soll, sondern sie muß ganz andere Konzeptionen gewähren. Der Zehnjährig-Zarif muß eingeführt werden, es müssen der Gesellschaft im Punkte der Arbeitszeit und der Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Angestellten (Auf: zur Sache!) einschneidende Vorschriften gemacht werden. Die Pferdebahnen müssen den Leuten angemessene Ruhepausen gewähren und Zeit zur Einnahme des Mittagbrotes. (Gelächter.) Sie lägen darüber, würden das aber nicht mehr thun, wenn Sie einmal einige Tage als Pferdebahn-Ausführer oder -Schaffner Ihr Brot suchen müßten. Sogar der Kommissar für das öffentliche Fuhrwesen ... (Vorsteher Langehaus: Sie gehen doch zu weit vom Thema ab; Bedingungen für die Konzession zu stellen, ist Sache späterer Erwägungen.) Wir haben geglaubt, die Bedingungen aufzählen zu müssen, unter welchen wir für die Vorlage stimmen können. Wir erklären, wenn die Gesellschaft nicht in dieser Beziehung und im Betriebe selbst Verbesserungen einführt, dann werden wir solchen Vorlagen niemals zustimmen.

**Stadtv. Spinola** beantragt ebenfalls Ausschuhberatung. Einen Zusammenhang mit der Schloßplatz-Vorlage kann er nicht entdecken; die Vorschläge des Magistrats hält er für einen ausgezeichneten Vorschlag.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zur Beschlußfassung steht sodann eine Magistratsvorlage, betr. die Umgestaltung des Schloßplatzes und eines Theils der Königstraße.

Nach der Begründung ist die Vorlage veranlaßt durch ein Schreiben des Ministers der öffentlichen Arbeiten, wonach dieser Bedenken trägt, das eingereichte Projekt zum Umbau der Kurfürstentbrücke zu genehmigen, vielmehr im Verkehrinteresse eine Umarbeitung wünscht. Der Zugang zur Brücke von der Südseite des Schloßplatzes her sei, wie täglich beobachtet werden könne, infolged ein höchst unästhetisch, als die Pflanzenscheit der Häuserreihe zwischen der Breitenstraße und der Spree den Verkehr von und zu der Brücke in unzulässiger und gefahrbringender Weise verengt, was seit der Aufstellung des Schloßbrunnens noch schärfer hervortrete. Der Minister hält es nicht für wünschenswert, diesen Zustand zu verewigen, sondern ist der Ansicht, daß die genannte Häuserreihe abgedrochen und dadurch die Eingangsseite dieses Theils des Platzes befreit werden sollte. Der Verkehr würde dadurch wesentlich verbessert und dem Schloßplatz eine seinem monumentalen Charakter entsprechende Form gegeben, zumal nach Beichtigung der Gebäude die Umgestaltung und Ausschmückung des Giebels des Markalles nach den noch vorhandenen Schlüter'schen Skizzen erfolgen würde.

Der Magistrat hat, der ministeriellen Anregung entsprechend, zwei Projekte A und B aufgestellt und schließlich dem Projekt B, welches die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite voraussetzt, den Vorzug gegeben. Letzteres Projekt kann, wie der Magistrat meint, ohne Befestigung der Grundstücke Schloßplatz 7-16 nicht wohl gedacht werden, er nimmt deren Befestigung aber auch aus den vom Minister angeführten, auf die architektonischen Verhältnisse bezüglichen Motiven in Aussicht. Korrespondierend mit dieser Verbreiterung des Schloßplatzes soll die Verbreiterung der Königstraße bis zum Rathhause (Spandauerstraße) hin durchgeführt werden. Geplant ist, das jenseits der Kurfürstentbrücke befindliche, bis zur Poststraße hinreichende Gebäude der „alten Post“ nicht abzureißen, sondern nur die Vorderräume des Erdgeschosses in einen kolonnenartigen, veredelten Bürgersteig zu verwandeln, von der Post bis zur Spandauerstraße aber eine neue Flusslinie für die

Königsstraße herzustellen, durch welche dieselbe eine Verbreiterung auf 17 bzw. 18 und 18,5 Meter erfährt. Durch diese Verbreiterungen wird auch die neue Kurfürstenbrücke eine Verbreiterung um 2 Meter stromaufwärts erhalten.

Mit der gleichmäßigen Verbreiterung des Straßendamms des nördlichen Teils der Königsstraße auf 10 Meter und der Brücken-Erweiterung auf 18 Meter wird endlich, so meint der Magistrat, eine neue, aufsehentliche, für starken Verkehr geeignete Zufahrtlinie nicht nur vom königlichen Schloss und dem Schloßplatz nach dem Rathhause eröffnet, es wird vielmehr eine Neben- und Verkehrsfördernde Arterie in den ganzen Osten der Stadt geführt. Der Magistrat erachtet dies als eine kommunalpolitische Aufgabe, da es unablässig dafür zu sorgen gilt, daß die natürliche Präponderanz des Westens sich nicht in dem Maße — und schließlich auch zum Nachteil des Westens — so vermehre, daß darunter und dabei die Hälfte der ganzen Stadt, die eigentliche alte Stadt, mehr und mehr leidet, der alte Mittelpunkt der Stadt — Schloß und Rathhaus — dies zu sein aufhört, und seine Bedeutung an eine andere historisch und architektonisch bedeutungslose Stelle abtritt.

Ueber die Kosten wird in der Vorlage nur bemerkt, daß sie „nicht unbedeutend“ sein werden, in Aussicht zu nehmen sei das Enteignungsverfahren. Die Verammlung wird ersucht, sich grundsätzlich mit der Durchführung des Projekts einverstanden zu erklären und den Magistrat zu den erforderlichen weiteren Verhandlungen zu ermächtigen. Ueber den Erwerb der qu. Grundstücke und die Deckung der Kosten würde dann später besonders Beschlüsse zu fassen sein. Von den Stadtverordneten Wagner und Kollmann ist Ausschussberatung beantragt; Stadtverordnete Barth und Senoffen beantragen: Die Verammlung lehnt eine prinzipielle Stellungnahme zum Projekt ab, weil jede Möglichkeit der Beurteilung des Kostenpunktes fehlt.

Stadtv. Wagner will nur den einen Punkt erwähnen, der ihn zur Stellung des Antrages auf Ausschussberatung führte, den Geldpunkt. Die Prüfung der Vorlage in dieser Beziehung sei unmöglich, da sie sich über den Kostenpunkt voll und ganz ausschweife. Das müsse im Ausschuss nachgeholt werden.

Stadtv. Seltze: Der Magistrat spricht in der Begründung auch davon, daß schon früher innerhalb der städtischen Kollegien in der Richtung des zweiten Projekts verhandelt worden sei. Die damaligen Verhandlungen haben aber gar keine Rücksicht auf die Südseite genommen, das Projekt für die Nordseite wurde festgestellt. Jetzt plötzlich sind seltzamer Weise die Gründe des Ministers für den Magistrat die maßgebenden geworden! Die Idee des Kolonnadenganges giebt ja auch keine Möglichkeit einer freien Durchlegung der Straße; andererseits aber würde in dieser Kolonnade der seltsame Mühlenbaum neu erstehen. (Zustimmung.) Gewiß wird eine Zufahrt nach dem Osten geschaffen; aber um dem Zug nach Westen entgegenzutreten, dazu bedarf es denn doch stärkerer Mittel, als der Verbreiterung einer Straße. Sehr seltsam ist, daß der Kämmerer heute fehlt. Wenn sonst jemand a. B. auf Ermäßigung der Miethsteuer drängt, dann ist der Kämmerer anwesend, um sofort zu erklären, daß dafür kein Geld da ist. Hier aber sollen wir einem Projekt zustimmen, das zahlreiche Millionen kosten kann! Wir werden aus diesen Gründen gegen die Vorlage stimmen.

Stadtv. Ramskau: Der Redner verlangt eine genaue Kosteneinschätzung vom Magistrat, bezeichnet aber nicht genau, was er denn eigentlich berechnen haben will. Der Magistrat kann auch nur eine Tage machen, die er gewiß bereits gemacht hat, aber wohlweislich im Interesse der Stadt nicht preisgibt (Unruhe), sondern dem Ausschusse vorbehält. Gewiß werden zu den Kosten noch anderweitige Zuschüsse gesucht werden müssen; auch in der Presse hat man auf Krone und Friskus hingewiesen. Ein Recht dazu haben wir nicht; auf dem Wege der Verhandlung wird es aber wohl gelingen, noch etwas Zuschuß zu erlangen. Die große Entwidlung Berlins rührt doch von dem Wiedererstehen des Reiches her; Verkehrsbehindernisse zu beseitigen ist unsere Pflicht. In der Presse hat sich Widerspruch gegen den Plan nicht erhoben.

Es geht ein Schlusuantrag ein. (Große Unruhe.) Gemeldet sind noch 7 Redner. Stadtv. Singer stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Schlusuantrag. Der letztere wird hierauf zurückgezogen.

Stadtv. Apollmann begrüßt die Vorlage mit Freuden und erklärt sich ebenfalls für Ausschussberatung.

Stadtv. Singer: Ich bin nicht in der Lage, dieses Gefühl der Freude zu theilen. Als der Oberbürgermeister sich vor einiger Zeit hier beflagte, daß die Arbeiten der städtischen Verwaltung hauptsächlich in der Nähe, hier in Berlin am schärfsten kritisiert würden, war ich nicht der Meinung, daß sich sobald die Veranlassung zu einer scharfen und bitteren Kritik hier erneuern würde. Mag sein, daß die Schatten dieser Vorlage schon in die damalige Rede des Herrn Jelle gefallen sind und er daher scharfe Kritik vorausgesetzt hat. Mehr wie je bin ich in der Lage, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß eine solche Vorlage an uns gekommen ist. Vor laum Jahresfrist hat die Verammlung fast mit Einstimmigkeit die Pläne, welche eine Verbreiterung des Schloßplatzes betreffen, abgewiesen und der so gerühmten Einmütigkeit der städtischen Behörden wäre besser gedient gewesen, wenn man nicht nach so kurzer Zeit mit dieser Vorlage gekommen wäre. Sie ist aber da, wir müssen uns mit ihr beschäftigen, und der Magistrat mag es uns nicht übel nehmen, wenn wir jetzt für die einzig mögliche Antwort entgegenstehen, ein einfaches Nein! Die Vorlage wird begründet mit der Nothwendigkeit der Verbreiterung der Königsstraße aus Verkehrs-rücksichten. Aber ist nicht die Kaiser-Wilhelmstraße, der Mühlen-damm verbreitert worden, um den Verkehr in der Königsstraße zu entlasten? Was dann das Projekt A betrifft, so halte ich auch dieses in der gegenwärtigen Zeit für durchaus nicht notwendig. Ich habe in der Vorlage die erfreuliche Mittheilung gelesen, daß der Magistrat einstimmig seinen Beschluß gefaßt hat. Diese Mittheilung ist ein Novum; früher wurde uns über das Stimmverhältnis keine Mittheilung gemacht, und auch diesmal scheint sie mehr eine Deckung für den Magistrat darzustellen. Ich habe da auch an den Kämmerer denken müssen: Hat denn dein Kämmerer irgend etwas nicht geschlagen, als er zustimmte zu einem Sprung ins Dunkle, den die Verammlung machen soll, zu einem Projekt, welches eine sehr gefüllte Hand voll Millionen erfordert, ohne daß der Magistrat für nöthig hält, sich auch nur mit einem Worte über die finanzielle Tragweite auszusprechen? Wenn der Magistrat sagt, er würde an geeigneter Stelle die Mittheilungen machen, so weiß ich nicht, ob es eine geeignete Stelle giebt, als das Plenum der Verammlung. Ich hoffe nicht, daß er mit Herrn Ramskau gewiß ist, solche Sachen hinter verschlossenen Thüren abzumachen. Wir haben gar keine Scheu, solche Dinge, die den Stadtsäckel angehen, hier vor der gesammten Bürgerchaft zu verhandeln. Die Art, die Sache erst einem kleinen gewählten Kreise schmachthaft zu machen, ist nicht die richtige. Herr Ramskau hat in der Presse kein Wort des Widerspruches gefunden. Ja es kommt darauf an, welche Presse er liest. (Große Heiterkeit.) Die „Kreuzzeitung“ befragt die Vorlage. Die Presse aber, welche die Bürgerchaft vertritt, enthält diese Zustimmung nicht. In einer Zeit, wo das nächste Jahr uns 2 1/2 Millionen auferlegt für das Polizeikosten-Gesetz, in einer Zeit, wo an die Stadt durch Einverleibung der Vororte sehr bedeutende Ansprüche gemacht werden, in einer Zeit starker wirtschaftlicher Depression auf allen Gebieten, in einer Zeit des Nothstandes kann man nicht solche Millionenprojekte in Aussicht nehmen. Die Verkehrsverhältnisse jener Stadtgegend sind nicht derartig, daß man heute auch nur das Projekt A zur Ausführung bringen sollte. Viel stärker sind natürlich die Bedenken gegen das Projekt B, welches die halbe Seite des Schloßplatzes abreißen will. Ich frage den Magistrat, ob er bei der Vorlage — nicht an das Terrassenprojekt, obwohl

dieses auch noch nicht todt ist — aber daran gedacht hat, welchen Betrag zu der Ausführung des Projekts B das Finanzministerium zu zahlen hat. Bei der vor einigen Jahren erfolgten erheblichen Erhöhung der Zivilliste glaube ich, daß es sich um einen sehr stattlichen Beitrag handeln wird. (Heiterkeit.) Und wer wird für die Schläfersche Marktschloß die Kosten tragen? Das Projekt B ist überhaupt nicht geeignet, in weitere Erwägung gezogen zu werden. Mit seiner Ausführung würden der Bürgerschaft so enorme Kosten auferlegt, daß ich den Muth des Magistrats bewundern muß, uns jetzt mit solcher Vorlage zu kommen. Die Verammlung wird gezwungen sein, diesen hochliegenden Plänen des Magistrats Jügel anzulegen. Was die gestellten Anträge anbelangt, so werden wir für den Antrag Barth stimmen, weil auch wir der Meinung sind, daß eine Prüfung dieses Projekts im Ausschusse, wenn nicht schädlich, so doch zum Mindesten ganz überflüssig ist. Durch Ueberweisung an den Ausschuss würde der Schein erweckt werden, als ob die Verammlung sich damit für die Sache erkläre. Der Antrag Barth lehnt das Projekt ab, weil keine Möglichkeit der Beurteilung der Kosten gegeben ist; er ist mir auch nicht sehr sympathisch; aber ich stimme für ihn, weil er gegenüber dem Antrage auf Ausschussberatung der vernünftlere ist. Ich würde sonst für pure Ablehnung sein und den Magistrat drängen bitten, uns mit Vorlagen zu versehen, deren Kosten er nicht übersteigt. Die Art, wie uns hier zugemutet wird, uns mit einem abenteuerlichen Projekt zu befassen (Vorsteher Langerhans bittet solchen Ausdruck nicht zu gebrauchen), es im Prinzip zu genehmigen und uns verdrösen zu lassen auf die finanziellen Mittelverhältnisse, wenn die grundsätzliche Zustimmung gegeben ist, die möchte ich aus der Finanzverwaltung Berlin gänzlich entfernt sehen. Nach der Stimmung der Verammlung ist allerdings kaum darauf zu rechnen, daß die Verammlung a limbo die Vorlage abweist, und so werde ich für den Antrag Barth stimmen in der Hoffnung, daß eine Majorität sich zusammenschließt, welche ihr großes Mißfallen an dieser Vorlage ausdrückt. Sollte aber ein Ausschuss beliebt werden, dann empfehle ich, den Ober-Verwaltungsgerichtsrath Rath Kunze als Sachverständigen von diesem Ausschusse vernehmen zu lassen! (Große Heiterkeit; Widerspruch und Zustimmung.)

Wiederum ist ein Schlusuantrag eingegangen. Der Antrag wird von der Verammlung mit großer Unruhe abgenommen. Die Sozialdemokraten beantragen durch den Stadtv. Vogt her abermals namentliche Abstimmung. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird diesem Antrage entsprochen. Der Schlus wird mit 97 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. Baillen spricht sich sehr sympathisch für die Vorlage aus. Er bemängelt, daß der Stadtv. Singer von der Ausschussberatung als einer Verathung hinter verschlossenen Thüren spricht; die Ausschussverhandlungen seien für alle Mitglieder zugänglich. Auch sei der frühere Beschluß nicht fast einstimmig, sondern gegen 29 Stimmen gefaßt worden, und habe die Verschönerungsprojekte nicht für immer, sondern nur insoweit sie sich mit dem Ramen Kunze verknüpfen, ablehnen wollen.

Wiederum geht ein Schlusuantrag ein. Derselbe wird in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. Barth: Es ist bisher nicht dagewesen, daß der Magistrat ein prinzipielles Einverständnis von uns verlangt, ohne finanzielle Grundlagen zu geben. Der Ausschuss ist nicht dazu da, mangelhaft fundierte Vorlagen zu ergänzen; er soll gut fundierte Vorlagen prüfen (Zustimmung). Es ist ungewöhnlich und unpraktisch, wie hier zu procediren und zugemutet wird. Vertraulich könnte der Ausschuss die Sache doch nicht behandeln. Nachdem der Magistrat seinen Beschluß einstimmig gefaßt hat, wissen doch die Eigenthümer der in Betracht kommenden event. zu exproprirenden Häuser längst, wie der Hofe läuft. Ich kann mich also auf eine Vorlage wie diese nicht einlassen, weil ich mich nicht mit einem Finger binden will, ehe ich bezüglich des Geldpunktes völlig klar sehe.

Stadtv. Scheiding bedauert die Haltung Singer's, der sein Interesse für die Arbeiter mit einer puren Ablehnung ganz gewiß nicht bekunde. (Heiterkeit.) Einer so wichtigen Frage müsse Jeder im Saale seine grüßliche Thätigkeit widmen. Der Antrag Barth würde die Sache auf zwei Jahre vertagen, und nachher würde die Ausführung des Projekts lediglich um einige Millionen theurer sein.

Damit schließt die erste Verathung. In namentlicher Abstimmung wird mit 71 gegen 28 Stimmen beschlossen, die Vorlage einem Ausschusse von 16 Personen zu überweisen.

Als Nachtrag zur Tagesordnung liegt folgender schleunige Antrag der Stadtv. Borgmann u. Gen. vor:

Den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei den am 20. Februar stattfindenden Gewerbe-gerichtswahlen im 11. und 12. Wahlbezirk nicht nur in der Turnhalle, sondern auch in der Aula der Schule gewählt wird.

Der Antrag wird als dringlich erklärt und vom Stadtv. Zubeil begründet. Im 11. Bezirk seien 3700, im 12. Bezirk 2300 Wähler. Bei 9 Stunden Wahlzeit lassen sich höchstens 190 Wähler in der Stunde abfertigen, wenn jeder nur eine halbe Minute in Anspruch nimmt. 3-400 Wähler in der Stunde abzufertigen ist ein Unding! Wenn die Wähler, die bis 9 Uhr erscheinen, berechtigt sind, ihr Wahlrecht auszuüben, so werden sie zum Theil bis 11 und 12 Uhr festgehalten werden. Der Stadtv. Rath Hübner habe erklärt, es verziehe das Verlangen des Antrages gegen das Gesetz, welches die rechtzeitige Belanntmachung des Wahlortes vorschreibt. Der Antrag umgehe diese Schwierigkeit.

Stadtv. Hübner bestreitet dies. Es handle sich immer um 2 Lokale statt des einen, welches nach dem von der Verammlung selbst genehmigten Ortsstatut nur zulässig sei.

Stadtv. Vogt her schlägt als Ausweg vor, im Wahllokal eine doppelte Anzahl von Wahlbüchern anzustellen. Nach weiterer Debatte, an der sich die Stadtv. Freyhel, Stadtv. Hübner und Zubeil beteiligten, wird die Verammlung beschlussunfähig und die Sitzung muß abgebrochen werden, sodas es zu einer Beschlußfassung über den Antrag der Sozialdemokraten nicht mehr kommt.

Schlus 1/2 Uhr.

## Lokales.

**Achtung!** Von zuständiger Seite erfahren wir, daß sich für die Bildung der Wahlausschüsse bei den Wahlen zum Gewerbegericht insofern Schwierigkeiten ergeben, als sich vielfach Arbeiter weigern, das Amt eines Weisigers zu übernehmen, weil ihnen dadurch der Arbeitsverdienst für einen halben Tag entgeht.

So richtig es nun auch wäre, den Weisigern eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst zu gewähren, so wird es für die am 20. d. M. stattfindende Wahl kaum möglich sein, den Mitgliedern des Wahlausschusses Däten zu zahlen, weil das Ortsstatut keine diesbezügliche Bestimmung enthält.

Für die formelle Gültigkeit der Wahl ist es jedoch unbedingt erforderlich, daß der Wahlausschuss richtig, und zwar zur Hälfte aus Arbeitnehmern und zur Hälfte aus Arbeitgebern zusammengesetzt ist. Eine unvollkommene oder gar nicht erfolgte Besetzung des Wahlausschusses hat ohne Weiteres die Ungültigkeitserklärung der Wahl zur Folge.

Wenn auf diese Weise rechtsgültige Wahlen nicht zu Stande kommen, so tritt eine Bestimmung des Gesetzes

in Kraft, wonach auf Anordnung der oberen Aufsichtsbehörde die Weisiger zum Gewerbegericht von der Stadtverordneten-Verammlung ernannt werden.

Es bedarf, glauben wir, nur dieses Hinweises, um die Arbeiter Berlins zu veranlassen, die ihnen durch das Ortsstatut zugemuteten Lasten zu übernehmen und sich der Aufforderung der Vorsteher, bei den Wahlen als Weisiger zu fungiren, nicht zu entziehen.

Die mühevollen Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbegericht dürfen nicht umsonst gemacht sein und in Frage gestellt werden durch den Umstand, daß aus Mangel an Weisigern keine rechtsgültigen Wahlen vorgenommen werden können.

Aus diesem Grunde richten wir an die Arbeiter Berlins die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Wahlausschüsse in genügender Zahl besetzt werden, damit die Wahl selbst vorgenommen werden kann und nicht an diesem formellen Mangel scheitert.

Vor allem muß vermieden werden, daß die Zusammenziehung des Gewerbegerichts — so weit Arbeitnehmer in Frage kommen — anders als durch die Wahl der Arbeiter stattfindet, und dieser Umstand würde eintreten, wenn eine Wahl wegen Mangel an Weisigern für die Wahlausschüsse nicht vorgenommen werden könnte.

Deshalb noch einmal, Arbeiter, meldet Euch bei den Wahlvorstehern der betreffenden Bezirke zur Uebernahme der Weisigerposten und sorgt dadurch dafür, daß am 20. Februar bei den Wahlen zum Gewerbegericht der Wille der Berliner Arbeiter Geltung erlangt.

**In den Gewerbegerichts-Wahlen.** Wir erhalten folgendes Schreiben:

„Da es mir bis heute unmöglich war, die nöthige Zahl der Weisiger und Protokollführer resp. 1. Stellvertreter aus der Zahl der Wähler zur Vervollständigung des Wahlausschusses des 33. Wahlbezirks aus dem Stande der Arbeitnehmer zu erhalten, so bitte ich doch gefälligst, eine Notiz in ihrem Blatte aufzunehmen, daß sich Herren bei mir bis spätestens Sonnabend, den 18. d. M., melden.“

Y. Raftaedi,  
Wahlvorsteher, Bezirk 5, I.“

**Berichtigung.** Das Wahllokal im 31. Bezirk ist, wie irrthümlich im Aufruf angegeben, Auguststraße 37/38, sondern in Auguststraße 67/68.

Unser Genosse Redakteur H. Cronheim hat gestern seine dreimonatliche Festungshaft auf der Festung Wlsh angetreten, zu der er wegen eine Majestätsbeleidigung verurtheilt worden ist, die der „Vorwärts“ unter seiner Verantwortlichkeit verübt haben soll. Wir wünschen unseren Genossen, daß seine Geistesfreiheit und sein guter Humor, die ihm schon über so manche Fährlichkeit hinweggeholfen haben, ihn auch in dieser seiner unfreiwilligen Ruhe nicht verlassen werden.

Die Verammlung für die Militärvorlage, welche am Mittwoch Abend in der Viktoriabräuererei in der Pflaumenstraße stattfand, zeigte, daß es in Berlin nicht an Professoren, Kommerzienrathen, Postleeranten, Beamten und Offizieren a. D. fehlt, die, wenn es ihnen keine besonderen Kosten macht, gerne ein Zeugnis ihrer Gutgunstigkeit ablegen. Landes-Deponierath Hobbe präsidirte der Verammlung, als Weisiger fungirten Stadtbaurath Hobrecht, Verlagsbuchhändler Buchardt, Generalsekretär Bued, Professor Adolf Wagner und als Schriftführer Postsekretär Nachvol. Professor Dr. Hans Delbrück hielt seine bekannte Rede. Der „Patriotismus“ fordere die Militärvorlage zu bewilligen. Lächerlich seien die Klagen über die Steuerlast. So lange in Deutschland noch so viel Geld für Bier und Brantwein ausgegeben werde, können die Bier- und Brantwein-Konsumenten auch den Militäraufwand tragen. Der General-Lieutenant a. D. von Boguslawski warf mit den Soldaten Millionenweise umher. Wir hätten nur 800 000 Mann, die Franzosen aber 4 Millionen; wir müssen also, um überlegen zu sein, unsere 4 1/2 Millionen stellen können. Als ob wir mit 4 oder 5 Millionen Mann wehrkräftiger wären; ehe die 3 Millionen voll aufgehoben ist, wären Deutschland und Frankreich gleich bankrott. Die tolle Idee eines Krieges mit den 4 oder 5 Millionen Mann eines Staates kann nur in den Köpfen von Dunnen und Mongolen, oder in denen ausschließlicher Militärs und Professoren ausgeheckt werden. Die Agrarier und kapitalistischen Prohen stimmen wohl der Militärvorlage zu; einmal tragen sie nicht die Kosten und andererseits suchen sie ihren Profit dabei.

Die Verammlung war von 800 Personen besucht, also von einem halben Prozent der Reichstagswähler; viel höher dürfte sich die Zahl der sämtlichen Vertheidiger der Militärvorlage in Berlin auch nicht belaufen.

**Gausjagung.** Nach Die Ergebnisse eines Zuchthauslers fand gestern eine ergebnislose Gausjagung bei Bishoff, Boyenstraße 40, Henschel, Solnlemunderstr. 22, und dem Schlosser Binger, Zionskirchstr. 7, statt. Heute werden die Hausjagungen fortgesetzt, u. a. auch beim Schankwirth Wibel, Elisabethkirchstr. 16.

**Estrafgelder** sehen manche Arbeitgeber für die leichtesten Vergeltungen ihrer Arbeiter gegen die Fabrikordnung in einer Höhe fest, die weit über die Grenze des Zulässigen hinausgeht. So wird in der Liste derjenigen, die im Monat Januar 1893 der städtischen Haupt-Stiftungskasse Vernehmlichnisse und Beschenke überwiesen haben, auch Herr G. Solle, Alt-Moabit Nr. 99-103, aufgeführt mit dem Vermerk: Ueberwiesenes Straf-geld einer Portierfrau 10 M. Wohlgerneht, es heißt nicht etwa, wie bei einem anderen, in derselben Liste aufgeführten Arbeitgeber: „überwiesenes Straf-geld“, sondern nur: „überwiesenes Straf-geld“. Es handelt sich also um einen einzigen Fall. Was kann die Portierfrau des Herrn Solle so Schweres verbrochen haben, daß ihr mit einem einzigen Schläge 10 M. abgenommen werden dürfen? Und warum fließt dieses Straf-geld nicht wenigstens in eine Kasse, deren Einkünfte wieder dem Personal zu gute kommen? Kann es für Herrn Solle etwas übermäßig Verlockendes haben, aus solcher Veranlassung unter den Spenden von „Vernehmlichnissen und Beschenke“ aufgezählt zu werden? Und endlich: Ist ihm diese Ehre schon einmal aus einer für ihn renniger billigen Veranlassung zu Theil geworden?

Durch einen Sturz von der Leiter ist gestern Vormittag um zehn Uhr der 48 Jahre alte Monteur Rudolf Zeltow, Welle-Allianzstr. 79 wohnhaft, vor dem Hause Alexander-Ufer 7, sehr schwer verletzt worden. Er war dafest bei dem Regen von Gasröhren beschäftigt, fiel aus einer noch nicht bestimmten Veranlassung von einer Leiter und trug außer einem Bruch des rechten Armes schwere innere Verletzungen davon, sodas seine Ueberführung nach der Charitee erfolgen mußte.

**Soldaten-Selbstmord.** Aus Rathenow meldet man uns vom gestrigen Tage: Einen ungewollten Mord machte am Mittwoch Vormittag der Fischereibeitzer Beyer in der Havel bei den hinteren Arden. Mit dem stiemlich tief gehenden Flugzeug förderbe derselbe die Leiche eines Fußaren zu Tage, der mit vollständiger Uniform bekleidet war, außerdem noch Handschuhe trug. Die Leiche wurde als mit dem seit dem 5. d. Mts. verschwundenen und vom Regimentkommando gesuchten Fußaren Schreiber von





Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 15. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, von Lerpsch, von Seyden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Petition des Direktoriums des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen betreffend den zwischen Deutschland und Russland abzuschließenden Handelsvertrag.

Die Petitionskommission, Berichterstatter Abg. v. Bredow, beantragt, die Petition der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Am 9. Februar, als die Petition zum ersten Male auf der Tagesordnung stand, beantragte Abg. Rickert, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag liegt auch heute noch vor. Ferner beantragt der Abg. Arendt:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat dahin wirkt, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland die Interessen von Landwirtschaft und Industrie besser gewahrt werden, als bei den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz.

Der Antrag wird heute zurückgezogen.

Es liegt folgender neuer Antrag der Abgg. v. Dziembowski und v. Erffa vor:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß diese im Bundesrat dahin wirkt, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland im Anschluß an die Erfahrungen, welche auf Grund der Wirkungen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz gemacht sind, die Interessen von Landwirtschaft und Industrie ausgiebig gewahrt werden.

Der Präsident v. Köller giebt dem Abg. v. Kröcher das Wort, ohne die verschiedenen Meldungen zur Geschäftsordnung, welche von den Abgg. Franke und Rickert ausgingen, zu beachten.

Abg. v. Kröcher (L.) polemisiert zunächst gegen Rickert und fährt dann fort: Die Petition ist ausgegangen von der Provinz Sachsen, die landwirtschaftlich eigentlich am besten gestellt ist; die Leute haben dort guten Boden für Zuckerrüben u. s. w. Wenn die Provinz Sachsen schon stuhlig wird wegen eines russischen Handelsvertrages, dann muß es schlimm stehen. Die niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte wirken um so nachteiliger, als die Mehrausgaben der sozialpolitischen Versicherungs-Gesetze die Landwirtschaft sehr erheblich belasten.

Bei dem Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich u. s. w. sind die Vertreter der Landwirtschaft gar nicht gehört worden. Das hat der Reichskanzler 1891 bei der Debatte über die Handelsverträge ausdrücklich anerkannt. Daß die Industrie nicht glücklich über die Handelsverträge ist, hat Herr Bopelius neulich ausgeführt. Die Landwirtschaft hat durch die Öffnung der Grenze die Viehseuchen bekommen, es herrscht Mangel an Arbeitern, die Aenderung des Unterhaltungswohnstätten-Gesetzes ist ausgeblieben, die neue Landgemeindeordnung, alles das hat Grund zur Unzufriedenheit in den ländlichen Kreisen gegeben.

Die Begünstigung der unteren Volksklassen und die Misachtung des Mittelstandes macht ebenfalls böses Blut. (Sehr richtig! rechts.) Unzufriedene hat es immer gegeben. Geschimpft ist in Preußen immer worden. Aber ob es wohlgehen ist, eine königstreue Bevölkerung durch gesetzliche Maßnahmen ohne zwingende Noth noch unzufriedener zu machen, stelle ich anheim.

Ich habe Stimmen gehört, die mich stuhlig gemacht haben. Ein alter Bauer hat mir gesagt, die Regierung müßte doch endlich ein Einsehen haben. Das ist heutzutage sehr schwer. (Weiter! rechts.) Es ist schlimm, daß man so etwas hier sagen muß. Für den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien wurden auch politische Gründe geltend gemacht; wie weit die Worte des Reichskanzlers, daß wir unsere Verbündeten stärken müßten, auch auf Rußland passen, weiß ich nicht. Erfahrene Männer haben mir gesagt, daß durch den Handelsvertrag mit Rußland unsere Stellung eine viel schlechtere als früher werden würde.

Ich bitte Sie, den Antrag des Herrn v. Dziembowski, über den namentlich abgestimmt wird, einstimmig anzunehmen.

Von dem Abg. v. Gynern und Genossen ist folgender Zusatzantrag zum Antrag v. Dziembowski eingegangen:

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, vor und bei Abschluß von Handelsverträgen sich mit den Interessenten und Sachverständigen der Landwirtschaft und Industrie in ausreichender Verbindung zu setzen.

Auf Antrag des Abg. Rickert verliest der Referent v. Bredow den Wortlaut der Petition.

Abg. Arendt (L.): Zu meinem Antrage gab mir u. a. die Haltung des landwirtschaftlichen Ministers Anlaß, der sich hier auf eine Debatte über den russischen Handelsvertrag nicht einlassen wollte. Diese Zurückhaltung der Regierung, die eine Aenderung ihrer Haltung bedeutet, hat große Unzufriedenheit unter den Landwirthen erzeugt. Der frühere landwirtschaftliche Minister Dr. v. Lucius führte eine ganz andere Sprache. Wenn ich meinen Antrag zurückgezogen habe, so geschah es nicht, um einen Rückzug anzutreten, ich bin vielmehr der Ansicht, daß der neue Antrag sich vollständig inhaltlich mit dem meinigen deckt. Es steht zu befürchten, daß es bei den Unterhandlungen mit Rußland bei uns geht wie bei Oesterreich. Rußland hat eine Papierwala, deren Schwankungen leicht das ausgleichen können, was Zollherabsetzungen uns Vortheil bringen. Ein Unterhändler soll erklärt haben, er könne einen Zusammenhang zwischen Zollvertrag und Valuta nicht erkennen (Hört!). Es sollen politische Gründe maßgebend sein. Wird Rußland seine Truppenmassen von der Westgrenze zurückziehen? Es kommt aber noch auf etwas anderes an. Wenn das Deutschland und die evangelische Kirche in Rußland verfolgt werden, dann muß Deutschland sich wohl darum kümmern. Ich muß immer lachen, wenn ich die offizielle Presse lese, die mit einem Auge weint, mit dem andern lacht; der Handelsvertrag soll den Frieden befestigen, und daneben wird immer der Krieg nach zwei Fronten als unausbleiblich hingestellt.

„Erläutert mir, Graf Oerding, diesen Zwiespalt der Natur!“ Die Ermäßigung der Zölle müssen die Steuerzahler schwer büßen. Deshalb wage ich, daß wir abwarten müssen mit dem Abschluß des Vertrages. Die Petition geht von Sachsen aus, also von einer Provinz, wo der Großgrundbesitz nicht vorherrscht. Ich weiß, daß die heftigsten Bauern derselben Ansicht sind. Es ist eine Lüge, daß die Agrarier für ihre Bereicherung arbeiten; sie arbeiten für ihre Existenz und die Existenz der Landwirtschaft hat ein allgemeines Interesse. Trotzdem die Demokratie in Frankreich herrscht, besteht zum Schutze der Landwirtschaft ein hoher Getreidezoll, von dem bei Verhandlungen mit anderen Staaten nicht abgesehen wurde. Ohne Aenderung der Verhältnisse wird keine gründliche Besserung eintreten. Die Zufriedenheit der Bevölkerung ist in Schwanden begriffen und die guten Finanzen werden auch untergraben dadurch, daß man die Grundlage des Staats, die Landwirtschaft, vor den Kopf stößt. Wer sehen will, der erkennt, daß Sturmzeichen vorhanden sind und ich möchte die Regierung bitten, diese Sturmzeichen zu beachten. Deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Ich muß Versicherung dazugeben einlegen, daß aus der Unzufriedenheit

der Landwirthe irgend etwas folgen könnte, was die Wehrhaftigkeit des Reichs beeinflussen könnte. Ich halte das für eine Beleidigung der Landwirthe. (Lebhafter Beifall.) Die Grundlage des Deutschen Reichs ist die Einheit des Zolltarifs. Es ist bedenklich, wenn ein Einzel-Landtag sich durch seine Beschlüsse in Gegensatz stellt zur Handels-Politik des Reichstages. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Diese Grenze wurde überschritten durch den Antrag des Vordemers. Deswegen war der Finanzminister vollständig im Recht, als er sich gegen diesen Antrag aussprach. In solchen Verhandlungen über Reichsangelegenheiten kann sich die Regierung nicht betheiligen. Der neue Antrag ist aber ein wesentlich anderer, und es ist vergebliches Bemühen, den früheren und jetzigen Antrag gleich zu stellen. (Widerspruch rechts.) Die Regierung ist sich bewußt, daß sie die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft vollständig wahrnimmt. Wenn Sie diesem Wunsch aber besonderen Ausdruck geben wollen, so hat die Regierung keinen Anlaß, diesem Antrage zu widersprechen. Was den Inhalt der Petition angeht, so kann, ich einer feststehenden Praxis folgend, wegen der schwebenden Verhandlungen auf die Einzelheiten nicht eingehen. Ich würde es erwünscht finden, wenn dieser Grundfatz auch hier befolgt würde. Ich sage das nicht, weil ich dem Hause das Recht befehlen wollte, über diese Dinge zu sprechen. Aber solche Verhandlungen führen zu Erörterungen, die für die Verhandlungen gänzlich sind. Sonst werden Sie uns bereit finden, zu verhandeln über die Beschwerden der Landwirtschaft, nicht bloß mit warmem Herzen, sondern auch mit dem vollen Bestreben, da zu helfen, wo es noththut.

Inzwischen ist ein Antrag v. Dziembowski eingegangen, sowohl in dem Antrage v. Dziembowski als in dem Antrage v. Gynern an Stelle der Worte: „Landwirtschaft und Industrie“ zu setzen: „Landwirtschaft, Gewerbe und Handel“.

Ferner ist vom Abg. Seer ein Antrag eingegangen: „Die Regierung möge auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien hinwirken, durch welchen dem deutschen Spiritus das verlorengegangene Absatzgebiet wiedergewonnen wird.“

Abg. v. Erffa (kon.): Die Regierung wird nicht befehlen können, daß sich schon schlechte Erfahrungen aus dem österreichischen Handelsvertrag gezeigt haben. Dieser Vertrag ist allerdings an der jetzigen Preislage des Getreides nicht allein schuld, aber er trägt mit die Schuld neben andern Verträgen. Was hätte denn auch sonst die Nebewendung von den Opfern, die die Landwirtschaft bringen mußte, bedeutet? Rußland hat seit 1888 durchschnittlich 80 pCt. der deutschen Einfuhr an Roggen geliefert, ist das nicht ein gefährlicher Zustand, der Vorsicht beim Abschluß dieses Handelsvertrages verlangt? Die Unzuverlässigkeit, die sich jetzt elementar bemerkbar gemacht hat, wollen wir in konservativen Bahnen lenken; aber eine solche Bewegung können wir nicht ignorieren; sie verdient auch die Beachtung der Regierung. Die Auslassungen des Herrn Bopelius zeigen, daß auch die Industrie nicht zufrieden ist. Den Antrag des Herrn von Gynern kann ich daher nur mit Freude begrüßen. Ich bitte um neuen Antrag anzunehmen, den Antrag Rickert abzulehnen.

Abg. von Schaffka (Zentrum): Die viel gerühmte Festsetzung des Zolles ist gerade ein Fehler. Er ist nur nach oben hin festgelegt, eine gesunde Entwicklung des Zolles ist ausgeschlossen; aber nach unten hin ist er nicht festgelegt. Es kommt nur darauf an, welche Wirkung die Höhe derjenige haben wird, welche über die Wertheuerung schreiben. Ich verrete seit Jahren die Ansicht, daß wir noch immer nicht dahin gekommen sind, daß der Zoll irgend welche Einwirkung auf die Preise gehabt hat. Ob der Zoll 8 1/2 M. oder 5 M. beträgt, macht für den Preis nicht viel aus. Ein Zoll ist nur wirksam, wenn er die Verhältnisse der Valuta ausgleicht, sonst ist er nur ein Finanzzoll, der die Reichskassette füllt. Wenige Monate nach Einführung des Künzmarkts hatten wir die aller niedrigsten Preise, weil der Handel 169 stand. Heller Jubel entstand darüber, daß Oesterreich zur Goldwährung überging; der Jubel hat sich in Trauer verwandelt, denn es ist eine weitere Depression des Silbers erfolgt, und der Import wird dadurch erleichtert. Rußland soll die Unsicherheit haben, den Rubelkurs zu stabilisieren. Das klingt sehr schön; aber was soll stabilisiert werden, das Gute oder das Uebel? Wenn der Rubelkurs 300 steht, brauchen wir keine Zölle. (Sehr richtig! rechts.) Der Ministerpräsident hat sich gewundert, daß man diese Dinge mit der Militärvorlage in Zusammenhang gebracht hat. Aber wenn der Landwirtschaft neue Opfer für die Militärärzte zugemuthet werden, dann darf die Regierung in demselben Augenblicke nicht eine Blutabspaltung vornehmen. Denn die höchsten Ideale schwinden, wenn die Noth eintritt. (Zustimmung rechts.)

Abg. von Kardorf (H.): Ein Beweis für den Nothstand der Landwirtschaft ist die Entvölkerung der östlichen Provinzen, ein zweiter Beweis ist der Rückgang der Domänenpacht-Preise bis zu 30 pCt. Es wird gesagt, die Kapitalisten seien auch geschädigt; der Zinsfuß sei auch zurückgegangen. Wer das sagt, zeigt, wie wenig er von der landwirtschaftlichen Noth begriffen hat. (Sehr richtig! rechts.) Wie man eine Bevölkerung wirtschaftlich vollständig zu Grunde richten kann, haben wir an Irland gesehen, welches eine größere und wohlhabendere Bevölkerung hatte als jetzt. England hat das Land durch Freihandel und Goldwährung ruinirt. Ich möchte nicht, daß wir die östlichen Provinzen den Weg Irlands gehen lassen. (Zustimmung rechts.) Unser Mißtrauen gegen den Abschluß der Handelsverträge wird jetzt allseitig getheilt. Was haben wir seitens der Regierung des neuen Kurzes alles gegen die Landwirtschaft erlebt? Erleichterung der Grenzperre, welche die Einschleppung der Seuchen mit sich brachte; die Freigabe der amerikanischen Erzeugnisse; die Aufhebung der Rübenzucker-Exportprämien, wozu man Oesterreich nicht veranlaßt hat. Oesterreich und Frankreich haben ihre Prämien aufrecht erhalten und machen jetzt dem deutschen Zucker auf dem Weltmarkt Konkurrenz. Man scheint in den höheren Instanzen die Verhältnisse nicht recht zu kennen. Daraus haben wir uns entschieden vertheiligt gegenüber dem Fürsten Bismarck, der kannte das deutsche Land für unsere Seehäfen und auch für die Industrie kann der Handelsvertrag manchen Vortheil bringen, aber wenn er nicht ruinirt werden soll, müssen entweder zu den Zölle bei sinkender Valuta Zuschläge erhoben werden, oder Rußland muß eine Regelung seiner Verhältnisse vornehmen, aber in ehrlicher Weise eintreten lassen. Die Oesterreicher haben sich durch ihre Regelung der Valuta eine Exportprämie von 15 pCt. ohne weiteres gesichert. (Hört! rechts.) Wenn es möglich wäre, bezüglich der Spiritus-Exportprämien eine Garantie zu finden, so würde das sehr zweckmäßig sein; es wird aber schwierig sein, das zu erreichen. Namentlich aber müssen unsere Delegirten auf einer neuen Münzkonferenz eine andere Haltung annehmen als bisher. Gerade unsere Delegirten haben aber die feindlichste Stellung dem Silber gegenüber eingenommen. Die Zeit selbst drängt dazu, daß das Silber wieder in sein Recht eingesetzt werde. Ich möchte auf die Vorgänge im westfälischen Kohlenrevier verweisen, denn die Kohle aus Oberschlesien wird vielleicht bei dem Handelsvertrage mit Rußland eine große Rolle spielen. Es bildet sich in Westfalen ein Kohlenring, größer als je. Die Gefahr dieses Ringes wird vergrößert, wenn die ober-schlesische Kohle den Export nach Rußland gewinnt. Dann wird unbedingt ein Streit stattfinden; wie leicht ein solcher Streit ins Leben zu rufen ist, haben Sie im Saarrevier gesehen.

Die neue landwirtschaftliche Bewegung kämpft nicht für ein wirtschaftliches Interesse, sondern für ihre Existenz. Wenn der Ministerpräsident seinem Vertrauen Ausdruck gegeben hat, daß die nothwendigen Hearsausgaben bewilligt werden, so kann ich auch sagen: Die treue monarchische Gesinnung ist noch die alte; aber es giebt ein Stadium der Noth, wo die Leistungsfähigkeit aufhört. Wenn es sich um die Frage handelt: Soll die Goldwährung oder die deutsche Landwirtschaft aufrecht erhalten werden, so ist mir die Landwirtschaft doch mehr werth. Ich hoffe, daß die Staatsregierung diese Frage sehr ernsthaft zu Herzen nimmt und nicht mehr von dem rein mancherseitlichen Standpunkte aus betrachtet; der zu meinem Bedauern beim Reichshausamt immer noch herrscht.

Abg. Enccerus (ntl.) wendet sich zunächst gegen Angriffe des Abg. Arendt auf die nationalliberale Presse. Wenn ein Unterschied in der Beurtheilung der Angelegenheit besteht, so liegt er darin, daß bei den Nationalliberalen der kleinere und mittlere, bei den Konservativen meist der große Grundbesitz vertreten ist. Aber bei gemeinsamen und berechtigten Interessen werden wie gemeinsam vorgehen. (Hört! rechts.) Die ausgiebige Wahrung der Interessen der deutschen Industrie und Landwirtschaft ist auch unser Wunsch.

Abg. v. Münigerode (L.): Von der Reichsregierung ist die Verbilligung der Volksernährung als Grund der Ermäßigung der Getreidezölle angeführt worden. Die Erfahrungen liegen ja nun reichlich genug vor. Den hohen Preisen von 1891 sind die niedrigen Preise von 1892 gefolgt. Ist denn eine Verbilligung des Brotes eingetreten? Da hat man den Beweis, daß billige Getreidepreise noch lange nicht billige Brotpreise garantiren. Der Landwirtschafts-Minister sprach von der Verschuldung der Landwirthe und von dem Arbeitermangel. Die Verschuldung ist allgemein bekannt, der Arbeitermangel ist namentlich dadurch herbeigeführt, daß die niedrigen Preise nicht die Zahlung hoher Löhne gestatten, wie sie verlangt werden. Deshalb muß auf die Beibehaltung des Zollschutzes bestanden werden. Die Gruppe von Herren, welche mit Rußland verhandelt, scheint mehr internationale als nationale Ziele dabei zu verfolgen. (Zustimmung rechts.) Nach den Auslassungen des Herrn v. Marschall gilt der Konventaltarif als Basis. Damit ist also die Landwirtschaft von vornherein preisgegeben. Das hat die Landwirtschaft beunruhigt und erbittert. Was uns bevorsteht, zeigt die Bestrebungen in Rußland, das Zwanzigmärkchen in seinem Werthe herabzubrüden. Danzig und Königsberg haben kein so großes Interesse an Rußland. Beide Städte haben ein genügendes Hinterland. Sie sollten nicht einer Taube nachlaufen und den Sperling mitschleppen. Ihr Hinterland ist ihnen lieber, der Verkehr mit Rußland ist ungewiß, namentlich wegen der Verhältnisse. Den offenfundigen Verhältnissen gegenüber sollen wir schweigen. Ausgepowert! das war das richtige Wort, welches der Reichskanzler in die Welt schleuderte, als er die Schutzoll-Politik einleitete. Wenn früher der Getreidezoll von 1 M. als Kompensationsobjekt Oesterreich gegenüber die Rede war, so muß ich bemerken, damals gab es keine Schutzölle, sondern nur Zinzanzölle. Keinem Menschen ist es aber je eingefallen, die Schutzölle als Kompensationsobjekt zu betrachten. (Zustimmung rechts.) Deutschland für Deutschland und kein Tummelplatz des Auslandes. Jetzt scheinen wir vor einer Rückwärtsentwicklung zu stehen. Der Reichskanzler hat von dem Beunruhigungsbazillus gesprochen. Ist die weitere Verbilligung dieser Handelspolitik etwa ein Beunruhigungsbazillus? (Weiterheit.) Ich bedauere, daß das Haus es verlangt hat, nicht hier ist; ich würde ihn persönlich fragen: Sie wollten dem Bande die Last der Getreidezölle auch weiter auferlegen und trotzdem ein neuer Handelsvertrag? Wir wollen der Regierung deutlich machen, was wir wirtschaftlich und finanziell für nothwendig halten. Wir wollen ausgiebigen Schutz der Landwirtschaft und der Industrie Rußland gegenüber. Der Antrag Rickert auf Tagesordnung bezeichnet eheich und knapp, was die Landwirtschaft von den Preisfällungen zu erwarten hat. (Zustimmung.) Eine Modifikation dieses Antrages ist nicht mehr nöthig.

Wenn nach der Zivolversammlung schon bekannt gewesen wäre, wie die Landwirtschaft sich jetzt zum russischen Handelsvertrag stellen, dann wäre das Anatomia über die Agrarier vielleicht damals verhängt worden. Wenn man so etwas erlebt, dann muß man sagen: Wer die Zügel des Regimentes fährt, der muß auch die Zeichen der Zeit erkennen; was nennt man regieren! (Beifall rechts!) Wir stehen vor schweren Zeiten und müssen immer wieder die Frage aufwerfen: Wenn nicht der russische Handelsvertrag, wenn nicht die anderen Handelsverträge? Der landwirtschaftliche Minister sagt, wir sollen tragen, was uns auferlegt ist. Wir wollen uns aber nicht mehr auferlegen lassen, wir wollen nicht auf zehn Jahre unter diese Lastpunkte, aus der wir nicht wegkommen können. Wir sind keine Fatalisten, sondern Vertreter einer sehr guten Sache; der Interessen des thalträchtigen deutschen Landmannes, der nicht mehr willens ist, sich stillschweigend scheeren zu lassen. Daß es sich dabei um das Wohl und Wehe der Landwirtschaft, Preußens und des Reichs handelt, darüber ist unter Wissenden kein Zweifel. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Szmulia (Z) weiß darauf hin, daß der Arbeitermangel, wenn auch nicht allein, so doch zum Theil von den Polenauweisungen herrührt. Die Maßnahmen, welche getroffen sind, reichen nicht aus, der Minister ist darüber nicht informiert. Er meint, die Arbeiter, welche über die Grenze kommen, müßten am 1. November zurück, weil dann die Sachseingänger zurückkommen. Aber die Sachseingänger verjahren erst ihre Ersparnisse, wenn sie zurückkommen und treten nicht gleich in Arbeit. Die Zulassung der Arbeiter von jenseits der russischen Grenze macht viele Schrecken mit dem Landratsamt. Von dem österreichischen Handelsvertrage haben allerdings die Industriellen in Oberschlesien wenig Vortheil gehabt, eher Nachtheile: denn die Zollermäßigung ist eine so geringe, daß die Ausfuhr deutschen Eisens nach Oesterreich nicht möglich ist. Etwas anderes wäre es, wenn die Kohlenpreise für unsere Industrie heruntergesetzt würden; darauf ist aber der Handelsminister nicht eingegangen. Wenn die ober-schlesische Eisenindustrie nicht vollständig erlahmen soll, müssen wir ihr die russische Grenze öffnen, allerdings unter Schonung der Interessen der Landwirtschaft. Wir werden dem Abschluße eines Handelsvertrages zu widerstreben nicht im Stande sein, schon damit die Gefahr aufhört, daß man bei Ueberkreuzung der Grenze angeschlossen wird.

Minister v. Berlepsch: Aus den Aeußerungen des Vordemers werden Sie wohl entnehmen haben, daß die Stimmung der deutschen Industrie doch keine so ablehnende ist, wie man hier hat glauben machen wollen. Die Stimmung hängt los von dem eigenen Interesse ab. Daß die ober-schlesische Industrie ein anderes Interesse an dem russischen Handelsvertrage hat als die Industrie, welche nach Süddeutschland oder England ihre Waare absetzt, ist selbstverständlich. Davon wird auch das Opfer abhängen, welches man dabei Anderen zumutet. Die Frage muß richtig gestellt werden; wenn Sie fragen, ist die Industrie durchaus zufrieden, so antworte ich: Nein, und der Reichskanzler würde heute derselben Meinung Ausdruck geben

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Ich muß Versicherung dazugeben einlegen, daß aus der Unzufriedenheit

Es wäre und lieber gewesen, mit mehr Gewinn vor Sie hinzutreten und mit weniger Konzeffionen unsererseits. Aber die Handelsverträge waren so nicht zu haben gewesen (Anruhe rechts). Als die Handelsvertrags-Verhandlungen begannen, hat eine eingehende Befragung stattgefunden. Einundzwanzig der ersten Vertreter der Industrie habe ich bei mir versammelt gehabt. Sie haben einstimmig geantwortet, die deutsche Industrie bedürfe in ihrer jetzigen Lage unbedingt des Exports, ohne welchen sie nicht mehr existieren könne. Dazu brauchte sie die Handelsverträge. Es wurden Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz verlangt. Bei dieser Versammlung wäre es unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, wenn die Herren damals der Landwirtschaft keine Opfer auferlegen wollten. Die Herren haben damals ihre eigenen Interessen vertreten. Daß die Herren der Meinung waren, daß die Interessen der Landwirtschaft möglichst wenig geschädigt werden sollen, halte ich für ganz selbstverständlich. Die Industrie wird nicht allgemein der Ansicht sein, daß die Zollherabsetzung um 1,50 M. die deutsche Landwirtschaft so schädigt, daß die Industrie auf den durch die Herabsetzung erlangten Vorteil verzichten müßte. Wenn wir vor demselben Tarife wie 1891 ständen, würde die Industrie heute wohl dieselbe Stellung einnehmen, wie damals. Herr Arendt hat es so darzulegen wollen, als wenn die ganze Industrie unzufrieden sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Zollreduktionen werden den Export schließlich doch fördern. Die Vorwürfe gegen die Regierung sind unredlich.

**Abg. Meyer-Berlin (Ofr.):** Es ist seit einer Reihe von Jahrzehnten ein Bedürfnis des deutschen Volkes, mit Rußland in lebhafter Handelsbeziehung zu kommen als bisher. Als Sekretär der Handelskammer in Breslau ist es vor 25 Jahren eine meiner Hauptaufgaben gewesen, immer von neuem die Nachteile zu schildern, welche durch das handelsfeindliche Vorgehen Rußlands entstehen. Ein Herr, der nachher für die Schutzzölle eintrat, entwarf damals Zeichnungen, Karten und Karikaturen, in denen er die schlechte Lage der östlichen Provinzen schilderte. Alle bisherigen Bestrebungen scheiterten an dem Willen der russischen Regierung. Zur Zeit der Hochfluth der westeuropäischen Handelsverträge machte diese Bewegung Halt an der Grenze von Rußland. Jetzt sind wir dahin gekommen, daß die russische Regierung geneigt ist, in Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten, und wenn nun der Ruf erschallt: Keinen Vertrag mit Rußland! so liegt doch eine Situation vor, auf die der Name „Faschingschmerz“ nicht mit Unrecht angewendet werden kann. (Lachen rechts.) Ich bin überzeugt, daß Ihr Ansturm auf die Regierung scheitern, daß die Regierung im Reichstage obliegen wird. Die Regierung thut in dieser Sache nicht was sie will, sondern was sie muß, was ihr von der Nothlage der Verhältnisse aufgedrängt wird. Wir müssen wieder zu anderen handelspolitischen Beziehungen kommen. Den Werth des österrichischen Handelsvertrages darf man nicht erweisen nach dem positiven Nutzen den er gebracht hat, danach dürfte er wenig Nutzen gebracht haben (Hört! rechts); ich messe den Nutzen danach, welchen Schaden er verhindert hat, wenn Handelsverträge nicht zu Stande gekommen wären. Am 1. Februar 1892 lief eine Reihe von Handelsverträgen völlig ab, und im Laufe des Jahres hätten sich weitere Verträge diesem Ablauf angeschlossen. Europa wäre in den Zustand völliger Vertragslosigkeit hineingerathen, bei welcher von Export keine Rede mehr sein konnte. Die Regierung mußte deshalb die Verhandlungen einleiten. Deshalb sagen wir von unserem Standpunkt: Die Regierung hätte viel mehr Kommissionen machen können, um dafür viel mehr Konzeffionen zu erhalten. Daß ihr gewisse Konzeffionen gewährt worden sind, zeigt von großer diplomatischer Geschicklichkeit, und ebenso groß ist die Geschicklichkeit, mit welcher Rußland von seinem ablehnenden Standpunkt abgebracht ist. Parlamentarische Gewohnheit ist es, über schwebende Verhandlungen nicht zu sprechen, namentlich haben die Oppositionsparteien in England stets diese Gewohnheit befolgt. Wir unterdrücken unsere Bedenken, Sie (rechts) machen den ersten, aber erfolglosen Versuch, die Verhandlung zu fördern. Deshalb haben wir den Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt; den einzigen den wir annehmen können. (Beifall links.)

**Abg. Lehmann (Z.)** erklärt sich für den Antrag Dzienbowski. Darauf wird um 4 Uhr die weitere Beratung bis Donnerstags 11 Uhr vertagt.

32. Sitzung vom 16. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Berlepsch, v. Heyden.

Das Haus setzt die Beratung der Petition des Zentralsvereins der Provinz Sachsen gegen den russischen Handelsvertrag und die dazu vorliegenden Anträge fort. Nach einer persönlichen Bemerkung gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage führt

**Abg. Schmidt (natl.)** aus: Deutschlands Zustände erinneren an den Versuch Rom's. Die großen Städte, namentlich die Hauptstadt, wachsen übermäßig an, daneben besteht eine Entvölkerung des platten Landes, welche der Landwirtschaft zum Schaden gereicht. Die Konkurrenz, welche die Provinzen Italien machten, wird heute von fremden Getreideländern der deutschen Landwirtschaft gemacht; sie kann diese Konkurrenz nicht aushalten und muß im Interesse der Staatserhaltung geschützt werden. Der Schutz darf aber nicht hinausgehen über das, was zur Aufrechterhaltung einer gesunden Landwirtschaft notwendig ist; geht der Schutz darüber hinaus, dann liegt die Gefahr einer radikalen Umänderung nahe. Dann folgt bei hohen Preisen die Suspension der Zölle, und die Suspension dehnt sich schließlich so weit aus, daß sie der Aufhebung gleich kommt. Der Zoll ist ausreichend, und die Klagen der Agrarier sind unberechtigt. Hat nicht die Steuerreform die Absicht, die Doppelbesteuerung der Landwirtschaft zu beseitigen? Freilich ist dabei eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften neu eingeführt worden. Die Angriffe gegen das Kohlenyndikat sind unberechtigt; das Syndikat ist kein Ring, der die Preise werfen oder übermäßig steigern will, sondern es soll die Produktion der Konsumtion angepaßt, jede Schwankung vermieden und ein Mittelpreis festgehalten werden. Geradezu verwunderlich ist die Annahme des Herrn v. Kardorff, daß das Syndikat den Streik befördere; Streiks entstehen bei Haufe und Waiffe der Montanwerthe an der Börse, die Preisschwankungen veranlassen die Arbeiter zum Ausstände, Mittelpreise sichern auch den Arbeitern einen ständigen Lohn und dauernde Arbeitsgelegenheit. Bei den früheren Handelsverträgen ist auch die Industrie nicht ausreichend befragt worden. Deutschlands Position ist eine gute, es braucht auf den Abschluß eines Vertrages nicht zu drängen, sondern es kann warten. (Zustimmung rechts.)

**Abg. Schmidt-Gröben (Zentr.):** Wenn das Haus zu einem Beschlusse auf Grund der vorliegenden Anträge komme, dann werde die Regierung denselben beachten müssen, auch wenn es sich hierbei um eine Reichsfrage handle. Einem Handelsvertrage mit Rußland an sich kann die Landwirtschaft sich nicht widersetzen, sie kann nur die Berücksichtigung ihrer Interessen verlangen.

**Abg. Wittinger (natl.)** giebt zu, daß die Regierung sich stetig in Fühlung mit der Industrie gehalten habe. Aber die Vertreter der Regierung seien nicht immer genügend informiert gewesen über Verhandlungen, welche die Regierung mit einzelnen Industriellen führte über Klagen, deren Berücksichtigung die Regierung anerkannte.

**Minister v. Berlepsch:** Der Vorredner scheint nicht zu überzeugen zu sein, daß genügende Informationen eingeholt sind; er möge sich in meine Bureau's bemühen, es wird ihm dort Material vorgelegt werden, mit dem er länger als acht Tage zu thun haben dürfte. Wir können doch nicht von jeder einzelnen Handelskammer für jeden einzelnen Betriebszweig einen Sachverständigen er-

nennen; da könnte jedes Mal ein kleines Parlament zusammenberufen werden.

**Abg. Dr. Ritter (L.)** bestreitet, daß der Antrag von Dzienbowski denselben Inhalt habe wie der Antrag Arendt, und bekämpft den Antrag Brömel, wonach auch der Handel befragt werden solle; dadurch würde der ohnehin schon übermäßige Vorienhandel Einfluß gewinnen. Die Bedenken gegen den Abschluß von Handelsverträgen werden ziemlich allgemein in allen landwirthschaftlichen Kreisen und auch in industriellen Kreisen getheilt. Der Landtag vertrete die Intelligenz des Landes besser als der Reichstag, dessen Wahlsystem nicht die nöthigen Garantien biete. (Sehr richtig! rechts.) Geschadet hat der Handelsvertrag mit Oesterreich nicht, aber auch nichts genützt. Ein Schaden ist dadurch indirekt eingetreten, daß die Landwirtschaft die Industrie begünstigt glauben und daß kein Zusammengehen bei den Wahlen mehr stattfindet. Redner hält die Militärvorlage für eine Nothwendigkeit und befristet deren Annahme, aber gerade deswegen müsse die Landwirtschaft aufrecht erhalten werden. An den Handelsminister richtet Redner die Frage, in wie weit früher und jetzt die Landwirtschaft über die Handelsverträge gehört worden sei.

**Abg. v. Gynern (natl.)** erklärt, daß er mit seinem Änderungsantrage nicht beabsichtigt habe, dem Vorienhandel einen besonderen Einfluß zu verschaffen. Auf die schwebenden Verhandlungen brauche man nicht so sehr Rücksicht zu nehmen. Diese parlamentarische Gepflogenheit sei auch in England längst außer Achtung gekommen. Wenn Herr Meyer-Berlin sich in diese parlamentarische Tugend-Loga hält, so hat er vergessen, daß die freisinnige Agitation gegen die Getreidezölle zur Zeit der Verhandlungen mit Oesterreich in diese Loga ein großes Loch gerissen hat, sodas man die Wabelstrümpfe dadurch sieht. (Heiterkeit.) Wer durch einen Handelsvertrag geschädigt ist, der klagt laut, wer aber Vortheile hat, der schweigt still. (Sehr richtig! links.) Deshalb wird man über die Wirkungen eines solchen Vertrages niemals authentische Mittheilungen erlangen können. Daß Altan im Handelsministerium in großer Hülle vorhanden sind, ist wohl anzunehmen; allein damit ist noch nicht die Sicherheit gegeben, daß alle Interessenten genügend befragt sind. Es fehlt aus unseren Beamten die nöthige Vorbildung; sie sind immer aus den Kreisen der Juristen, die vom Leben nichts verstehen. Industrie und Landwirtschaft müssen immer Hand in Hand gehen; wir wollen nicht die Klagen der Landwirtschaft mit dem Schlagwort Agrarier beseitigen, aber wir wollen die Ursache der Klagen untersuchen. Die Landwirtschaft hat schon schlechtere Zeiten gehabt, wie aus dem Ansturm von Fritz Reuter's „U mine Stromtid“ zu ersehen ist. Gute und schlechte Zeiten wechseln ab, wie bei der Industrie. Die Wanderung der Arbeiter vom Osten nach dem Westen macht der Industrie im Westen durchaus kein Vergnügen. Denn das Mehrangebot von Arbeitern fördert nur die Ausbeutung der Massen. Die Regierung, als die größte Unternehmerin, könnte hier helfen. Das Sparmaßregeln des Finanzministers führt zur Einschränkung der Betriebe, die nach einiger Zeit einem schwindelhaften Aufschwung Platz macht, wodurch die Arbeiter wieder angeleitet werden. Wenn die Landwirtschaft über die Lasten der sozialpolitischen Befragung klagt, so können wir hoffen, daß man endlich den herrschenden Humanitätsdünkel ausgeben und sich bei den bestehenden Einrichtungen begnügen lassen wird. Der Staat kann nicht für jeden Einzelnen sorgen (Sehr richtig! rechts.) Deshalb ist auch das Musterinstitut in Saarbrücken nach dem ersten Anlauf feilgeschlagen. Die Landwirthe sollten den Bimetallismus nicht zum Gegenstand der Agitation machen. Wenn Herr Arendt Finanzminister würde, so würde er bei den ersten Schritten der Ausführung seiner Theorien Antimetallist werden. (Zuruf Arendt's: Abwarten!) Der Zoll von 3,50 M. ist doch im Verhältniß zum Preise hoch genug; ein höherer Zoll könnte bei steigendem Preise dem Ansturm des Volkes gegenüber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden. Alle Industrien und auch die Landwirtschaft haben ein erhebliches Interesse an Handelsverträgen; aber wir brauchen uns nicht wegenzuwerden. Deutschland ist stark genug, um abzuwarten zu können, daß die anderen Staaten an uns herankommen. In diesem Sinne möchte ich die Verhandlungen mit Rußland geführt wissen. (Beifall.)

**Abg. Brömel (Ofr.):** Daß Deutschland sich an Rußland fortwähnt, ist nicht zu befürchten; das erste Anerbieten zu solchen Verhandlungen ist von Rußland ausgegangen. Das Haus sinkt zu einem Debattirklub herab, wenn es sich mit allen Fragen beschäftigen will, die hier angeregt werden, ohne daß es zu einem Ergebnis kommt. Warum stellt dem Herr von Kardorff seinen Antrag auf Einführung des Bimetallismus? Wir haben in die Verhandlungen mit Oesterreich nicht eingegriffen durch einen Angriff. Der Reichskanzler, der damals noch Ministerpräsident war, kam aus eigener Initiative hier in das Haus, um gegenüber der Bewegung, welche sich damals im Lande gegen die Getreidezölle bemerkbar machte, die Entschickungen der Regierung kundzugeben. Erst darauf hin haben wir den Antrag gestellt, die Regierung möge das Material für ihre Beschlüsse dem Hause vorlegen. Der heute vorliegende Antrag wird von jedem anders gedeutet; die einen sehen ihn als eine Waffe gegen den russischen Handelsvertrag, die anderen halten den Antrag für geeignet, den Vertrag zu fördern. Trotzdem die Agrarier eine Ermäßigung der Getreidezölle Rußland gegenüber nicht wollen, hofft Herr v. Gynern noch, daß die Landwirtschaft mit der Industrie Hand in Hand gehen werde! Das heißt eine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wegen einen Handelsvertrag mit Rußland sind nur ganz allgemeine Bedenken geltend gemacht worden. Wenn der Zollschuß auf die Tonne um 20 Mark ermäßigt wird, so muß man bedenken, daß die größere Menge der Ernte doch auch Vortheile bringt. Am interessantesten ist die Weithode der Agitation. Seitdem Herr Arendt gesagt hat, Klagen hilft nicht mehr, wir müssen schreien, seitdem wird hier geschrien möglichst laut! (Heiterkeit.) Man darf sich nicht wundern, wenn nun auch die anderen wirthschaftlichen Gruppen sich zusammenschließen.

**Abg. Graf Limburg-Sturum (L.):** Wenn wir eine untergeordnete Rolle spielen, wie stimmt es damit überein, daß alle unsere Worte im Reichstage beachtet werden, daß man daraus reagiert? Die Sache liegt so, daß unsere Verhandlungen hier ein sehr schweres Gegengewicht gegen Ihre (nach links deutend) Stellung im Reichstage bilden! (Zustimmung rechts.) Das ist Ihnen unangenehm. Die agrarische Bewegung ist hervorgerufen mit einer Unwissenheit, die uns selbst überrascht hat. Ihnen vom Freisinn muß nach und nach angst und bange werden bei der Sache, und es wird Ihnen klar werden, welchen Fehler Sie begangen haben, daß Sie den richtigen Kern der Sache nicht erkannt haben. (Zustimmung rechts.) Die Stellung der Nationalliberalen und gegenüber ist eine bessere geworden; Herr von Gynern hat nicht mehr von der vollständigen Abschaffung der Getreidezölle gesprochen. Aber Herr Cannerich hat noch den Unterschied zwischen dem kleinen und großen Grundbesitz aufrechterhalten; ich bin von Herrn Lamprecht, einem kleinen Landwirth unserer Partei beauftragt zu erklären, daß die kleinen Landwirthe sich in ihren Interessen mit uns vollständig solidarisch fühlen. Wir haben auf das Recht verzichtet, Reichsangelegenheiten hier zu besprechen, wissentlich haben wir verzichtet, weil früher der preussische Ministerpräsident der maßgebende Mann im Reiche war, und weil wir mit der Reichspolitik im ganzen und großen einverstanden waren, also schweigen konnten. Zu unserm Bedauern ist das jetzt nicht mehr der Fall (Hört! links). Beim österrichischen Vertrage ist die Landwirtschaft schlecht weggekommen, die Industrie hat keinen Vortheil gehabt. Mit Oesterreich wäre ein besserer Handelsvertrag zu erreichen gewesen (Hört! rechts). Es ist traurig, die maßgebenden Kreise den Werth der Zölle im Reichstage herabsetzen zu sehen. Für den Konsumenten ist es gleichgültig, ob der Zentner Kohle einen Pfennig mehr kostet, aber für den Produzenten hängt der ganze Gewinn davon ab. Die Landwirtschaft hat durch diesen Vertrag gelitten, die Industrie hat nichts bekommen (Zustimmung rechts). Niemand

kann mehr als ich gute politische Beziehungen mit Rußland wünschen, von Rußland trennen uns wenige politische Gründe, mit Rußland vereinigen uns aber große maßgebende Fragen. Es ist aber nicht notwendig, durch handelspolitische Abmachungen die politischen Beziehungen zu beeinflussen. Bei dem Vertrag mit Rußland wird ein gedeihliches Resultat noch viel schwerer zu erreichen sein als bei dem mit Oesterreich, denn Rußland hat keine Export-Industrie, und dazu kommen noch die russische Baluta und die Mäglichkeit, durch Tarismahnahmen die Zölle illusorisch zu machen. Ich kann an den Ministerpräsidenten unbefangene Aufforderung richten, unsere Interessen zu vertreten, umso mehr als er mit dem österrichischen Handelsvertrag nichts zu thun hatte. Ich hoffe, daß wir wieder zu normalen Zeiten zurückkommen werden, wo wir die Regierung wieder vollkommen unterstützen und hier im Landtag über den Reichstag schweigen können. Ich hoffe, daß die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag uns keinen Anlaß zu ferneren Klagen geben. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Abg. Knebel (natl.):** Für den Westen kommen die Getreidezölle nicht so erheblich in Betracht; es handelt sich bei uns mehr um den Wein- und Obstabau und um die Lohz. Die billige Einfuhr italienischer Trauben schädigt den Weinbau, denn der Weinbauer kann, wenn er den Ruf seines Weinberges aufrecht erhalten will, die Trauben nicht kommen lassen, um seinen schlecht gerathenen Wein zu verbessern, der billige fremde Wein macht aber seinem Wein Konkurrenz. Der Schutzzoll für Lohz ist aufgehoben worden; daneben sind andere Gerbstoffe in Aufnahme gekommen, so daß man den Eigenschuld-Betrieb einfach aufheben muß, was sozialpolitisch und wirthschaftlich sehr gefährlich ist namentlich in einer Gegend mit so gesplittertem Grundbesitz. Deshalb bitte ich die Regierung, auf unsere Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

Nachdem der Pole v. Jostowski für den Antrag v. Dzienbowski sich erklärt, **Abg. Seer (natl.)** für seinen Antrag wegen des Spiritusports gesprochen, erklärt

**Abg. Graf Strachwitz (Z.)**, daß er und seine Freunde für den Antrag Dzienbowski stimmen würden, aber nicht wegen seiner Begründung, sondern wegen seines Inhaltes, der sehr abweicht von dem Inhalt des Antrages Arendt, was ausdrücklich festgestellt zu werden verdiene. Der Handelsvertrag mit Rußland sei nur eine Konsequenz des Vertrages mit Oesterreich; er sei notwendig, um unseren östlichen Landestheilen den Verkehr mit Rußland zu erleichtern. Gegen die Auffassung des Reichskanzlers, daß die Getreidezölle eine Last für das Land seien, müsse entschieden protestirt werden. Von diesem Gesichtspunkte lasse sich die Regierung hoffentlich nicht leiten. Der Regelung der Viehdinfuhr sollte die Regierung aber besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Daß die Nothlage der Landwirtschaft allein den Handelsverträgen und der Regierung zugeschrieben wird, dagegen müsse er Widerspruch erheben.

Damit schließt die Debatte. Zur Geschäftsordnung erklären die **Abg. Dr. Lieber** und **von Deerevan**, daß sie für den Antrag Dzienbowski stimmen in dem Sinne, daß derselbe keinerlei Spitze gegen den Reichstag und den Reichskanzler enthalte.

Personallich bemerkt **Abg. Meyer-Berlin (Ofr.):** Herr von Gynern hat durch die Löcher meiner Loga meine Wabelstrümpfe entdeckt. Er hat falsch gesehen; ich habe niemals Wabelstrümpfe getragen und werde sie niemals tragen, weil ich glaube, mich im gewöhnlichen bürgerlichen Kleide hinreichend höflich ausdrücken zu können. Ich bin in den letzten Tagen von Herren, die dem Abg. von Gynern nahe stehen, darauf aufmerksam gemacht, wie bedenklich eine solche Tracht ist, indem sie zeigt, auf wie schwachen Grundlagen eine Erfindung ruhen kann. (Große Heiterkeit.) Ich möchte die Herren nicht beschämen. (Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag des **Abg. von Dzienbowski** mit 319 gegen 25 (freisinnige) Stimmen angenommen; die Zusatzanträge von **Gynern** und **Seer** werden gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen ebenfals angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.)

## Soziale Uebersicht.

Achtung, Gewerbegerichts-Wähler! Arbeiter! Parteigenossen!

Wie Euch bekannt ist, finden am 20. Februar von Mittag 12 Uhr bis Abends 9 Uhr die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Unsere Gegner bieten alles Mögliche und Unmögliche auf, um ihre Kandidaten in das Gewerbegericht hineinzubringen. Sie verschmähen es sogar nicht einmal, Stimmenjaug zu treiben, indem sie sich unseren unaugewählten Arbeitsbrüdern als „Arbeitsgenossen“ empfehlen. Sie gebärden sich, als ob sie wirklich die einzigen vom Kapital und Unternehmthum „unabhängigen, selbstbewußten Männer des praktischen Arbeiterlebens“ seien, wie es in dem Flugblatt heißt. Sie vergessen dabei gänzlich, daß sie es gerade von jeher waren, die dem Unternehmthum bei jedem Lohnkampfe, jeder gewerblichen Streitigkeit gegen die organisierten Arbeiter als Streikbrecher u. Handlangerdienste leisteten. Sehen wir uns doch einmal diese „unabhängigen selbstbewußten Männer des praktischen Arbeiterlebens“, die Hirsch-Dunder'schen Gewerkeleiter an, was sie bezwecken und erreichen wollen; sie stehen heute noch, wo der Kampf Aller gegen Alle, d. h. der Kampf zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden in seiner heftigsten Form tobt, auf dem Standpunkt „der Veröhnung und des sozialen Friedens“, wie sie es so phrasenhaft schön in ihrem Flugblatt zur Kenntniß aller Lesenden und Lesenden bringen. Freilich, die große Masse der Denkenden wird sich nicht mit solchen Worten und Phrasen über die wirthschaftlichen Verhältnisse hinwegtäuschen lassen; aber derartige Dinge ist das arbeitende denkende Volk längst hinweg. Es lächelt über die Thoren, die das Rad der wirthschaftlichen Entwicklung mit Worten zurückdrehen wollen; die heute noch eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen und dabei übersehen, daß diese Harmonie eine dem schwächeren Theile aufgezwungene ist. Wenn sich die Gewerkeleiter in ihrem Flugblatt nun jedoch zu dem Aussprache verstehen: „Selbstverständlich müssen die Arbeitervertreter ganze Männer, feste Charaktere sein.“ so wollen wir uns einmal die beschriebene Anfrage erlauben, wo diese „ganzen Männer“ und „festen Charaktere“ bei ihnen zu finden sind. Sind das vielleicht die ganzen Männer und festen Charaktere, die bei der geringsten Differenz zwischen Arbeiter und Unternehmthum sich sofort auf Seite der Unternehmthümer schlagen und gegen ihre „Arbeitsgenossen“ Stellung nehmen; die vor dem Unternehmthum lagduckeln und niebeugen, wenn er in dem Bewußtsein seiner Macht am Arbeitsverhältnisse willkürliche Änderungen (Lohnabzüge, Arbeitszeitverlängerung u. s. w.) einleiten läßt? Sind das vielleicht „ganze Männer, feste Charaktere“, die dann noch von der sogenannten Harmonieduselei befehl sind? Wir behaupten Nein!

Im Gegentheil, die ganzen Männer und die festen Charaktere sind wo anders zu finden: In den Lohnkämpfen der Gewerkschaften mit ihren oftmals schweren Folgen und Nachwehen, als Hunger und Arbeitslosigkeit; unter politischer Rechtsmachung und Unterdrückung, da haben sich unsere Genossen als ganze Männer und feste Charaktere bewährt. Hier sind alle die zu

finden, die den Muth haben, für die Interessen ihrer Klasse einzutreten. Darum, Arbeiter Berlin, laßt Euch nicht betören von schönen Worten, denkt wohl darüber nach, wer Eure Interessen als Arbeiter im Gewerbegebiet am besten vertreten kann und wählt unsere Genossen, die oft bewiesen haben, daß sie für ihre Überzeugung auch Opfer zu bringen verstehen.

Ihr Wahl selbst würden wir empfehlen, daß Ihr Euch mit irgend einer Legitimation verfehlt; damit Ihr auf Erfordern Euch legitimiren könnt; Steuerzettel oder Miethskontrakt u. s. w. genügt.

Ferner geben wir Euch bekannt, daß für folgende zusammengefaßte Wahlbezirke Bureaus am Wahltag errichtet sind:

Für den 1., 2., 3., 4., 5. Wahlbezirk Restaurant Seidenstr. 10, Kanonier- und Jägerstraßen-Ecke. Obmann Genosse Lätzerow, Wauerstr. 9.

Für den 6., 7., 8. Wahlbezirk Restaurant H. Werner, Lützowstr. 59. Obmann H. Haber, Neue Maassenstraße.

Für den 9., 10., 11. Wahlbezirk Restaur. Grube, Mariendorferstr. 10. Obmann A. Massini, Wellenlängstr. 66.

Für den 12., 13., 14., 15., 16. Wahlbezirk Restaur. Zubeil, Naunynstr. 86. Obmann Alwin Körsten, Slafkerstr. 63/64.

Für den 17., 18., 19., 20., 21. Wahlbezirk Restaurant Gröndel, Dresdenstr. 118. Obmann B. Börner, Ritterstraße 108.

Für den 22., 23., 24., 25., 26., 27. Wahlbezirk Restaurant Henke, Blumenstr. 38. Obmann B. J. o. f. Greißwalderstr. 69.

Für den 28., 29., 30., 31., 32. Wahlbezirk Restaur. Pyritz, Gypstr. 3. Obmann G. Busse, Sophienstr. 28.

Für den 33., 34., 35., 36., 37. Wahlbezirk Restaur. Gnadt, Söminländerstr. 120. Obmann O. Bötel, Dunderstr. 6.

Für den 38., 39., 40., 41., 42. Wahlbezirk Restaur. Heinert, Müllerstr. 174. Obmann August Jacobey, Hochstr. 38.

Das Zentral-Bureau befindet sich Annenstraße 16 bei Schuer.

Die Genossen, welche am Tage der Wahl Hilfe leisten wollen und die Kandidaten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) haben sich Sonntag Vormittag pünktlich 10 Uhr in ihren oben angegebenen Bureaus einzufinden, wo das weitere geregelt und die Eintheilung der Hilfskräfte vorgenommen wird. Ferner ist zu bemerken, daß laut Befprechung die Kandidaten vom 9., 10. und 11. Wahlbezirk Sonntag Vormittag bei Klein, Schönleinstr. 10, sein wollten; es wird jedoch ersucht, daß sich dieselben wie oben angegeben, bei Grube einfinden mögen.

Das Zentral-Bureau, Annenstraße 16, ist erst von Montag früh 8 Uhr an geöffnet und nicht wie in den Versammlungen angeführt wurde, vom Sonnabend Mittag an. Die Hilfskräfte, die sich dort einfinden wollten, können sich Sonntag an die Bezirksbureaus wenden.

Mit solidarischen Gruß  
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner  
Streik-Kontrollkommission.  
J. A.: Hermann Haber, SO., Grünauerstr. 4, Hof 1.

Anruf an alle weiblichen und männlichen Mitglieder der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handwerker und Apotheker. Mitglieder der Ortskassen! Trotzdem wiederholt von Mitgliedern der Generalversammlung, sowie von einzelnen Vorstandsmitgliedern an die Kasselführung das dringende Verlangen gestellt wurde, die brennende Tagesfrage die freie Wahl der Ärzte betreffend den Mitgliedern zur Beschaffung zu unterbreiten, lehnte es der Vorstand beharrlich ab, den Mitgliedern Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Er beweist damit, daß er für Neuerungen, die im Interesse der Mitglieder unbedingt erforderlich sind, absolut unzugänglich ist. Der Unterzeichnete kommt nunmehr dem berechtigten Verlangen einer großen Anzahl von Delegirten und Mitgliedern nach und wird in der am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Frempalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke, stattfindenden öffentlichen Versammlung die Nachtheile des heutigen Systems, gezwungen zu sein, zu einem von der Kasse bestimmten Arzt zu gehen, gegenüber der Einrichtung, einen frei gewählten Arzt benutzen zu dürfen, eingehend, durch die Herren Dr. M u g d a n und R. K h m a n n erörtern, sowie die Stellungnahme der Mitglieder zu dieser Frage veranlassen. Es ist somit erforderlich, daß alle kommen; wer nicht erscheint, vernachlässigt schwer seine Pflicht und darf sich dann später nicht über das Zwangsarzt-System beklagen.

Wih. Arndt, Vorstandmitglied, Greifenerstr. 82.

An die Parteigenossen und Genossinnen Berlin!

Die kaufmännische Gehilfenschaft tritt an Euch mit einer Aufforderung heran, der Ihr um so eher nachkommen werdet, als es ja selbstverständliche Pflicht eines Sozialdemokraten ist, das Bestreben des Klassenbewußtseins in einer jeden Bevölkerungsschicht thätig zu unterstützen. Die kaufmännische Bewegung, die Ihr an der Hand der „Vormärz“-Berichte bereits seit Jahren verfolgt haben, ist an einer kritischen Wendepunkt angelangt. Es ist durchaus erforderlich, um eine Verbreiterung und Vertiefung der Bewegung zu erzielen, daß auch die weiblichen Angehörigen des Handelsgewerbes in den Bereich der Agitation und Organisation gezogen werden. Da nun der weitest größte Theil derselben sich aus den Kreisen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse rekrutiert, so ist es für Euch ebenso nahelegend wie leicht, uns in der Arbeit der Aufklärung auch dieser Kreise erfolgreich zu unterstützen.

Bei der sich auch im Handelsgewerbe rapide vollziehenden ökonomischen Entwicklung vom Kleinhandel zum Großbetrieb ist die Entlohnung sowohl, als auch die Lebenshaltung und Behandlung der kaufmännischen Hilfsarbeiterinnen eine so durchaus proletarische, durch nichts von der übrigen Arbeiterinnen unterschiedene, daß es nicht zu schwer sein wird, auch bei ihnen das Bewußtsein ihrer Klassenlage zu wecken. Um den ersten Schritt dazu zu thun, findet am Dienstag, den 21. Februar bei Holz, Alte Jakobstr. 75 eine Versammlung statt, in der Frau Jhrer über die Maßnahmen der Regierung zur Einschränkung der Sonntagsruhe und alsdann ein Kaufmann über „Lage und Behandlung der weiblichen Angehörigen in den Berliner Geschäften“ referiren wird. Zur weiteren Agitation für diese Versammlung ist ein Flugblatt hergestellt worden, welches jeder von Euch tagsüber in dem Pützgeschäft von M. Raff, Spandauerbrücke 14, in einem oder mehreren Exemplaren erhalten kann. Wer von Euch nicht Zeit oder Gelegenheit hat, sich dieselben selbst zu holen oder sie zu verbreiten, der theile dem Unterzeichneten schriftlich die genaue Adresse und die Anzahl der erforderlichen Exemplare mit, woraufhin sie prompt versandt werden sollen. Wir erwarten von Euch Allen, insbesondere von denen, welche durch ihren Beruf als Kaufleute oder Hausdiener mit Verkäuferinnen, Buchhalterinnen und sonstigen Hilfsarbeiterinnen des Handelsgewerbes zu thun haben, eine lebhaft und umfassende Unterstützung der jungen Bewegung.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
die Agitationsschleife der Kaufleute  
J. A.: Berthold Heymann, C., Kochstr. 18, IV.

Achtung, Mitglieder der Ortskassen der Klempner Berlin!

Am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 9 Uhr, findet die Delegiertenwahl bei Holz (früher Feuerheim), Alte Jakobstr. 75, statt. Es gilt in derselben, die Delegirtenliste durchzuführen, welche in der Versammlung am 9. Februar aufgestellt ist. Man hätte doch erwarten müssen, daß der Vorstand wegen der Nichtbefähigung der im November v. J. stattgefundenen Wahl Bericht erstattet und gleichzeitig eine Befprechung über den

Wahlmodus angeordnet hätte. Aber weit gefehlt, sämmtliche Vorstandsmitglieder glänzten durch Abwesenheit. Ein derartiges Verhalten verdient die schärfste Verurtheilung; wir ersuchen daher die Mitglieder, am Sonntag auf dem Posten zu sein und vor allem die Listen oder Stimmsettel genau anzusehen, welche am Eingange des Saales ausgegeben werden. Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie dem Vorstand zeigen, wohin er gehört. J. A.: A. Winter.

Achtung, Buchbinder! Den Mitgliedern der Zentral-Kassen- und Begräbniskassen der Buchbinder ist zur Nachricht, daß die Kassenlokale trotz des am 18. Februar stattfindenden Maskenballes in den Industrie- Festsälen, Beuthstr. 20, bis 10 Uhr geöffnet bleiben.

Der Vorstand.

Das vom preussischen Staate bezahlte Blatt „Der Bergmanns-Freund“ — „Der Bergmanns-Feind“ sollte es heißen — theilt offiziell mit, daß von den für immer abgelegten Bergleuten niemand wieder angenommen wird. Von den zeitweilig Abgelegten werde in den nächsten Monaten keiner zur Grubenarbeit zugelassen. Was würden die Beamten, die das fertig gebracht haben, wohl sagen, wenn sie für immer und zwar ohne Pension „abgelegt“ würden. Wir würden es gewiß nicht beklagen.

Der sächsische Bundesrath-Bevolmächtigte Graf Hohenthal erklärte kürzlich im Reichstage, die Dresdener Arbeiter hätten gegen das bekannte Vorgehen der Polizei in Sachen der Arbeitslosen-Statistik keine Beschwerde erhoben. Damals war jedoch die Beschwerdefrist noch nicht abgelaufen. Die Arbeiter haben die Beschwerde bei der Kreis-Hauptmannschaft noch rechtzeitig eingebracht und gedenken die Sache bis zur letzten Instanz zu verfolgen.

Die Arbeiter Köln nahmen am 19. Februar eine Arbeitslosen-Statistik auf.

Die Arbeitslosenstatistik, die von den Arbeitern Elberfeld-Barmens aufgenommen wurde, hat folgendes Ergebnis gehabt. In Elberfeld ermittelte man 1899 Arbeitslose, darunter 1102 Verheirathete; die Zahl der von diesen zu erziehenden schulpflichtigen Kinder betrug 2201, wovon 135 beschäftigt waren. Die Zahl der von den Arbeitslosen sonst zu unterstützenden Angehörigen belief sich auf 529. Die Gesamtzahl der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Personen betrug 4819 Personen. — In Barmens sind 1320 Arbeitslose gezählt worden, davon waren 755 verheirathet. Die Zahl der von ihnen zu erhaltenden Kinder unter 14 Jahren betrug 1457 und die der sonstigen zu unterstützenden Personen 221. Um die arbeitslosen Familien vor dem buchstäblichen Verhungern zu schützen, suchten die Frauen durch Waschen, Bügeln, Nähen u. s. w. zu verdienen, jedoch haben nur drei Viertel volle oder theilweise Beschäftigung finden können.

Ein weiterer Beweis für das Bestehen des Noth-

standes liegt in folgender, im übrigen nicht zu billiger Bekannmachung des Duisburger Ober-Bürgermeisters vor: „Wegen der gegenwärtig herrschenden ungünstigen Gewerksverhältnisse wird hiedurch unter Bezugnahme auf die allerhöchste Kabinetsordre vom 20. März 1828 angeordnet, daß in diesem Jahre an den Karnevalstagen hieortz keinerlei öffentliche Maskeraden einzelner oder mehrerer Personen, Aufzüge u. dergl. stattfinden dürfen, ebenso wie auch das Abhängen von Fledern auf den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen verboten ist. Maskenarten werden nicht ausgegeben. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet. Die Polizeibeamten sind angewiesen, alle Masken unachtsamlich von der Straße zu entfernen und zur Verhaftung anzuzeigen.“

In den Gärtnereien Bremens waren, nach der neulich von den organisirten Gehilfen aufgenommenen Lohnstatistik, 127 Gärtnergehilfen und Gartenarbeiter beschäftigt, während deren Zahl im Frühjahr vorigen Jahres 291 betrug. Die Arbeitszeit ist proffständig, der Lohn beträgt 18 M. wöchentlich im Sommer und 16,50 M. im Winter.

Die Hamburger Schauerleute hatten sich bei der Behörde darüber beschwert, daß die Unternehmer ihnen den Lohn in den Schankwirtschaften ankündigten, welcher Brauch für die Arbeiter von erheblichem Nachtheil war. Die Behörde hat verprochen, ungesäumt die nöthigen Schritte zu thun, um dieses verwerfliche Treiben der Unternehmer zu verhindern; die reichsgerichtliche vorgesehene Geltendmachung der unteren Verwaltungsbehörde zum Beutenehmen und Lohnausgaben in Schankwirtschaften habe bisher weder einer der Unternehmer nachgesucht, noch erhalten.

Im Gegensatz zur Berliner Bäckereigenossenschaft, wo der Unfriede nicht aufhört, wirthschaftet die Ländlicher Genossenschaftsbäcker. In dieser kann sich kein hungrierer bürgerlicher Zeitungsreporter weid mit Stalndnachrichten verdienen. Ihre letzter Jahresabschluss stellt sich wie folgt: Es sind im Jahre 1899 13 257 Sack und 15 Kilo Getreide verbraucht worden, 1488 Sack und 15 Kilo mehr als im Jahre 1891. Die Gesamteinnahme des Jahres 1899 betrug 390 277,20 Pf. gegen 369 278,04 M. des Jahres 1891. Die Gesamtausgabe belief sich auf 368 065,66 M., so daß ein Bruttogewinn von 27 211,54 M. erzielt wurde. Hiervon wurden 7024,57 M. zu Abschreibungen verwendet. Die noch verbleibenden 20 177,97 M. stellen den Reingewinn des Jahres 1899 dar, in Prozenten berechnet betrug dieser im Jahre 1892 5/8 pCt., im Jahre 1891 5/10 pCt. Das Schuldkonto, das am 1. Januar 1899 22 900 M. betrug, ist am Schluß des Jahres nur noch mit 6500 M. belastet.

Nicht sehr viel scheint der angebliche oder wirkliche Arbeiter seiner Solidität zuzumuthen zu können, der in der „Kreuz-Zeitung“ folgendes Eingekauft veröffentlichte: „Ich bin Müller-geselle, arbeite schon 18 Jahre auf einer Stelle; ich bin durch und durch ein Gegner der Achtstunden-Arbeit; denn Mühsiggang lehrt viel Böses; ich arbeite 18 Stunden und noch darüber hinaus und fühle mich ganz wohl. Aber nach Sonntagsruhe ist mein schärfster Wunsch. Nun habe ich gehört, daß für die landwirthschaftlichen Gewerbe auch die gesetzliche Sonntagsruhe geschaffen werden soll. Ist das wahr und sind da wir Müller auch mit einbezogen, und wann tritt die Sonntagsruhe in Kraft?“ Dieser Müller-geselle wäre — wenn er wirklich echt sein sollte — leider nicht der einzige Thor unter den Arbeitern, der von den Angehörigen seiner eigenen Klasse so schlecht denkt, weil er, im Bann kapitalistischer Anschauungen befangen, nicht weiß, daß die Arbeit des Menschen wegen da ist und nicht umgekehrt der Mensch wegen der Arbeit. Wenn der durch die Arbeit ja disciplinirte Arbeiter mehr Mühe hat als jetzt, so wird er nicht läse Streiche verüben, sondern die freie Zeit zum Lernen verwenden. Sind denn Kunst, Wissenschaften und andere edle Vergnügungen — wie z. B. der Genuß an den Schönheiten der Natur — nur für die geduldeten und bürgerlichen, grad- und krummschnigen Kapitalisten da, Herr Müller-geselle von und wohn der „Kreuz-Zeitung“?

„Gut Schwein!“ Für die sittliche Rückwärts-

Wanderung des herrschenden Bürgerthums bringt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ einen neuen Beleg. Das Blatt schreibt: Vor uns liegen zwei Vieder, die bestimmt waren, ein Fest des Verbandes der Dresdener Regellubä zu „verschönern“. In diesen Klub ist jumeist das honette Bürgerthum vereinigt. Die elchbarste, verkommenste Vordellphantasie macht sich in diesen beiden „Viedern“ breit. Das eine Lied, überschrieben „Ein Besuch im Harem“, zu singen nach der Melodie des „Schunkelwalzers“, schildert den Traum eines

Menschen, der offenbar nur ein Vordellstammgast sein kann, und das andere „Der Schuster und der Bad“, zu singen nach der Melodie „Im schwarzen Baifsch“, ist nach anderer Richtung nicht minder widerwärtigen Inhalts. In Rücksicht auf die guten Sitten sowohl, wie auch in Rücksicht auf die Strafgesehe müssen wir es uns versagen, nähere Andeutungen über den Inhalt des schmutzigen Nachwerks zu geben oder gar eine Probe daraus abjudrucken. Der Verfasser der Joten ist nicht genannt, aus der tabellosen Form geht aber hervor, daß er in sogenannten „gebildeten“ Kreisen zu suchen ist. Der Druck ist ausgeführt von der G. Mich. Gärtnerschen Buchdruckerei (H. Niescher) in Dresden. Wir empfehlen der Staatsanwaltschaft, sich der Sache anzunehmen, vielleicht macht sie dabei noch interessantere Entdeckungen. Den Moralpredigern und Sittlichkeitsaposteln aber rathen wir, mit ihren Besserungsverfuchen sich an die richtigen Beute zu halten, nämlich in Ihren eigenen Reihen damit zu beginnen. Dem Verband Dresdener Regellubä, der die Devise „Gut Holz“ führt und sie auch den weiblichen „Festgesängen“ vorgelesen hat, machen wir den Vorschlag, zu seiner richtigen Kennzeichnung doch lieber die Devise „Gut Schwein“ zu wählen.“ In derselben Gesellschaft, der diese honetten zweibeinigen Schweine angehören, wird die lex Peinze mit Begeisterung aufgenommen. So ruft der Spibube, um sich zu retten, am lautesten: Haltet den Dieb!

In schreiendem Gegensatz zu der Freisprechung des Kölner Polizisten Sperling, der, bis zur Bestimmungsfestigkeit betrunken, seinen Befugnisse auf größtmögliche Weise gehandelt hatte, steht folgende Mittheilung der in Kiel erscheinenden „Norddeutschen Volkszeitung“. Der Feizer Hr. K. aus Methwisch hatte in Lägerdorf das Unglück, am 15. Januar beim Ernteigen einer Anhöhe von dem schmalen Fußsteig herab in einen hohen Schneeburg zu fallen. Er war etwas angeunken, konnte sich aus dem Schnee nicht herausarbeiten, da ihm die Hände bald erstarrten, und er rief nun laut um Hilfe. Ein Gendarm, der zufällig in der Nähe war, zog ihn aus dem Schnee heraus. Der Amtsvorsteher Sätze in Lägerdorf hat nun dem Feizer wegen des Hilferufs zu 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft verdonnet, weil er „in stark angeunkenem Zustand un-gedährlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt“ habe.

Vom Aschenbrödel Volksschule. In Lautendach im Elsaß beschloß der Gemeinderath, das Gehalt der drei dort angestellten Lehrer zu erhöhen. Der Bezirkspräsident versagte jedoch diesem Beschlusse seine Genehmigung, weil die Gemeinde keine Mittel besäße, um die Mehrausgabe zu decken. Für den Militarismus muß jede Gemeinde Mittel beschaffen und wenn die Forderungen über die Hutchnur gingen. Für die Volksschule hat der Staat der Vöthcher, Bächen, Böcker und Richter nur so viel übrig, als er Schanden halber bewilligen muß.

Die privaten Straßenbahnen machen nicht nur in Berlin gute Geschäfte. Die Kontinental-Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Dresden vertheilt 5 Prozent Dividende, die Breslauer Straßen-Eisenbahnen 7 pCt.

Aus Posen wird der Breslauer „Volkswacht“ berichtet: Jetzt soll hier eine Pfandleih-Aktiengesellschaft gegründet werden. Der Pfandleiher Giesele ist der Gründer. Das Aktienkapital von 100 000 M. soll in 200 Theilen zu 500 M. ausgegeben werden. Die behördliche Genehmigung des Planes ist bereits ertheilt. Daß überall das Pfandleihwesen von den Gemeinden in die Hand genommen, auf sie beschränkt und so günstig wie möglich für die zum bitteren Nothbedel des Pfandleihens gezwungenen Armen eingerichtet werden müßte, versteht sich eigentlich von selbst; aber die bürgerliche Gesellschaft ist viel zu profitlätern, als daß sie einen so lukrativen Erwerbszweig gänglich aus dem Privat- in den Gemeindebetrieb übergehen ließe.

Auch die k. k. österreichischen Hofbeamten befinden sich in einer Lohnbewegung. Unter ihnen zirkulirte ein Aufruf zu einer Versammlung, in dem zunächst die erforderliche Anzahl von Vorkaufsversicherungen abgegeben wird, worauf ein Hinweis auf die erhebliche Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise folgt, und dann heißt es weiter: „Zwischen ihrem Einkommen und ihren unbedingt notwendigen Ausgaben, zwischen dem Nimbus, der sie umgibt, und der Dürftigkeit, der sie sich ausgezset fühlen, zwischen ihrem „Soll“ und ihrem „Haben“ herrscht ein Widerspruch, den kein Reichthümer zu lösen vermag, und der sie zwingt, nach Nebeneinkünften Umschau zu halten, welche mit ihrer Anstellung bei Hofe durchaus nicht immer harmoniren. Wie die Dinge heute stehen, sieht sich jeder vermögenslose Hofbeamte der unteren Rangklassen vor die traurige Wahl gestellt, entweder ledig zu bleiben oder seine Familie den schwersten Entbehrungen auszufolgen, oder bei Gründung eines Hausstandes Argumente in Erwägung zu ziehen, die vielleicht praktisch, aber gewiß nichts weniger als erhaben sind. Unter diesen Umständen wird niemand daran zweifeln, daß die zwingende Nothwendigkeit vorliegt, endlich einmal einen Kollektivschritt zu unternehmen und den allgemeinen Wunsch nach einer Sanirung der Verhältnisse der k. u. k. Hofbeamten zum Ausdruck zu bringen.“

Ueber die Arbeitslöhne der englischen Arbeiter machte der Statistiker Robert Giffen in einer Sitzung der Arbeitskommission interessante Mittheilungen. Nach Giffens Ermittelungen erhalten etwa 25 pCt. aller Arbeiter in England einen Wochenlohn von weniger als 20 sh (= 20 M.), doch ist die überwiegende Mehrzahl der auf dieser Lohnstufe stehenden Arbeiter nur wenig oder gar nicht geschult. Giffen erlöst in den 20 sh einen für den Lebensunterhalt in England nicht ausreichenden Betrag. Giffen erklärt jedoch, dadurch, daß von jeder Familie mehrere Glieder arbeiten, stelle sich das jährliche Einkommen einer Familie auf etwa 90 Pf. St. (1600 M.). In den letzten 50 Jahren habe die Zahl derjenigen, welche weniger als 20 M. verdienen, immer mehr abgenommen. (Was nicht besagt, denn dafür ist auch der Werth des Geldes gefallen. Red.) Auch der Sozialist Gwadman wurde in der Kommission vernommen. Das Verhältniß zwischen Arbeitern und Unternehmern, erklärte er, sei in England ein scharf entgegengesetztes. Der Reichthum habe sich in England sehr vermehrt, aber die Vermehrung der Löhne stehe in keinem Verhältniß zu diesem Anwaschen. Das Einkommen des Landes beträgt, nach seiner Berechnung 14—15 000 000 Pfd. Sterl. jährlich; die arbeitenden Klassen aber erhielten, obwohl die überwiegende Mehrzahl, weniger als 1/8 aus dieser Summe.

Die Weber in Dinant (Belgien) haben infolge von Lohnkürzung die Arbeit niedergelegt.

Der Bergarbeiter-Aufstand in Mons (Belgien) soll im Rückgang begriffen sein, da die Hälfte der Bergarbeiter von Framerie die Lohnherabsetzung angenommen hätte.

Zonentarif in Rußland. Die Kommission für die Regelung der russischen Eisenbahntarife beschloß, wie die Zeitschrift „Der Zonentarif“ mittheilt, der Regierung die Einführung des Zonentarifs nach dem Muster Ungarnd zu empfehlen.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den 4. Reichstags-Wahlkreis wählte in seiner Versammlung vom 7. Februar, wie uns als Nachtrag zu unserem Bericht in Nr. 34 mitgetheilt wird, den Genossen Petric zum ersten und den Genossen Vothar zum zweiten Schrift-

föhre. Der „Vorwärts“ hatte irrtümlich die Namen Petri und Sotha genannt. Genosse Tempel brachte sodann noch zur Sprache, daß in der Denuntiation gegen seine Person vom „Vorwärts“ nicht unparteiisch verfahren worden sei. Man habe dem „Denunzianten“ mehr geglaubt, als ihm, was er daraus erkenne, daß der „Vorwärts“ erklärt habe, er habe sich von der Unschuld der Herren Otto und Arnold überzeugt, obgleich diese in der Strafverfügung gegen ihn als Zeugen vorzeichnet gestanden hätten. Seine nachträgliche Berichtigung sei von der Redaktion nicht aufgenommen worden. (Der Genosse Tempel ist mit seinen Behauptungen im Gerthum. Die Herren Arnold und Otto haben in einer unglorwürdigen Weise die seiner Zeit vom Genossen Tempel gebrachte Notiz dahin berichtet, daß sie sich zufällig in seinem Lokal befunden haben, als ein Polizeibeamter dort die Ueberbreitung der Polizeistunde zu konstatiren suchte. Derselbe hätte sie dann einfach als Zeugen aufgeschrieben, wie dies eben unter solchen Umständen üblich sei. Jemand sollte davor zurückbleiben, die Reduktion der Redaktion hätte, wie gesagt, keine Ursache an dieser Nichterhebung zu zweifeln, und war daher zur Ehrenrettung der betreffenden Herren verpflichtet, deren Angaben zu veröffentlichen. Bei ruhiger Ueberlegung sollte Genosse Tempel übrigens zu dem Schluß kommen, daß dem Vorwärts doch wirklich nichts daran gelegen sein konnte, ihm ein anzuhängen. Hoffentlich ist hiermit die unerquickliche Angelegenheit für die Genossen erledigt. D. Red.)

Alle Arbeiter hatten am Sonntag eine Versammlung, in welcher Genosse Wallentin einen Vortrag über die Bedeutung der Streiks hielt. Der Kern seiner Auseinandersetzungen war, daß der Streik ein notwendiges Kampfmittel der Arbeiter sein und bleiben werde. Seine Anwendung werde den Arbeitern von ihren wirtschaftlichen Gegnern, den Unternehmern, ausgegangen. Daß der Streik mit Vorsicht angewendet werde, dafür biete eine möglichst gute Organisation die beste Garantie; sie sichere auch den Erfolg. Eine unorganisierte Masse könne wohl durch eine plötzlich eintreffende und empörende Begeisterung zur Bekämpfung des Unternehmertums veranlaßt werden, einem Strohfeuer gleich erlösche diese jedoch sehr bald und mit ihr alle Energie und aller Muth. Redner empfiehlt seinen verammelten Kollegen, sich zu vereinigen und thätig für die Vereinigung zu wirken. In der Diskussion betonten alle Redner die Nothwendigkeit der Organisation, wobei sie die Form derselben mehr oder minder für nebensächlich erklärten. Die herrschenden Nothstandsverhältnisse wurden ebenfalls diskutiert. Natürlich wurde dabei scharfe Kritik geübt an denen, welche keinen Nothstand sehen wollen. Herr A. Müller führte aus, daß er, schon lange arbeitslos, mit Tausenden von Leidensgenossen an einem Morgen vor dem Dom gestanden habe, um Arbeit zu erhalten. Da habe man sie, die sich bemühten, um ihren Verpflichtungen gegen Familie und Staat nachkommen zu können, einfach auseinander getrieben. Nachdem Genosse Maurer Wille noch ein kurzes Referat gehalten und Wallentin eine irrtümliche Auffassung einiger seiner Ausführungen berichtigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkennt die von allen Rednern angeführten Schäden an, welche den Arbeiter der Nothwendigkeit berauben, für seine und seiner Familie Existenz zu sorgen, und spricht der Majorität der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche mit gestilltem Muth den Nothstand der Berliner Arbeiter nicht anerkennen will, ein Misstrauensvotum aus. Die Versammlung verspricht, immer weiter zu arbeiten, um die oben angeführten Schäden zu beseitigen und die Ideale der darbedenden Arbeiter zu verwirklichen.“ — Hierauf berichtete Herr Giese über die Thätigkeit der Vertrauensmänner-Revisionen. Diese hätten den Auftrag auszufahren, einigen Schuldnern der Agitationskasse, ehemaligen Vertrauensleuten, etwas auf die Finger zu legen und deren Schulden im Gesamtbetrage von etwa 100 Mark einzufahren. Die Betreffenden referiren zum Theil schon seit 1889. Erfolge konnte Genosse Giese nicht melden. In der diesem Bericht folgenden Debatte wurden jene Leute scharf kritisiert. Der Kassirer Genosse Klinge, theilte mit, daß jetzt ein Bestand von 3,60 M. vorhanden ist, nachdem die letzte öffentliche Abrechnung 14,16 M. als Bestand ergeben habe. Giese erklärte betrefi der Kassenverwaltung des Genossen Klinge, daß alles in Ordnung sei. Die Versammlung beschloß, die Revisionen Giese, Schröder und Kersten zu beauftragen, eine Vikensammlung vorzunehmen und mit deren Ertrage die Kosten einer gerichtlichen Eintragung der betreffenden Gelder zu befreien. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung ging die Versammlung dann auseinander.

Zur Einführung der Schutzmarke für die Tabak-Industrie unternahm der Vorstand des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter die Kollegen Börner, Dutzy, Dehnd, Treischer und Kiesel je eine Agitationstour nach den Städten Spremberg, Finsterwalde, Kottbus, Luckenwalde, Dessau, Staffurt, Goswig, Jerbst, Kalkenow, Stendal, Magdeburg, Brandenburg, Dresden, Buzzen, Neudamm, Guben, Liegnitz, Breslau, Stargard und Fürstenwalde. Die Tagesordnung für die zu diesem Zweck einberufenen öffentlichen Volksversammlungen war eine gleichlautende: „Die Schutzmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel.“ Sämmtliche Redner gingen von der Ueberzeugung aus, daß die heutige wirtschaftliche Gesamtsituation der Arbeiter im allgemeinen und die Lage der Tabakarbeiter im besonderen, mit Nothwendigkeit dahin drängt, die bestehenden Organisationen immer und immer mehr auszubauen und zu kräftigen, dieselben mit neuen und geeigneten Kampfmitteln auszurüsten. Als ein derartiges Kampfmittel wird in neuerer Zeit von den Arbeitern solcher Berufszweige, wo die Produkte von der breiten Masse des Volkes konsumirt werden, die Kontroll-Schutzmarke empfohlen und in Anwendung gebracht. Von der Nothwendigkeit ausgehend, die so überaus traurige Lage der Tabakarbeiter auszuheben, hat die Generalversammlung der Tabakarbeiter-Organisation beschlossen, sich dieses Kampfmittels fectan zu bedienen. So einleuchtend auch die Vortheile der Kontrollmarke für die Arbeiter dieser Berufs sein müssen, so würde der Erfolg dennoch ausbleiben, wenn diesen Berufs nicht die Unterstützung der gesammten klassenbewußten Arbeiterschaft zu theil wird. Dadurch würde aber auch, wenn es gelänge, die Lage dieser Arbeiter aufzubessern, der erzielte Vortheil der Gesamtarbeiterchaft, selbst den Berufs, wo die Einführung der Schutzmarke nicht möglich ist, zu gute kommen. Es sollte doch jedem denkenden Arbeiter einleuchtend sein, daß durch die Besserstellung, z. B. der Tabakarbeiter, der Zigarbeiter, der Putzmacher u. d. m. ein Mehrerwerb eintrete und die Konsumtionsfähigkeit wechselseitig gehoben wird. Dieses der Arbeiterschaft klar zu machen, ihre Mithilfe zur Einführung der Schutzmarke zu erwirken, war der Zweck der zu diesem Behufe einberufenen Versammlungen. Zum Schluß wurde von dem Referenten der Versammlung nachstehende Resolution unterbreitet: „In Erwägung, daß der im März v. J. in Halberstadt stattgehabte Gemeinchaftskongreß sowohl wie der Berliner Parteitag, die Kontroll- oder Schutzmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel anerkannt und empfohlen haben, beschließt die betr. Volksversammlung, für die Einführung und Ausbreitung derselben einzutreten und zwar dadurch, daß die Theilnehmer nicht nur mit Schutzmarke versehenen Waaren zu kaufen, sondern auch hauptsächlich jede Agitation für die Schutzmarke zu unterstützen haben.“

Die an diese Vorträge sich anschließende Diskussion war an einzelnen Orten eine recht lebhafte, beispielsweise in Neudamm, wo das Unternehmertum es für gut befunden hatte, in der Person des Herrn von Lölow einen Korreferenten aus Berlin zu verschreiben. Derselbe wies darauf hin, daß, wo die drei Hauptbedingungen, Zufriedenheit, nochmals Zufriedenheit und immer wieder Zufriedenheit nicht vorhanden sind, auch die von sozial-

demokratischen Gelehrten empfohlenen Mittel, nichts zur Besserstellung der Lage der arbeitenden Klassen beitragen könnten. Der Zweck all dieser Leute sei ja nur der, Thron und Altar umzuführen, jede Autorität zu untergraben, Ehe und Familienleben zu zerstören. Sehr leicht wurde es dem Referenten auf diese „ollen Kamellen“ die gebührende Erwiderung zu geben. Nachdem noch einige Genossen sich in zustimmenden Worten für die obige Resolution ausgesprochen hatten, wurde dieselbe mit allen Stimmen, gegen die Stimmen der Unternehmer, angenommen. Es würde zu weit führen, die Debatten der einzelnen Versammlungen in ihrem Verlaufe zu schildern; wir wollen nur darauf hinweisen, daß es den Referenten sehr leicht würde, einzelne Ausstellungen gegen die Schutzmarke, so z. B. die angebliche Vertheuerung der Waaren, als unbegründet nachzuweisen.

So sei in der Tabakindustrie für die Konsumenten noch ein Vortheil zu erzielen, indem dem betrügerischen Zwischenhandel ein Ende bereitet wird, der es ermöglicht, daß Zigarren, die, in den Strafankalen gefertigt, 16-25 M. im Einlaufe kosten, an die Arbeiter mit 5 Pf. verkauft werden, also 50 M. bringen. Ebenfalls werden auch die in der Hausindustrie, unter gesundheitswidrigen Verhältnissen hergestellten Fabrikate von dem Markte verschwinden. Abgesehen von den Einwendungen in obigen Sinne aus den Reihen der Genossen, fanden auch Auseinandersetzungen mit solchen Unternehmern statt, welche sich für die Schutzmarke erklärten, aber an den Bedingungen für die Verabfolgung derselben Ausstellungen zu machen hatten. So erschien zum Beispiel der § 6 des Reglements vor allem geeignet, die Einführung der Schutzmarke wesentlich zu erschweren. Es würde den Fabrikanten unmöglich gemacht werden, mit ihren bisherigen Abnehmern, den Händlern, in Verbindung zu bleiben, wenn diese Händler, außer den mit Schutzmarken versehenen Waaren, noch andere Waaren, von anderer Seite, ohne Schutzmarken, beziehen; der § 6 müsse also unbedingt gestrichen werden. Diesen Einwendungen gegenüber wurde betont, daß, wenn sich in der Praxis herausstellen sollte, daß diese oder eine andere Bestimmung der Einführung im Wege steht, sich derartige Bestimmungen unschwer beseitigen resp. abändern ließen; im übrigen seien die Bestimmungen für die Verabfolgung der Schutzmarke so gehalten, daß sich jeder einschichtige Fabrikant derselben unterwerfen könne.

Diese und ähnliche Widerlegungen hatten denn auch zur Folge, daß obige Resolution an allen obenverwähnten Orten von den größtentheils sehr zahlreich besuchten Versammlungen einstimmig oder gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Angesichts dieses Erfolges können wir annehmen, daß, wenn die Kollegen allerwärts in gleicher Weise thätig sind, unsere Organisation mit der Wahl dieses Mittels keinen Fehlgang gemacht hat.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 13. d. M. Zweck der Versammlung war die Gründung einer zweiten Filiale des Verbandes deutscher Schuhmacher und Ergänzungswahl zur Agitationskommission. Diese bestand bislang aus 5 Personen, und sollte nunmehr auf 7 Personen verstärkt werden. Da zwei Kommissionsmitglieder zurückgetreten waren, hatte die Versammlung vier Neuwahlen zu vollziehen; dieselben hatten als Ergebnis die Wahl der Kollegen Strud, Gänther, Böhm und Jessert. Zum ersten Punkte der Tagesordnung hielt Reichstags-Abgeordneter Vock den einleitenden Vortrag. In demselben veranschaulichte derselbe die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung und bezeichnete die gewerkschaftliche Organisation als eine Nothwendigkeit, insbesondere für das Schuhmachergewerbe, da dieses ganz hervorragend der fortschreitenden Technik unterworfen sei, welche immer weitere Tausende, besonders gelernter Arbeitskräfte „überflüssig“ mache. Redner bedauerte desto mehr die gänzlich ungenügende gewerkschaftliche Organisation der deutschen, namentlich aber der Berliner Schuhmacher. Die Hoffnung auf das Eingreifen der Gesetzgebung zu gunsten der Arbeiter sei, wie die letzten Nothstandsdebatten im Reichstagslage zur Genüge bewiesen hätten, eine fast hoffnungslose. Deshalb seien die Arbeiter auf sich selbst angewiesen. Der Vortragende legte die Zwecke und Ziele des Vereins, wie auch die bereits erzielten Erfolge in längeren Ausführungen dar. Berlin hätte die Pflicht, der deutschen Kollegschaft mit gutem Beispiele voranzugehen, was bislang leider nicht der Fall gewesen sei. Die Majorität der Berliner Arbeiterschaft stehe auf dem Boden der Zentralisation. Wenn die Minorität es ehrlich mit sich und der Arbeiterschaft meine, so sei es Pflicht derselben, endlich die Streitart zu begraben; die Kollegen in der Provinz würden den alten Weg gehen. Redner schloß mit dem Wunsche, daß

**3. Ziehung der 2. Klasse 188. Königl. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 16. Februar 1893. Gesamtg. 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Vorrunde beigefügt. (Ohne Gewähr.)

45 59 142 54 97 305 80 432 782 88 995 1059 114 299 370 417 70	75 504 733 796 806 916 2169 61 86 251 67 303 33 408 89 57 573 619	875 3068 323 363 73 437 57 519 605 25 736 89 878 900 43 4000 115	209 400 565 731 836 46 67 923 5026 304 503 19 19 82 857 941 6-66	125 228 49 68 578 690 902 3 34 37 77 937 58 7035 75 148 88 294 321	647 51 62 733 71 77 818 24 38 60 77 8045 79 107 225 407 29 353 1300	828 993 9118 83 207 47 84 347 694 868	11007 308 19 489 597 698 27 59 90 87 829 913 15 24 88 11055	164 290 318 51 413 765 841 73 9-1 12104 90 12990 280 509 1150 13	430 514 31 691 37 1150 763 882 91 13779 172 255 787 946 64 14430	15009 91 419 56 771 873 94 15-933 36 88 166 97 278 311 438 739 819	944 58 98 10046 254 447 633 73 714 96 988 17073 278 407 469 702	4 12 10 70 72 937 60 12007 107 271 304 39 944 583 90 697 713 80 83	85 100113 122 372 633 80 870 758 888 911 41	201051 411 82 614 74 11 11501 56 815 988 11501 21232 589 681 86	833 943 22-37 64 66 80 318 464 558 89 656 966 85 11501 92 23083	146 222 477 767 862 98 244 7 213 29 376 558 68 657 851 967 25147	95 289 15001 424 635 736 11501 20104 21 200 40 57 92 346 624 87	756 843 22007 70 98 100 261 86 416 48 515 683 847 49 28109 1800	37 227 96 332 63 84 417 63 601 84 782 12001 823 22035 81 172 258	385 409 58 518 23 43 745 80 887 955	30037 50 56 230 80 336 602 48 11501 774 88 31073 309 70 602 19	50 831 998 32080 128 41 63 350 357 400 84 583 692 701 22 884 984	38040 85 164 219 79 309 32 403 12 48 518 621 60 759 84133 480 84	656 749 910 46 35195 95 263 600 53 628 710 895 928 30054 85 109 59	201 487 635 726 801 63 37234 11501 369 89 90 487 94 514 902 10 50	38567 41 212 912 914 615 39 844 59 20133 65 58 66 370 423 85 681 83	868 901 63	40012 69 135 221 66 320 493 588 636 81 97 13001 719 34 41009	56 221 345 94 338 53 79 659 81 11501 829 57 912 95 75 43013 43 106	416 813 21 11501 694 730 808 19 941 57 91 43253 378 11501 38 318 26	625 38 799 621 942 44008 86 409 11501 31 628 65 74 790 818 28	45044 23 119 75 80 11501 24 349 435 629 42 765 97 852 79 123	40102 13 408 12 540 77 11501 86 740 889 907 32 84 47023 61 989	219 72 338 48 81 409 553 11501 669 11501 99 736 49004 5 64 75 97	115 233 59 84 332 42 421 37 694 686 743 78 49069 11501 138 296	53 349 412 37 38 561 722 47 87 834	501929 311 45 432 65 74 11501 512 54 619 822 93 943 51189 92 223	642 70 722 27 91 323 88 971 52018 143 59 243 61 82 343 56 532 79	661 742 63 904 53004 3 113 357 670 91 95 878 54136 225 68 303	495 367 705 17 830 43 78 930 55032 42 124 110 000 34 39 16 480	544 69 78 767 968 56003 47 50 11501 277 460 11501 515 96 604 891	969 57015 11501 257 383 696 97 619 43 716 34 46 97 58390 439 513	96 890 25 793 919 66 97 88 50308 21 33 11501 82 88 144 90 241 314	59 82 447 69 515 79 729 37	60078 283 355 82 543 73 701 72 807 24 990 61124 292 873 533	639 706 42237 85 325 63 416 94 633 816 960 63180 310 503 12 920	64044 71 1021 16 342 846 99 65088 113 32 248 323 25 539 60 914 23	66157 615 53 88 96 719 906 59 86 47335 79 864 90 659 746 924	68119 218 320 461 540 626 749 938 89 89345 77 524 743 11501 906 45	70224 3 12 17 593 639 50 789 877 390 71014 36 124 219 356	473 250 398 930 75 78-933 100 221 70 13001 71 309 11501 28 561	657 713 825 72222 83 87 93 963 695 74139 241 314 46 407 71 81	716 808 82 11501 82 954 87 96 75-967 928 380 422 580 711 48 850 290	76008 15391 371 440 564 11501 74 633 710 39 508 84 27088 57 70	396 12001 409 76 640 78 79 70 995 78164 38 443 510 80 82 649 778	812 79 70005 59 137 81 230 547 91 643 63 791 823 84 969 94	80276 249 76 261 403 558 678 775 78 79 904 39 83-998 190 242 801	83 411 72 748 959 84037 81 104 56 203 341 424 510 12 736 11501 80	91 904 88 85073 142 319 23 36 406 68 698 744 81 833 97 80 86135	245 304 65 70 416 29 637 600 97 756 828 944 87031 43 64 138 11501	232 476 629 89 622 73 79 829 88019 28 164 201 23 26 35 77 459	684 89 664 774 91 849 75 11501 990 80017 29 88 234 37 393 401 582	639 69 85 833 973	90216 29 374 778 842 49 66 97 915 57 71 91148 77 86 300 17 56
---	---	--	--	--	---	---------------------------------------	---	--	--	--	---	--	---	---	---	--	---	---	--	-------------------------------------	--	--	--	--	---	---	------------	--	--	---	---	--	--	--	--	------------------------------------	--	--	---	--	--	--	---	----------------------------	---	---	---	--	--	---	--	---	---	--	--	--	--	---	---	---	---	---	-------------------	---

die Berliner Kollegen ihre so oft betonte „Stellungnahme“ beibehalten mögen. Dies könnte nur zum Segen der Zentralorganisation ausfallen. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit Beifall, aber auch mit Widerspruch aufgenommen. Letzterer gelangte in der Diskussion zum Ausdruck durch die Kollegen Börner und Vock's. Die Auseinandersetzungen mit diesen nahmen den üblichen Verlauf und endeten damit, daß die Gegner der Zentralisation, unter ihnen auch der Schriftführer, mit den beiden Rednern demonstriativ die Versammlung verließen. Die Gründung bzw. Bestätigung der zweiten Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher, speziell für den Norden Berlins, vollzog sich hierauf in ruhiger Weise. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Kollegen Krause, Böhm und Strud, zu Revisoren die Kollegen Jessert und Kirsch. Zum Schluß gab Kollege Fleischer Anweisungen, die Wahlen zum Gewerbegericht betreffend, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Der Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend hielt am 12. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in welcher wiederum eine Reihe Beschwerden über den Arbeitsnachweis der Innung vorgebracht wurden. Das Verhalten des Herbergs-wirtzbes Wibe, sowie des Arbeitsvermittlers, Stellmachermesters Müller, wurde aufs schärfste gegethelt. U. a. wurde von einigen Kollegen mitgetheilt, daß Herr Müller 6 Kollegen bei Engel, Demminerstraße, Arbeit nachgewiesen hatte. Als sich dieselben dort aber meldeten, mußten sie zu ihrem Erkennen hören, daß Herr Engel keine Gesellen brauche. Selbstverständlich gingen die Kollegen wieder zu Herrn Müller, um wenigstens ihre 20 Pf. zurückzuhalten, die sie vorher für das „Aus Schreiben“ bezogen hatten. Herr Müller habe ihnen, wie weiter ausgeführt wurde, aber nur 10 Pf. gegeben und zwar mit dem Bemerkten, sie möchten doch nicht glauben, daß er umsonst schreibe! Als Kuriosum sei noch mitgetheilt, daß ein auswärtiger Meister einen Gesellen mit der Motivirung verlangt hat, sein jetziger Geselle arbeite zwar schon anderthalb Jahre bei ihm, doch sei derselbe Sozialdemokrat, und deshalb wolle er jemand anders haben. Für die Ausführung dieses Auftrages wolle er übrigens auch 150 M. entrichten. Die Kollegen Geese und Marx, welche sich bei der Gewerbe-Deputation über das Plakat, nach welchem jeder arbeitssuchende Stellmacher 40 Pf. für eine Auflage an den BIRTH zu entrichten hat, beschwert hatten, erhielten, wie sie mittheilten, folgenden Bescheid zurück.

Berlin, den 4. Febr. 1893.  
Auf die Beschwerde vom 10. Dezember v. J. gerichtet Ihnen folgendes zum Bescheid.  
Laut Bericht des Innungsvorstandes ist das Plakat, nach welchem jeder arbeitssuchende Stellmacher auf der Herberge 40 Pf. zu zahlen verpflichtet sein soll, nunmehr beseitigt, und es wird eine Erhebung von Gebühren fernsich nicht mehr erfolgen.

Gewerbe-Deputation des Magistrats.  
J. B. Gubner.  
Nachdem noch eine Reihe anderer Beschwerden vorgebracht waren, wurde beschlossen, am 5. März, Rosenthalerstr. 33, eine öffentliche Stellmacherversammlung abzuhalten, welche sich mit dem Arbeitsnachweis beschäftigen wird. Die Kollegen werden ersucht, weitere Mißstände, welche in letzter Zeit in der Mulackstraße 9 vorgekommen sind, den Kollegen J. Brüß, Brummenstraße 113, 1 Tr. und J. Casar, Blumenstr. 69, Eingang Rosenthalerstraße, Quergebäude 3 Tr., umgeben mitzutheilen. Zum Schluß wurden die Kollegen noch aufgefordert, sich zahlreich an den Gewerbegerichts-Wahlen sowie an der Flugblätterverteilung zu beteiligen.

Im Fachverein der Stukateure sprach am 7. Februar Herr Literat Stöck über den Schriftsteller Leo Tolstoi. Von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Rußlands ausgehend, entwarf der Redner eine lebhaft Schilderung von dem bedeutenden russischen Schriftsteller. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kleinert, J. Grünenberg, Lichte und B. Schulz. Die hierauf erfolgte Abrechnung vom 4. Quartal 1892 ergab eine Einnahme von 496,22 M., eine Ausgabe von 224,09 M., so daß ein Bestand von 271,23 M. verbleibt. Unter den Ausgaben ist anzuführen, daß an durchreisende Kollegen 10,50 M. und an frunkte Kollegen 35 M. gezahlt wurden. Bei den Ausgaben für Neferate wurde bemängelt, daß verschiedene Referenten zu hohe Ansprüche gemacht haben; es sei doch Pflicht der Genossen, ihr Wissen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die nächste Versammlung ist am 21. Februar; in derselben hält Kollege Lichte einen Vortrag.

77 97 423 649 86 735 890 941 47 92092 218 368 435 75 645 755 834	971 03000 45 133 19001 205 72 320 99 418 78 509 35 620 747 847 11501	951 94216 23 28 51 387 487 91 577 91 675 833 63 973 95139 304 41	45 418 60 541 641 82 88 815 916 98299 354 73 501 26 634 932 99	97077 98 112 22 308 557 72 670 98159 39 370 464 737 11501 919 1300	56 64 99120 267 341 49 11501 914 456 533 608 819 13001 927	100216 17 69 819 68 75 74 636 61 827 86 11501 101208 60 157 99	209 313 410 623 727 80 910 18 33 102346 455 84 90 589 656 81 93	13001 827 44 103239 345 92 456 501 39 615 59 735 104989 111 26	72 81 315 730 61 87 816 105191 217 345 61 437 579 622 789 146056	259 401 561 733 969 72 107009 81 287 805 11501 683 723 87 894 988	108138 212 47 65 301 10 746 48 827 911 16 67 109477 88 543 63	852 911 58	110238 65 72 399 465 590 663 858 910 47 111011 83 346 435 99	11501 656 81 87 847 906 13 29 112812 914 34 113832 278 589 327 98	431 539 65 88 98 624 32 67 831 78 913 55 76 114131 259 60 13001	517 30 87 632 77 859 891 114129 77 916 12001 38 69 345 517 688 769	84 837 956 116002 49 82 155 305 11 423 739 823 78 87 960 71 117375	614 707 118027 158 231 43 306 18 71 623 729 854 69 119168 214	350 86 730 893	120008 24 46 168 401 93 618 58 838 66 781009 153 70 228 359	99 408 1000 590 614 36 773 832 51 423 120041 83 199 232 32 344	571 721 46 816 958 123110 53 316 495 811 39 99 946 124038 137	297 434 34 833 11501 48 739 886 945 97 125029 11501 62 203 38 368	184 519 64 889 126136 270 326 58 61 441 78 658 72 828 95 127233	97 408 653 603 22 42 766 816 79 930 58 128081 83 312 75 79 82 496	567 619 62 64 78 729 76 982 129030 38 77 88 100 110 410 510 831	939 11501	130119 88 372 411 590 634 705 13001 42 131074 10 79 208 93	388 91 95 11501 651 867 915 67 132029 454 13001 217 69 81 317 83	644 770 944 133006 84 94 211 27 365 479 803 25 134280 95 333 53	531 63 601 891 1351178 223 401 639 635 760 822 65 75 136002 314	614 860 906 137093 179 212 357 65 76 445 842 769 95 921 11501 69	139002 61 285 32 27 416 35 68 588 623 738 13001 63 11501 66 888	139030 73 11501 709 853 938 69	140011 170 243 336 63 446 89 532 605 702 800 972 141128 76	242 346 453 527 638 889 991 143682 94 644 76 742 313 143178 621	53 83 810 937 144128 509 736 854 994 145021 60 72 116 93 83 817	31 687 94 96 700 90 957 149 860 866 96 405 93 688 772 836 88 898	142041 56 334 87 96 313 658 822 929 148167 213 533 77 779 149778	3272 473 512 85 711 31 880 936 68	150087 134 326 34 553 76 676 793 806 24 33 39 11501 151013	153 242 81 305 54 57 67 11501 436 84 883 694 783 945 154106 25	11501 82 255 91626 7-6 62 841 159-765 60 629 63 665 780 832 154040	130091 45 106 213 44 53 436 71 564 691 942 11501 58 155019 144	13001 244 614 65 98 632 97 895 901 156108 330 66 414 47 774 78	152-6 60 406 662 723 13001 90 869 973 74 158778 828 73 159007	77 119 61 223 73 83 94 300 15 78 11501 439 666 90 648 76 11501 924	77 99 935 88	160013 199 503 870 927 75 180106 93 188 419 664 748 817 934	162055 271 404 12001 61 538 62 82 709 76 834 163042 147 277 314	66 98 499 532 76 77 639 46 87 92 701 12 1101 835 910 11 86 164026	11501 304 341 548 89 623 71 88 840 63 921 40 163240 68 89 675	868 971 106107 79 354 11501 414 41 439 744 825 84 167001 12001	180 2-6 312 615 949 168235 29 141 530 670 897 160077 162 64 71	281 94 321 410 60 92 501 16 75 762 11501 69 91 892 919	170005 164 214 78 515 633 67 780 171008 59 372
--	--	--	--	--	--	--	---	--	--	---	---	------------	--	---	---	--	--	---	----------------	---	--	---	---	---	---	---	-----------	--	--	---	---	--	---	--------------------------------	--	---	---	--	--	-----------------------------------	--	--	--	--	--	---	--	--------------	---	---	---	---	--	--	--	--